

ETHIK UND MILITÄR

KONTROVERSEN
IN MILITÄRETHIK UND
SICHERHEITSPOLITIK

AUSGABE 01/2026

Europas Sicherheit im Wandel der Weltordnung

INTERVIEW

Die russische Schattenflotte:
Ein Instrument hybrider Kriegsführung?



Institut für
Frieden &
Militärethik

EUROPAS SICHERHEIT IM WANDEL DER WELTORDNUNG

Editorial

Seite 3

Ideal und Wirklichkeit: Von der liberalen internationalen Ordnung zu einer (selbst)schützenden Ordnung?

Gerlinde Groitl

Seite 4

Würdevoller Abstieg? Deutschland und Europa in der Weltneuordnung

Daniel Marwecki

Seite 12

Wie Russland seinen Krieg gegen Europa ausweiten könnte

Elena Davlikanova

Seite 22

Die EU als sicherheitspolitischer und militärischer Akteur in unsicheren Zeiten: Gefangen im *expectations-capabilities-gap*?

Matthias Dembinski

Seite 32

Nonproliferation im „Zeitalter der Nuklearwaffen“: Herausforderungen und Aussichten

Emmanuelle Maitre

Seite 40

Welchen Beitrag leistet die nukleare Abschreckung Frankreichs zur Verteidigung Europas?

Jean-Louis Lozier

Seite 50

Indien und Europa: Partner für eine stabile Weltordnung?

Shounak Set und Benjamin Kienzle

Seite 58

INTERVIEW

„Ich halte es für den klügeren Ansatz, mit strategischer Geduld zu reagieren“

Interview mit Fregattenkapitän Helge

Adrians zum Umgang mit dem Phänomen

der russischen „Schattenflotte“

Seite 66

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser, während diese Zeilen geschrieben werden, liegt der diesjährige NATO-Gipfel in Ankara gerade hinter uns. Offensichtlich darf man es mittlerweile schon als Erfolg werten, wenn es nicht zu einem Eklat kommt. Andererseits können Themen, die das Potenzial zur Spaltung der Allianz haben, jederzeit wieder hochkochen – siehe den gerade wieder erneuerten US-Anspruch auf Grönland, der bereits Anfang des Jahres zu einer schweren Krise im Bündnis geführt hat.

Selbst wenn man von Donald Trumps speziellem Politikstil einmal absieht, stellen sich derzeit viele Fragen. Welche treibenden Kräfte stecken hinter dem Handeln der US-Regierung und der Abkühlung der transatlantischen Partnerschaft? Welche Bedrohung geht von Russland aus, das seit mehr als vier Jahren unter gewaltigen Verlusten Krieg gegen die Ukraine führt? Und wie kann Europa in einer Welt im Umbruch handlungsfähig bleiben und für seine Sicherheit sorgen?

Eingangs analysiert daher Gerlinde Groitl die missliche Lage Europas vor dem Hintergrund der aktuellen Machtverschiebungen, deren Ausgang noch nicht feststehe. Ohne eine geteilte neue Ordnungsvision mit den USA stehe Europa eine schwierige Zukunft bevor, so ihr Fazit. Während sie Europas Zukunft damit weiterhin eng an eine erneuerte transatlantische Ordnung bindet, vertritt Daniel Marwecki einen anderen Ansatz: Er kritisiert die seiner Ansicht nach vorherrschende Fixierung auf Wiederaufrüstung und zeigt, dass Europa auch andere Ideen für einen würdevollen Umgang mit dem eigenen Bedeutungsverlust entwickeln kann.

Im Folgenden setzt sich die ukrainische Autorin Elena Davlikanova mit der Bedrohung durch Russland auseinander und rät den europäischen Staaten eindringlich, diese nicht durch das falsche Raster zu beurteilen. Vor dem Hintergrund struktureller Defizite der EU geht Matthias Dembinski der Frage nach, wie eine vertiefte sicherheits- und verteidigungspolitische Zusammenarbeit im Rahmen der Union aussehen könnte, um bisher von der *indispensable superpower* USA bereitgestellte Fähigkeiten und Leistungen zumindest teilweise selbst zu erbringen.

Ein weitere viel diskutierte Frage ist die einer – wie auch immer gearteten – „europäischen“ nuklearen Abschreckung. Welche Rolle spielt

das Anfang März vom französischen Staatspräsidenten vorgestellte Konzept der „vorgelagerten Abschreckung“ in diesem Kontext? Emmanuelle Maitre beantwortet dies mit Blick auf die globale nukleare Aufrüstung und das Ziel der Nichtverbreitung von Atomwaffen, während sich Jean-Louis Lozier auf die enger werdende Zusammenarbeit der beiden europäischen Atommächte und die oft vernachlässigte europäische Dimension der französischen nuklearen Abschreckung fokussiert. Shounak Set und Ben Kienzle beleuchten die neue Qualität der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit zwischen Indien und Europa. Sie sehen darin eine originäre Form der flexiblen, modularen Partnerschaft, die zwar dem derzeitigen geopolitischen Umfeld geschuldet sei, aber viel Potenzial biete.

Im abschließenden Interview habe ich Fregattenkapitän Helge Adrians zu einem Thema befragt, das in den zurückliegenden Wochen durch teils spektakuläre Schiffsinspektionen wieder in die Schlagzeilen geraten ist. Er erklärt unter anderem, warum wir im Umgang mit der sogenannten russischen „Schattenflotte“ Herr über die eigenen Reflexe bleiben sollten.

Ethik und Militär erhebt damit nicht den Anspruch, das Thema europäische Sicherheit umfassend behandelt zu haben. Allerdings soll sich auch die kommende Ausgabe mit dazugehörigen Aspekten wie Resilienz und gesellschaftlicher Stabilität befassen. Danken möchte ich an dieser Stelle allen, die das Erscheinen der vorliegenden Ausgabe möglich gemacht haben – den Autorinnen und Autoren, den Übersetzerteams, dem Herausgeberkreis und dem Redaktionsteam des neuen Instituts für Frieden & Militär-ethik, in dem das zebis mittlerweile aufgegangen ist. Wandel prägt also nicht nur die internationale Ordnung, sondern auch unser eigenes Institut; dessen ungeachtet werden wir Ihnen weiterhin interessante Perspektiven auf friedensethische, sicherheitspolitische und militäretische Debatten eröffnen.

Rüdiger Frank
Redakteur



IDEAL UND WIRKLICHKEIT VON DER LIBERALEN INTERNATIONALEN ORDNUNG ZU EINER (SELBST)SCHÜTZENDEN ORDNUNG?

Autorin: Gerlinde Groitl

Einleitung

„Die Welt ist aus den Fugen geraten.“ – „Wir erleben eine Zeitenwende.“ – „Die internationale Ordnung erodiert.“ Diese und ähnliche Formulierungen haben seit einigen Jahren Hochkonjunktur. Sie spiegeln das Unbehagen und die Ungewissheit, mit der Bürger, Entscheidungsträger und Analysten auf die Vielzahl paralleler Krisen in Europa und der Welt blicken. Wie konnte es zu einer solchen Häufung an politischen, wirtschaftlichen und militärischen Konflikten kommen? Warum wird nun selbst Europa von den Wirren der Weltpolitik heimgesucht, das lange Zeit als befriedeter Raum galt? Und wohin bewegt sich die Welt? Dieser Essay versucht mit einem politikwissenschaftlichen Blick auf die Entwicklung der internationalen Ordnung Antworten zu geben. Dazu braucht es zunächst eine Begriffsbestimmung und ein Grundverständnis, wie Ordnungen entstehen und verfallen. Anschließend wird der Auf- und Abstieg der liberalen internationalen Ordnung thematisiert. Abschließend wird die gegenwärtige westliche Politik diskutiert und ein Blick in die Zukunft gewagt.

„Welt aus den Fugen“ – Evolution und Revolution in der internationalen Ordnung

Ordnung wird oft als das zivilisierte und vom Recht gezähmte Gegenstück zur ungezügelten Gewaltherrschaft und Machtwillkür in der Anarchie verstanden. Der Begriff der Weltordnung suggeriert gar eine Regelmäßigkeit von globaler Reichweite, die womöglich neben dem Grundbedürfnis einer Abwesenheit von Gewalt auch Güter wie Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit garantiert. So mancher mag fälschlicherweise dazu verleitet werden, die Existenz einer Weltordnung mit den Vereinten Nationen, dem Völkerrecht und internationalen Institutionen als gegebene Grundordnung der internationalen Politik zu begreifen, die nun „aus den Fugen“ geraten sei. Das ist falsch.

Der Grundzustand der Weltpolitik ist die Anarchie: Staaten existieren nebeneinander,

Abstract

Die Welt ist im Umbruch. Dieser Beitrag spürt den Entwicklungslinien der internationalen Ordnung nach. Dabei wird gezeigt, dass internationale Macht- und Interessenskonstellationen entscheidende Einflussvariablen sind und die internationale Ordnung immer Veränderungen unterliegt.

Derzeit befinden wir uns in einem Interregnum: Die alte liberale internationale Ordnung ist passé, die kommende Neuordnung der Welt ist mit vielen Unbekannten im Werden.

Dabei erlebt Europa eine doppelte Disruption durch den Revisionismus von außen (Russland und China) und den Richtungsstreit innerhalb des Westens, der durch die Verschiebungen der politischen Prioritäten in den USA ausgelöst wurde. Ob es gelingt, eine neue gemeinsame Ordnungsvision zu formulieren, wird über Wohl und Wehe entscheiden.

ohne einer Weltregierung unterworfen zu sein. Das internationale System ist also ein Raum, in dem strategischer Wettbewerb – und damit auch Machtpolitik, Gewalt, Krieg – keine Ausnahmephänomene sind. Sicherheit, Frieden, Freiheit, Recht und Wohlstand sind Güter, die politisch organisiert werden müssen. Eine echte Weltordnung in diesem Sinne ist ein ferner Traum. Dafür bräuchte es ein allgemeingültiges und zugleich durchsetzungsfähiges Regelwerk globaler Reichweite, also eine Überwindung der Anarchie durch die „Verrechtsstaatlichung“ des Globus. Trotz der präzedenzlosen Verflechtung und Verrechtlichung der Welt seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gab es das nie.

Statt von „Weltordnung“ spricht die Politikwissenschaft bei der Untersuchung von Strukturmerkmalen analytisch präziser von der „internationalen Ordnung“ bzw. im Plural von „internationalen Ordnungen“. Das lässt die geografische Reichweite, Tiefe und Durchsetzungstärke mit bewusster Diffusität offen. Mit einem ergänzenden Adjektiv kann das zentrale Merkmal einer internationalen Ordnung umrissen werden, wie es etwa bei der liberalen internationalen Ordnung der Fall ist. Daneben lassen sich politikfeldspezifische, funktionale Ordnungen (zum Beispiel nukleare Ordnung; Weltwirtschaftsordnung) oder auch geografisch begrenzte Regionalordnungen analysieren.

Doch nicht nur der Begriff bietet Deutungsspielraum, auch theoretisch lässt sich „Ordnung“ unterschiedlich interpretieren. Vertreter der realistischen Schule sind der Auffassung, dass angesichts der Anarchie und daraus folgender Sicherheitsdilemmata einzig die Verteilung von Fähigkeiten im internationalen System strukturbildend wirkt. Die internationale Ordnung ist also machtpolitisch definiert und kann mit dem Begriff der „Polarität“ erfasst werden. Vertreter des Liberalismus kategorisieren die internationale Ordnung stattdessen durch gesellschaftliche Präferenzmuster. Die Theorie des Demokratischen Friedens rückt die Dichotomie zwischen Demokratien und Diktaturen in den Mittelpunkt. InstitutionalistInnen halten internationale Institutionen für ordnungsstiftend, weil sie verbindliche Regeln

kodifizieren. KonstruktivistInnen zielen auf Denkmuster und normative Sozialisierungen, die als unsichtbare Regeln ordnend wirken.

Diese Autorin folgt einem neoklassisch realistischen Verständnis: Macht ist die zentrale Währung für die Durchsetzung von Regeln und jede Ordnung hat einen machtpolitischen Kern. Aber Ordnungsmächte unterscheiden sich darin, welche Regeln sie (durch)setzen wollen. Das konkrete strategische Handeln zur Gestaltung der internationalen Ordnung

Das Zusammenspiel von Macht und Interesse erklärt die Entwicklung der internationalen Ordnung bis in die Gegenwart ebenso wie ihre gegenwärtige Krise

entsteht dabei im nationalen Entscheidungsprozess. Das ist so einfach wie schlüssig: Es macht einen Unterschied, ob ein Staat wie die Sowjetunion, die Volksrepublik China oder die USA ordnungsprägend wirkt. Zugleich mag es interessant sein, welche Ordnungsvisionen Luxemburg oder Vanuatu formulieren. Weltpolitisch relevant ist es nicht. Das Zusammenspiel von Macht und Interesse erklärt die Entwicklung der internationalen Ordnung bis in die Gegenwart ebenso wie ihre gegenwärtige Krise.

Die internationale Ordnung ist nie statisch. Ordnungen entstehen, werden, vergehen – weil die machtpolitischen Grundlagen erodieren, ein altes Ordnungsmodell nicht mehr funktioniert oder sich die ordnungspolitischen Präferenzen ändern. Es gibt immer Kontinuität und Wandel, evolutionäre Entwicklung und manchmal auch revolutionäre Brüche. Für den Bestand einer Ordnung spielen neben der machtpolitischen Durchsetzbarkeit ihre Funktionalität und Legitimität eine entscheidende Rolle. Insofern kommt es auf die Balance zwischen den aktiven Stützen und den Herausforderern einer Ordnung an. Der Versuch, den Status quo zu ändern, kann als „Revisionismus“ bezeichnet werden. Dazu braucht es revisionistische Intentionen und die entsprechenden Möglichkeiten. Revisionisten unterscheiden sich darin, wie weit-

reichend ihre Ziele sind und welche Mittel sie dafür einzusetzen bereit sind. In jedem Fall ist nach diesem interaktiven Verständnis Ordnung ein Produkt politischen Handelns. Ordnungen können im Konsens oder in Wettbewerb und Feindschaft entstehen, sie können sich friedlich evolutionär verändern oder auch in großen Kriegen zerbrechen.

Die europäische und die Weltgeschichte seit dem 17. Jahrhundert bieten für diese Dynamiken viel Anschauungsmaterial. Der Westfälische Friede 1648 begründete das Westfälische Staatensystem, das auf Kernprinzipien wie der Souveränität des (säkularen) Territorialstaats

Die liberale Weltordnungspolitik der USA erschien nach dem Ende des Kalten Kriegs alternativlos, zumal es keinen machtpolitischen Gegenspieler mehr gab

und der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten anderer fußte. Der Wettbewerb und das Gewaltpotenzial untereinander waren damit nicht ausgeräumt. Nachdem Napoleon mit dem Versuch, Frankreich zur Hegemonialmacht in Europa zu machen, gescheitert war, sollte der Wiener Kongress 1815 ein stabiles Machtgleichgewicht organisieren. Die folgende Ordnung war eine der Restauration im Inneren und der Gleichgewichtspolitik im Äußeren. Die europäischen Großmächte konkurrierten machtpolitisch, stützten sich aber gegenseitig beim Erhalt der monarchischen Ordnung. Dieser Status quo geriet in den Folgejahrzehnten durch demokratische und nationale Bewegungen unter Druck und zerbrach im Ersten Weltkrieg. In der Zwischenkriegszeit wurden einerseits Hoffnungen auf Demokratie und Volkssouveränität, internationale Institutionen und eine Ächtung von Gewalt genährt, andererseits waren reaktionäre Beharrungskräfte und totalitäre Ideologien mit entgrenztem Gewaltpotenzial auf dem Vormarsch. Das Interregnum endete in der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs.

Danach folgte 1945 die Gründung der Vereinten Nationen mit ihrer wegweisenden Charta, die Grundregeln des zwischenstaatli-

chen Miteinanders ausbuchstabierte und eine kooperative Globalordnung begründen sollte. Die Charta schrieb konkurrierende Ordnungsprinzipien fest. Westfälischen Prinzipien staatlicher Souveränität, der Nichtintervention in innere Angelegenheiten und des Großmachtmanagements im UN-Sicherheitsratsrat auf der einen Seite standen liberale Prinzipien auf der anderen gegenüber. Dazu gehören die Betonung von Rechten des Individuums, von Gesellschaften und Völkern, das Ideal der souveränen Gleichheit aller Staaten und die Beschränkung staatlicher Macht durch das allgemeine Gewaltverbot. Die angloamerikanische Handschrift ist darin klar zu erkennen. Der erhoffte kooperative Internationalismus wurde schnell vom Kalten Krieg überlagert. Unter den machtpolitischen Bedingungen der Bipolarität standen sich am Ende zwei in sich tief integrierte und institutionalisierte Lager gegenüber, die völlig konträren Ordnungsprinzipien folgten: kommunistische Parteidiktatur, Planwirtschaft, Kollektivismus und Blockpolitik begrenzter Souveränität im sowjetischen Raum, Demokratie, freier Markt, individuelle Freiheit und kollektive Verteidigung im Westen. Am Ende scheiterte das sowjetische Modell an sich selbst.

Aufstieg und Fall der liberalen internationalen Ordnung

Die liberale Weltordnungspolitik der USA erschien nach dem Ende des Kalten Kriegs alternativlos, zumal es keinen machtpolitischen Gegenspieler mehr gab. Sie akzentuierte das Prinzip der staatlichen Souveränität neu. Zwischenstaatlich beförderten die USA idealtypisch die souveräne Gleichheit aller Staaten und eine regelbasierte Ordnung, die auch das Recht der Schwachen sichert. Noch revolutionärer war der zweite Gedanke: Die staatliche Souveränität sollte bei der Ausübung des Gewaltmonopols im Inneren liberalen Normen unterworfen werden. Darin steckt einerseits eine strukturelle Delegitimierung autokratischer Herrschaft, weil in der Demokratie das Volk der legitime Träger der staatlichen Souveränität ist und durch Wahlen beauftragte Regierungen lediglich Repräsentanten sind.

Andererseits rücken damit die Rechte des Einzelnen gegenüber dem Staat, die Beschränkung staatlicher Machtausübung und gute Regierungsführung in den Fokus. Grundgelegt war das politisch schon lange – etwa mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948. Nach dem Kalten Krieg eröffneten sich neue Chancen.

Seit den 1990er-Jahren erhielten sowohl die weitere Liberalisierung als auch die Globalisierung der vormals auf den freien Westen beschränkten liberalen internationalen Ordnung neuen Schub. So behielten die USA ihre Allianzstrukturen bei, um in Europa und Asien den territorialen Status quo zu erhalten und Sicherheit zu projizieren. Dabei triumphierte das Selbstbestimmungsrecht von Staaten über Einflussphärendenken, wie es die Politik der offenen Tür von NATO und EU unterstrich. Zugleich investierte der Westen in Demokratieförderung, während Diktaturen kritisiert oder gar sanktioniert wurden. Universelle Menschenrechtsnormen erhielten mehr Gewicht. Menschenrechtsverletzungen wurden zunehmend angeprangert und bestraft, selbst humanitäre Interventionen erlebten Konjunktur. Die Formulierung eines Interventionsgebots im Sinne einer Schutzverantwortung der internationalen Gemeinschaft (unter dem Vorbehalt eines UN-Mandats), wenn Regierungen ihre Bevölkerungen vor schlimmsten Menschenrechtsverletzungen nicht schützen oder diese selbst begehen, war der nächste Schritt. Im großen Bild operierten Europa und die USA bei der Gestaltung einer liberalen internationalen Ordnung Hand in Hand, die politische Selbstbestimmung, Marktwirtschaft und Freihandel, individuelle Freiheit, Demokratie, Verrechtlichung, Institutionalisierung priorisierte.

Vom Blickwinkel Russlands, Chinas und anderer aus betrachtet waren die USA ein revisionistischer Staat, der die Grundprinzipien der internationalen Ordnung zum eigenen Vorteil umgestaltete und Moskau und Peking das Leben schwermachte. Mehr noch: China und Russland begriffen diese liberale Ordnung als eine Bedrohung, und zwar für ihre Regimesicherheit, ihr Großmachtverständnis und ihre internationalen Zielvorstellungen. Sie forderten eine „Demokratisierung“ der internatio-

nen Beziehungen und meinten damit eine Zurückdrängung amerikanischer Macht, die normative Anerkennung von Autokratie und Diktatur und ein Verständnis von Souveränität, das Gewalt als Mittel der Herrschaftssicherung legitimiert und ihnen als Großmächte Vorrechte gibt. Eben aus diesem Impuls erwuchs seit den späten 2000er-Jahren, als sich die Gelegenheiten dafür eröffneten, der russische und chinesische Revisionismus gegen die von den USA geführte internationale Ordnung. Die Vision einer post-westlichen Welt formulierten derweil auch andere: Viele Staaten mit Entwicklungsbedarfen und kolonialer Vergangenheit lehnen den vermeintlichen moralischen

Vom Blickwinkel Russlands, Chinas und anderer aus betrachtet waren die USA ein revisionistischer Staat, der die Grundprinzipien der internationalen Ordnung zum eigenen Vorteil umgestaltete und Moskau und Peking das Leben schwermachte

Überschuss des „elitären“ Westens offen ab, der eigene Werturteile zum Maß der Dinge erhebe und diese selbst nur selektiv erfülle.

China hat sich partiell in die liberale Ordnung integriert, aber seit jeher das Ziel verfolgt, Stärke zu gewinnen und das Regelsystem umzugestalten. Die Kommunistische Partei (KP) Chinas begreift ihren Machterhalt, so die Selbstcharakterisierung, als einzigen Garanten für die politische Souveränität, territoriale Integrität und das Wohlergehen des chinesischen Volkes und Staates. Nur so könne China zur historischen Rolle als Hegemonialmacht zurückkehren. Das erfordert nicht nur einen Rückzug der USA aus Asien, sondern auch ordnungspolitische und territoriale „Korrekturen“, denen Washington im Weg steht. China beansprucht Taiwan, einen Großteil des Südchinesischen Meers und Gebiete im Ostchinesischen Meer. Der „chinesische Traum“ einer „Wiedergeburt der großen chinesischen Nation“ soll nach Xi Jinping bis zum hundertsten Gründungsjubiläum der Volksrepublik 2049 in Erfüllung gehen. Die Volksrepublik möchte eine internationale Ordnung, die dem Machtanspruch und den Ambitionen der KP zuträglich ist.

Russland hat ein ähnliches Verständnis der Weltlage. Die USA und ihre europäischen „Anhängsel“, so lautet der Vorwurf aus Moskau, würden Staaten „umdrehen“, deren politischen Kurs manipulieren, Russland seinen angestammten Status als Pol rauben und potenziell gar seine Regimesicherheit bedrohen. Tatsächlich strebten Gesellschaften nach Westen, weil ihnen das russische Modell keine Perspektive bot. Moskau setzte in Georgien 2008 und in der Ukraine seit 2014 auf Gewalt, um dem entgegenzuwirken. Den Mangel an eigener Strahlkraft externalisiert das russische Regime. Während China aufgrund seiner öko-

liberale Universalismen potenziell mit nationalen Souveränitätsrechten, was sich etwa bei Themen wie Asyl und Migration zeigt. Ökonomisch erwies sich die Globalisierung nicht für jedermann als Gewinn. Auch humanitäre Interventionen sollte man reflektieren. Menschliches Leid in einem Drittstaat zu unterbinden, ist ein hehres Ziel. Doch ob dafür die eigenen Streitkräfte zuständig sind, ist eine andere Frage. Das wiegt umso schwerer, als man etwa in Deutschland die Fähigkeit zur Erfüllung des grundgesetzlichen Verteidigungsauftrags sehenden Auges erodieren ließ. Ob die nationale Klimapolitik in ihrer konkreten Form dem kollektiven Weltklima nutzt oder angesichts von staatlichem Dirigismus, wirtschaftlichen Kosten und begrenztem Globalnutzen zuvorderst selbstschädigend ist, wäre ein weiterer Diskussionspunkt. Gleiches gilt für identitätspolitische Kämpfe um Gender und sexuelle Identität, die nicht nur innen-, sondern auch außenpolitisch Einzug gehalten haben. „Liberal“ wurde also zunehmend expansiv, partikular und zum Teil ideologisch definiert. Ob die liberale Ordnungspolitik in ihrer realen Ausprägung tatsächlich Wohl, Sicherheit, Recht und Freiheit des nationalen politischen Souveräns dient, ist also eine berechnete Frage, während zugleich ein Umgang mit der Bedrohung durch externe Revisionisten gefunden werden muss.

Die liberale Weltordnungspolitik der USA erschien nach dem Ende des Kalten Kriegs alternativlos, zumal es keinen machtpolitischen Gegenspieler mehr gab

nomischen Möglichkeiten auf Anreize setzt, verengten sich Russlands Optionen zunehmend auf militärische Drohungen, Gewalt und hybride Instrumente. Mit dem seit 2022 betriebenen Eroberungskrieg gegen die Ukraine versucht der Kreml das Ende des imperialen Traums zu verhindern. Der Westen soll zur Akzeptanz einer Ordnung nach russischen Vorstellungen gezwungen werden.

Der Aufstieg von Anti-Eliten-Diskursen und populistischen Parteien in den 2010er-Jahren, das Brexit-Votum sowie die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten 2016 machten deutlich, dass auch im Westen eine Gegenbewegung gegen die liberale internationale Ordnung auf dem Vormarsch war. Trumps Kernaussage lautet, dass der von den politischen Eliten gestaltete Status quo nicht im Interesse des amerikanischen Volkes sei. Angesichts ähnlicher Wählerstimmen in allen westlichen Demokratien sollte man den Einwänden ohne populistische Rhetorik nachspüren. Die Institutionalisierung, Verrechtlichung und Integration politischen Handelns auf der internationalen Ebene ohne klaren Endpunkt steht potenziell im Widerspruch zur Legitimations- und Entscheidungsfunktion der national organisierten Demokratie. Außerdem kollidieren

Von der Ordnungskrise zur Neuordnung?

Die vom Westen geprägte internationale Ordnung der Zeit nach dem Kalten Krieg steckt in einer Durchsetzungs-, Funktionalitäts- und Legitimationskrise. Die globale ökonomische Verflechtung der letzten drei Jahrzehnte hat bei gleichzeitiger Verschärfung geopolitischer Konkurrenz massive Verwundbarkeiten erzeugt. Kosten und Nutzen der Ordnung waren dabei ungleich verteilt, weil der große Aufsteiger China immens von der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Offenheit des Westens profitiert hat, während der amerikanische Hegemon ein steigendes Maß an Kosten bei relativ geringerem Ertrag geschultert hat. China hat dagegen das bestehende

System geschickt (aus)genutzt, ist mit westlicher Hilfe erstarkt und wendet seine Fähigkeiten nun gegen den Westen. Peking baut systematisch seinen Einfluss im UN-System aus und schafft neue Alternativinstitutionen; es operationalisiert wirtschaftliche Abhängigkeiten und schädigt mit seinem staatskapitalistischen Instrumentarium die Marktwirtschaften des Westens; es strebt im Technologiewettbewerb mit allen Mitteln nach Dominanz; es investiert in Auslandspropaganda ebenso wie in sein Militär und stützt Staaten wie Russland und den Iran, um Macht zu projizieren. Russland konnte nur partiell erfolgreich operieren und greift mittlerweile auf Subversion, Drohungen, hybride Kriegsführung und klassische militärische Mittel zurück, um seine imperialen Ambitionen zu behaupten. Derweil verabschiedeten sich die USA unter Trump ebenfalls von der Leitvorstellung einer liberalen internationalen Ordnung unter amerikanischer Flagge. Der Hegemon stellt also aktiv den Systemerhalt in Frage. Die Umstrukturierung bestehender Bündnisse wie der NATO, das Infragestellen von Institutionen, die amerikanischen Interessen womöglich nicht mehr nutzen, und die Neujustierung von Prioritäten gehören dazu. Ebendiese doppelte Disruption erschüttert Deutschland und Europa im Mark.

Dass die USA den ordnungspolitischen Status quo hinterfragen, der zu einem Grad von den Entwicklungen der Realität überholt wurde, sollte nicht verwundern. Gäbe es im Westen einen soliden ordnungspolitischen Konsens, wäre der Schulterschluss gegen externe Revisionisten mit einer evolutionären Anpassung an neue Gegebenheiten ein wahrscheinliches Szenario. Da die USA unter Trump aber die Plausibilität eigener politischer Annahmen und die Kosten-Nutzen-Rechnung des Status quo hinterfragen, erleben wir eine mit voller Absicht vollzogene, nicht mit traditionellen Partnern koordinierte Politik des Umbruchs, wie sie etwa in der Nationalen Sicherheitsstrategie von 2025 ausbuchstabiert wurde. Wie sich die USA künftig positionieren und ob eine kohärente und zielführende alternative Ordnungsvision folgt, die sich als anschlussfähig für andere erweist, bleibt abzuwarten. In jedem Fall müssen Deutschland und Europa

eigene ordnungspolitische Möglichkeiten und Optionen ernsthaft eruieren.

Hierzulande wird meist angenommen, dass die kommende Welt multipolar sei. Das impliziert die Existenz mehrerer etwa gleich starker Pole. Der Realität entspricht das nicht. Trotz relativer Verluste sind die USA nach wie vor weit mächtiger als jeder andere Staat. Ihre geografische Lage mit nur zwei Landgrenzen zu nicht bedrohlichen Nachbarn, eine vorteilhafte Demografie, ihre wirtschaftliche Potenz

Da die USA unter Trump die Plausibilität eigener politischer Annahmen und die Kosten-Nutzen-Rechnung des Status quo hinterfragen, erleben wir eine mit voller Absicht vollzogene, nicht mit traditionellen Partnern koordinierte Politik des Umbruchs

und technologische Innovationsfähigkeit, ihr Zugriff auf natürlich Ressourcen, ihr zuletzt sehr robustes Reduzieren von Verwundbarkeiten (zum Beispiel seltene Erden), ihre an Quantität, Qualität und Machtprojektionsfähigkeit bemessene militärische Stärke bis hin zu strategischen Fähigkeiten stimmen optimistisch, dass die USA rein an Ressourcen bemessen auf lange Zeit der dominante Staat bleiben dürften. China ist allenfalls zu einem „near-peer-competitor“ herangewachsen, steht aber nicht auf Augenhöhe und wird den Ausgleich angesichts seiner mittlerweile sichtbaren demografischen und wirtschaftlichen Probleme vielleicht nie erreichen. Alle anderen stehen im Vergleich dazu weit abgeschlagen, weil sie nur selektiv Macht besitzen. Das trifft auch auf Russland zu, das eine nukleare Supermacht, aber ökonomisch, technologisch und selbst konventionell militärisch von Schwäche gezeichnet ist. Brasilien, Südafrika, Indien oder die einzelnen europäischen Staaten liegen weit zurück.

Insofern reagieren die USA nicht auf eine neue Multipolarität, sondern streben nach dem Erhalt ihrer Vormacht in einer Welt, die von hochgradiger Verflechtung geprägt und allenfalls auf dem Weg zu einer Bipolarisierung ist. Die US-Administration versucht, Bündnispartner zur Lastenübernahme zu zwingen, Verantwortung zu reduzieren, Netzwerke und

Knotenpunkte finanzieller und technologischer Macht brachial zum eigenen Vorteil zu nutzen und Chinas Aufstieg auszubremsen. Russland wird demgegenüber nur als nachrangige Herausforderung gesehen. Institutionell setzen die USA auf bilaterale, kleinere minilaterale und in jedem Fall US-zentrische Formate, die anders als große multilaterale Foren direkteren Einfluss und Durchsetzungsfähigkeit garantieren sollen. Der Führungsstil von Donald Trump ermöglicht dabei Disruption, konterkariert aber potenziell zugleich die strategische Neuausrichtung der US-Politik. Der Irankrieg von 2006, der im Juni mit einem

Immer wieder werden die Europäer von ihrem wichtigsten Bündnispartner vor vollendete Tatsachen gestellt und durch das Androhen von Konsequenzen zur Gefolgschaft gedrängt. Vom bisherigen Modell einer kooperativen, auf Überzeugung und Koordination fußenden transatlantischen Partnerschaft ist das weit entfernt. Wie kann Europa nun eigenständiger werden? Vor pauschalen Forderungen nach „mehr EU“ sollte man sich hüten, da es dafür keinen Konsens gibt, die EU höchst reformbedürftig ist und im Verteidigungsbereich keine Zuständigkeit besitzt. Auch das Hoffen auf eine „strategische Autonomie“ Europas oder eine Allianz der Mittelmächte braucht einen Realitätscheck. Tatsächlich ist die europäische Integration ein Produkt amerikanischer Hegemonie. Ohne den Schutzschirm und das Zutun der USA sähe die europäische Ordnung ganz anders aus. Demgegenüber ist der oftmals angestimmte Abgesang auf die USA als dominante Macht in der Welt verfrüht, da diese sich auf eine Welt des ungezügelten Großmachtwettbewerbs einstellen, wenngleich dabei die Kollateralschäden der Politik Trumps eingepreist werden müssen. Welche Schnittmengen gibt es zwischen Europa und den USA für eine neue Vision einer stärker auf Selbstschutz bedachten internationalen Ordnung? Das ist für die Zukunft der transatlantischen Partnerschaft die entscheidende politische Frage.

Das Hoffen auf eine „strategische Autonomie“ Europas oder eine Allianz der Mittelmächte braucht einen Realitätscheck

für die Islamische Republik erstaunlich vielversprechenden „Rahmenabkommen“ vorerst beendet wurde, zeigt das modellhaft. Washingtons überlegene Fähigkeiten übersetzten sich nicht in einen politischen Erfolg.

Europa gerät dabei in eine missliche Lage. Die von Russland ausgehende Bedrohung wird in Europa anders beurteilt als von der US-Regierung, was zu einer Entkopplung europäischer und amerikanischer Prioritäten führen könnte. Da Europa hochgradig abhängig von den USA ist, muss die eigene Ertüchtigung und Befähigung im Schnelldurchlauf gelingen. Zugleich braucht Europa ein Führungsarrangement, das seine Kooperationsfähigkeit sicherstellt, weil die USA diese Aufgabe nicht länger übernehmen. Mehr noch:

Ausblick

Die 30 Jahre nach dem Kalten Krieg erscheinen heute wie ein Traum. Freilich gab es auch damals sicherheitspolitische Krisen. Aber rückblickend war es eine Zeit präzedenzloser globaler Kooperation, des Wohlstands, der Freiheit und der Sicherheit. Das war keine Selbstverständlichkeit, sondern ein Produkt amerikanischer Macht und der gemeinsam mit westlichen Partnern betriebenen Politik. Heute sieht die Lage anders aus: Das Bedrohungsszenario eines großen Krieges mit Russland jenseits der Ukraine wird ernsthaft diskutiert und der alte Status quo der liberalen internationalen Ordnung nach dem Kalten Krieg ist passé. Die Gegenreaktionen äußerer Revisionisten und die innerliche Abkehr vom

Die Autorin



Prof. Dr. Gerlinde Groitl befasst sich mit den USA, der deutschen, europäischen und transatlantischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie der globalen Großmachtkonkurrenz zwischen Russland, China und dem Westen. Die letzte ihrer bislang drei Monografien analysierte Russlands und Chinas Revisionismus gegen die liberale internationale Ordnung. Sie lehrt an der Universität Regensburg und ist die Gründerin und Leiterin des ISS Instituts für Sicherheit und Strategie in München.

vormaligen ordnungspolitischen Kurs sind dafür gleichermaßen verantwortlich. Insofern befinden wir uns derzeit in einem Interregnum: Es steht klar vor Augen, was bereits verloren gegangen ist, doch was kommen wird, befindet sich noch im Nebel der Zukunft.

Für Europa liegt eine besondere Schwierigkeit darin, die Begrenztheit der eigenen Möglichkeiten anzuerkennen. Natürlich besitzen die Staaten Europas aggregiert substantielle Fähigkeiten. Doch deren Übersetzung in zielgerichtetes Handeln und Einfluss krankt daran, dass Kooperation unter souveränen Staaten organisiert werden muss, deren Interessen nicht deckungsgleich sind. In der Vergangenheit übernahmen die USA die Leit- und Koordinierungsfunktion. Innerhalb Europas gibt es keine natürliche oder gemeinhin akzeptierte Führungsmacht. Ohne eine Potenzierung einzelstaatlicher Gewichte durch die Gemeinschaft ist es jedoch kaum möglich, zum Spieler in einer Welt der Großen zu werden. Dazu kommt das zweite hausgemachte Problem: Die Staaten Europas sind politisch so zerrissen wie die USA. Eine einfache Gemeinschaftsoption in Opposition zur „Trump-Revolution“ gibt es nicht. Die forderndste politische Aufgabe der Gegenwart dürfte sein, eine neue Vision für eine stabile Ordnung zu entwerfen, die den eigenen Fähigkeiten entspricht und jenseits populistischer Parolen ausbuchstabiert, wie das Recht, die Freiheit, die Sicherheit und das Wohlergehen der Bürger Europas geschützt werden können.

DOI: 10.48701/opus4-933

This work is licensed under CC BY-NC-ND 4.0. To view a copy of this license, visit <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/>

Die gesamte Ausgabe „Europas Sicherheit im Wandel der Weltordnung“ finden Sie hier: <https://www.ethikundmilitaer.de/ausgabe/01-2026/overview>

WÜRDEVOLLER ABSTIEG?

DEUTSCHLAND UND EUROPA IN DER WELTNEUORDNUNG

Autor: Daniel Marwecki

Der Wandel der Weltordnung ist mittlerweile so sehr in aller Munde, dass das Sprechen über ihn seine eigenen Klischees produziert. So kamen in den letzten Jahren nur wenige Kommentatoren des globalen Zeitgeschehens ohne ein Zitat des italienischen Marxisten Antonio Gramsci aus, der aus einer Gefängniszelle davon schrieb, dass eine alte Welt im Sterben liege, die neue aber noch nicht geboren sei. Eine solche Übergangszeit, so Gramsci, sei eine „Zeit der Monster“.¹

Eine andere abgenutzte Einsicht, die durch ihre Wiederholung ebenfalls nicht falscher wird, ist jene, dass das von Francis Fukuyama postulierte „Ende der Geschichte“ dem nachfolgenden Weltverlauf nicht entsprach. Im Sommer 1989, kurz vor dem Mauerfall, schrieb der bis dato unbekannte Mitarbeiter des amerikanischen Außenministeriums Fukuyama einen Artikel, der ihn über Nacht berühmt machen sollte. Fukuyama argumentierte, dass mit dem marktwirtschaftlichen und demokratischen Nationalstaat das bestmögliche Modell des politischen Gemeinwesens gefunden worden sei. Deswegen sei es auch nicht mehr nötig, sich über die Art und Weise des menschlichen Zusammenlebens auf fundamentale Weise zu streiten. Wenn die Geschichte aus-erzählt ist, muss man über ihren Verlauf auch keine Kriege mehr führen.

Nun geht die Geschichte nicht nur weiter, sie erscheint auch vollkommen offen. Und es ist nicht nur unklar, wohin die aktuelle Übergangszeit führt, sondern auch, ob sie aktuell überhaupt irgendwohin führt. Es mag nämlich sein, dass der gefühlte und reale Umbruchzustand vorerst die neue Normalität bleibt. Sicher hingegen scheint, dass Geschichte immer weniger dort gemacht werden wird, wo man gewohnt war, über ihren Verlauf zu bestimmen, nämlich im Westen.

In diese Verunsicherung und in dieses Geschichtsentsgleiten hinein macht sich in Deutschland und Europa ein Weckruf breit, der seinerseits droht, zu einem Klischee zu werden. Nämlich der, dass man zu lange mit den falschen Mächten gute Geschäfte gemacht und sich sicherheitspolitisch zu sehr auf die USA verlassen habe. Nun sei es hin-

Abstract

Der viel beschworene Wandel der Weltordnung lässt sich als Prozess abnehmender Dominanz des Westens mit offenem Ausgang beschreiben. In jüngsten Ereignissen und Entwicklungen wie dem Einmarsch Russlands in die Ukraine, dem Ausscheren vieler aufstrebender nicht westlicher Länder aus der Sanktionspolitik und dem Gazakrieg manifestiert sich sowohl seine schwindende Macht als auch sein Niedergang als moralisches Ideal. US-Präsident Donald Trump agiert dabei in mehrfacher Hinsicht als Zerstörer der alten liberalen Ordnung, zu der es auch nach seiner Amtszeit kein Zurück geben wird. Der parallel verlaufende Aufstieg Chinas zu einem bedeutenden Zentrum ökonomischer und politischer Machtverteilung erscheint als Rückkehr zum historischen Normalzustand. Deutschland und Europa sollten nicht den Fehler begehen, auf diese von Unsicherheit geprägte Phase der Multipolarisierung allein mit einer unkoordinierten Aufrüstungsinitiative sowie kulturellen und geopolitischen Überlegenheitsfantasien zu reagieren. Mittlerweile werden auch innerhalb Europas positivere Visionen entwickelt, die Verteidigungsfähigkeit mit der Einpassung in eine sich noch ausformende Weltordnung verbinden.

gegen an der Zeit, wieder „realpolitisch“ oder sogar „geopolitisch“ zu denken und entschlossene Wiederaufrüstung zu betreiben.²

Womöglich droht gerade die Bundesrepublik etwas Entscheidendes zu übersehen: dass Rüstungsanstrengungen keine politische Idee einer lebenswerten Zukunft ersetzen können. Die gar nicht so neue Grundidee dieses Beitrags ist, dass die Zukunft der Weltordnung eine multipolare sein wird – und dass die deutsche und europäische Außenpolitik konkrete und umsetzbare Vorstellungen davon entwickeln müssen, wie sich Europa in einer Welt nach der westlichen Vorherrschaft positionieren möchte.

Das Ende vom Ende der Geschichte

Wann endete das Ende der Geschichte? Vielleicht mit den Anschlägen auf die USA am 11. September 2001 und den anschließenden Kriegen im Nahen Osten. Diese Kriege scheiterten nicht nur daran, aus Ländern wie Afghanistan und Irak liberale Demokratien nach eigenem Bilde zu machen. Auch legten sie, erneut, doch nicht zum letzten Mal, einen Graben zwischen liberalem Selbstbild und zerstörerischer außenpolitischer Realität offen. In wirtschaftlicher Hinsicht sank der westliche Stern um dieselbe Zeit. Die Finanzkrise von 2008 führte in eine Rezession, die die alten Ökonomien des Westens stärker traf als die der aufsteigenden Länder. Westliche Wachstumsraten konnten nicht mehr an ihr Vorkrisenniveau anknüpfen, während jene der Entwicklungsländer hoch blieben. Seitdem sinkt der westliche Anteil an der globalen Wirtschaftsleistung kontinuierlich.³

Ein jüngeres Datum, an dem sich der westliche Machtverlust manifestierte, ist der russische Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022, auch wenn es sich zunächst gar nicht danach anfühlte. Das bereits totesagte westliche Militärbündnis der NATO gewann mit Schweden und Finnland neue Mitglieder hinzu. Die ukrainische Widerstandsfähigkeit und anfängliche Felderfolge überzeugten sogar die Zweifler im damaligen Kanzleramt, dass es nicht nur wünschenswert, sondern

auch möglich sei, den russischen Angreifer zurückzuschlagen. Der Literaturwissenschaftler Albrecht Koschorke schrieb nach einem Jahr Krieg in einem Zeitungsbeitrag: „Die *imperial nostalgia*, die man den russischen Machteliten nachsagt, trifft auf der Gegenseite auf eine eigene, ihrer selbst noch nicht vollständig bewusste Art von Nostalgie. Sie richtet sich auf die vergangene Zukunft des Liberalismus als Weltmodell und universale Doktrin.“⁴ Der von Fukuyama vor über dreißig Jahren konstatierte Geschichtserfolg des liberalen Modells – sollte er sich dank der Ukraine doch noch realisieren? Befeuert von einem Kriegspathos, dem der eigene Mitteleinsatz kaum entsprach, sah man in London, Brüssel und im Washington von Joe Biden beinahe schon dem Ende Putins entgegen, doch bemerkte dabei kaum, dass man sich mit dieser Wahrnehmung in einer globalen Minderheit befand. Erzählt wurde der Verteidigungs-

Erzählt wurde der Verteidigungskampf der Ukraine von westlicher Seite weniger als ein Ringen um staatliche und nationale Souveränität gegen einen imperialistischen Aggressor, sondern als Kampf für die Demokratie gegen Diktatur und Unterdrückung

kampf der Ukraine von westlicher Seite dabei weniger als das, was er ist, nämlich ein Ringen um staatliche und nationale Souveränität gegen einen imperialistischen Aggressor – eine Interpretation, die auch außerhalb der westlichen Weltminderheit für mehr Anklang gesorgt hätte –, sondern als Kampf für die Demokratie gegen Diktatur und Unterdrückung. Gewissermaßen holten vergangene Sünden den Westen hier ein. Denn die USA konnten sich schwerlich auf die Charta der Vereinten Nationen stützen, deren zentrales Nichtangriffsgebot Russland so eklatant verletzt, hatten sich die USA doch selbst mehrfach über dieses Gebot hinweggesetzt.

Ein großer Teil der nicht westlichen Weltmehrheit verurteilte den russischen Völkerrechtsbruch zwar per Votum in der Generalversammlung der Vereinten Nationen. Doch an den Sanktionen gegen Russland oder an Waffenlieferungen für die Ukraine beteiligten

sich seither nur diejenigen Staaten, die man gemeinhin zum Westen zählt. Vor zwanzig Jahren, vielleicht weniger, hätte dies womöglich ausgereicht, um Russland in die Knie zu zwingen. Heute hat Russland vor allem in China und Indien, aber auch in Brasilien, Südafrika und anderen Ländern wirtschaftliche und politische Alternativangebote.

Dass die westliche Sanktionspolitik somit weit hinter der erhofften Wirkung zurückbleibt, ist nur einer von vielen Indikatoren für einen Prozess, den auch die eben genannten Länder als „Multipolarisierung“ der Weltordnung be-

***Im viel zitierten Globalen Süden
mag Multipolarität auch nach einem
Versprechen auf eine fairere und
demokratischere Welt klingen, die zu
lange vom Westen dominiert wurde***

zeichnen würden. Gemeint ist damit ein Nein zu westlicher Vorherrschaft und ein Eintreten für eine Welt mit mehreren und alternativen Machtzentren. Gleichzeitig polarisiert der Begriff der Multipolarität innerhalb der politischen Debatte, nicht zuletzt in Deutschland.⁵ Nicht wenige nutzen ihn als antiwestlichen Kampfbegriff, weswegen prowestliche Dominanzverteidiger in ihm vor allem eine abzuwehrende Drohgebärde sehen.

Dass eine Welt nach der westlichen Vorherrschaft sich ausformt, ist allerdings zunächst ein möglichst nüchtern zu observierender Fakt, unabhängig davon, welchen Namen man dieser Entwicklung gibt. Ein Fakt, gegenüber dem Europa und Deutschland ihre Politik ausrichten sollten. Ob diese Welt nach dem Westen eine sein wird, vor der man sich zu fürchten hat, ist dabei, wie so oft, eine Frage der Perspektive. Vor 1914 war Europa ein multipolares Staatensystem. Das Scheitern dieses Systems führte in den Ersten Weltkrieg. Das ist der wesentliche Grund dafür, warum das Wort „Multipolarität“ in Europa wie eine unheilvolle Drohung klingt. Im viel zitierten Globalen Süden ist das anders. Dort mag Multipolarität auch nach einem Versprechen auf eine fairere und demokratischere Welt klingen, die zu lange vom Westen dominiert wurde.⁶

Beinahe schon spiegelbildlich zum russischen Einmarsch in die Ukraine ordnen sich die globalen Positionen seit dem 7. Oktober 2023 zum Gazakrieg. Nach dem Massaker der Hamas im Süden Israels waren es vor allem die USA, gefolgt von der Bundesrepublik und Großbritannien, die Israels Vorgehen in Gaza durch Waffenlieferungen und diplomatischen Rückhalt unterstützten. Die Zerstörung Gazas ist eine Wirklichkeit, der sich die deutsche Öffentlichkeit lange entzogen hat, doch zu der die Bundesregierung das Ihre beigetragen hat. Alex Lo, langjähriger und als prochinesisch geltender Kolumnist der Hongkonger Zeitung *South China Morning Post*, schrieb dazu im Mai 2025 in fast schon triumphierendem Tonfall, dass die westliche Welt in Gaza auch ihr eigenes Grab gegraben hätte. Zwar würde der Westen als geografischer und politischer Teil der Welt noch weiter existieren. Als moralisches Ideal sei er jedoch gestorben – und das ganz ohne das Zutun von Xi Jinping oder Wladimir Putin, die das Ende der westlich dominierten Ordnung begrüßten.⁷

**Donald Trump: Abstiegs-
manager des Westens?**

In Deutschland wird das Ende der westlich dominierten Ordnung hingegen vor allem mit einem Namen verbunden: Donald Trump. Für die deutsche Öffentlichkeit war die Wiederwahl Trumps zum Präsidenten der USA im Herbst 2024 ein Schock. Danach wurde in den Zeitungen lautstark das Ende des Westens verkündet, zumindest in der Form, wie wir ihn kannten. Deutschland und Europa, war man sich einig, müssten nun alleine bestehen können. Der wenige Monate nach Trump gewählte Bundeskanzler Friedrich Merz verkündete in der traditionellen Elefantenrunde nach der Wahl, dass die Zeit außenpolitischer Abhängigkeit von den USA vorüber sei. Für einen flüchtigen Moment klang der gestandene Transatlantiker Merz wie der französische General Charles de Gaulle, der für das Nachkriegseuropa schon früh eine eigenständige weltpolitische Rolle gefordert hatte. Was man zuvor nur am linken oder rechten Ende des politischen Spektrums in Deutschland gehört

hatte, nämlich dass Deutschland in außen- und sicherheitspolitischen Fragen weniger souverän war, als es sich gab, ist aufgrund von Donald Trump über Nacht zur Mehrheitsmeinung geworden.

In einem seiner letzten Interviews wurde der 2023 verstorbene Henry Kissinger zu Donald Trump befragt. Kissinger, der seit seinem Wirken als Sicherheitsberater Richard Nixons während des Vietnamkriegs als Geostratege, Kriegsverbrecher oder beides galt, antwortete, dass Trump eine jener historischen Figuren sei, die mit der Scheinheiligkeit und den falschen Gewissheiten ihrer Zeit aufräumten und das Ende einer Epoche markierten. Das müsse nicht bedeuten, so Kissinger, dass Trump eine Alternative zur alten Ordnung anzubieten habe oder sich seiner historischen Rolle überhaupt bewusst sei. Es könnte auch alles ein Unfall sein.⁸

Trump als geschichtsgesandter Meister des Chaos und der Erneuerung? Es stimmt, dass er die unglaublich gewordenen Versprechen der liberalen Ordnung zu begraben weiß. Auf das gebrochene Wohlstandsversprechen globalisierter Marktwirtschaft antwortet er mit Zöllen. Auf die oft beklagte Scheinheiligkeit westlicher Außenpolitik antwortet er, indem er das Recht des Stärkeren und eng verstandenes, oftmals erratisches Eigeninteresse primär setzt. Er nimmt der westlichen Rolle in der Welt damit nicht nur den Schein, sondern auch den Anspruch auf Heiligkeit. Anders formuliert: Donald Trump löst das Problem außenpolitischer Doppelmoral, indem er dieser Außenpolitik die Moral gleich ganz wegnimmt.

Hinter Donald Trumps Wahlslogan *America First* steckt die Idee, dass die von den USA aufrechterhaltene internationale Ordnung ihrem Garanten mehr Kosten als Nutzen eingebracht hat. Vielleicht kann man es so formulieren: Die USA sind ein Imperium, das wieder lernt, als eine Nation zu denken. Doch *America First* bedeutet auch, dass ein sich stärker national verstehendes Amerika seine Vormachtstellung nicht einfach aufgeben wird. Vielleicht sollte man deshalb vorerst von einer Schrumpfung oder Verschlankung des hegemonialen Ordnungsmodells in Richtung einer Reduktion auf einen transaktionalen Ansatz reden. Denn

eine militärische Dominanz der USA ist immer noch gegeben und der Dollar immer noch die Leitwährung. Letztere sichert den USA bislang noch eine privilegierte Position im Weltmarkt und auf den Finanzmärkten. Für eine Schrumpfung spricht dagegen nicht nur, dass vormalige Allianzen abgeschwächt werden, sondern auch, dass die Soft Power in rasantem Tempo abgebaut wird, beispielsweise indem Entwicklungshilfen zusammengestrichen werden oder die USA reihenweise aus Organisationen der internationalen Zusammenarbeit austreten.

Nach Trump: Keine Rückkehr zur liberalen Hegemonie

Wer in Deutschland und Europa heute noch darauf hofft, dass auf vier Jahre Trump wieder ein Joe-Biden-Äquivalent ins Weiße Haus folgt, verkennet, dass auch unter der Demokratischen Partei die marktliberale Globalisierung nicht mehr das Regierungsmodell und Europa auf der amerikanischen Prioritätenliste nach unten gerutscht ist. Auf Trump I (2017–2021)

Donald Trump löst das Problem außenpolitischer Doppelmoral, indem er dieser Außenpolitik die Moral gleich ganz wegnimmt

folgte mit Joe Biden ein Präsident, der die Politik seines Amtsvorgängers in wichtigen Punkten fortsetzte. Ein Punkt nimmt auf der weltwirtschaftlichen Landkarte und in den Vorstellungen der Politikgestalter in Washington viel Raum ein: China. In seiner Kongressrede nach den ersten einhundert Tagen Amtszeit im April 2021 verkündete Joe Biden, dass man sich mit China in einem „Wettbewerb um das 21. Jahrhundert“ befinde. Zu diesem Zweck setzte seine Administration die Strafzölle gegen China fort, die Donald Trump zuvor erlassen hatte. Hinzu kamen industriepolitische Maßnahmen wie beispielsweise der CHIPS Act oder der Inflation Reduction Act, die sich als Versuche verstehen lassen, der amerikanischen *working class* den hegemonialen Wett-

bewerb mit China als Reindustrialisierung des Landes zu verkaufen, während man gleichzeitig versucht, chinesisches Wachstum in Hochtechnologiesektoren einzudämmen.

Während der zweiten Amtszeit von Donald Trump eskaliert die unter Joe Biden verschärfte Wirtschaftsivalität mit China im Rahmen eines Zollkriegs, dessen Ausgang noch unbestimmt ist. Festhalten aber kann man, dass es seit 2016 eine hervorstechende Kontinuität während der wechselnden Amtszeiten von Trump zu Biden und zurück zu Trump gibt. Sie besteht in dem Versuch, den Aufstieg Chinas zu begrenzen und die dominante Position der

gen Zufällen zu tun hat. Erst im Nachhinein wirkt dieser Aufstieg wie die Umsetzung eines lang gehegten Plans.

Gleichwohl ist die Rede vom „Aufstieg“ Chinas falsch. Bei einem Land, das bis zu seinem Niedergang im 19. Jahrhundert stets ein Zentrum des wirtschaftlichen Geschehens gewesen war, sollte man eher von „Wiederaufstieg“ reden. Über die Jahrhunderte hinweg hat China im Durchschnitt immer etwa ein Viertel der Menschheit auf sich vereint. Die heutige Rezentrierung Chinas scheint wie eine Rückkehr zum regulären Weltverlauf. Der relative Abstieg des Westens wirkt wie eine Bewegung zurück zu einer historischen Norm, in der der indische Subkontinent und China Zentren ökonomischer und politischer Machtverteilung bilden.

Um diesen Wiederaufstieg nachzuvollziehen, ist es sinnvoll, sich einmal die chinesische Position im globalen Wirtschaftsgefüge anzuschauen. Als China 2001 der Welthandelsorganisation beitrug, stellten die USA die dominierende Handelsmacht dar. Laut dem australischen Lowy-Institut waren die USA damals für 80 Prozent der Staaten ein wichtigerer Handelspartner als China. Das Verhältnis hat sich umgedreht. Heute handeln ungefähr 70 Prozent der Staaten weltweit mehr mit China als den USA.¹⁰ Das bedeutet nicht weniger als eine fundamentale und dauerhafte Restrukturierung der Weltwirtschaft. Am eindrücklichsten ist dieser Wandel auf dem afrikanischen Kontinent zu beobachten. China ist heute der mit Abstand größte Handelspartner Afrikas. Im Jahr 2003 war China nur für 18 afrikanische Länder ein wichtigerer Handelspartner als die USA. Heute sind es 52 von 54 afrikanischen Ländern, die beinahe die gesamte Fläche des Kontinents umfassen.¹¹

China ist die global dominierende Handelsmacht, weil das Land über die mit Abstand größte industrielle Basis der Welt verfügt. Die Volksrepublik stellt beinahe ein Drittel aller Industriegüter der Welt her, Tendenz steigend. Das ist mehr als Deutschland, Japan, Südkorea und die USA zusammen. Diese enormen Zahlen erklären, warum China der unangefochtene Exportweltmeister ist und wohl auch bleiben wird. Die chinesischen Exporte in die USA betrugen 2024 das Dreifache

Die aktuelle Großmachtrivalität zwischen den USA und China ist der Konflikt, der vor allen anderen darüber bestimmt, wie eine Welt nach dem Westen aussehen wird

USA zu verteidigen.⁹ Zwar stimmt es, dass bereits der vormalige Präsident Barack Obama eine „Wende nach Asien“ verkündet hatte. Doch damals schien das amerikanisch-chinesische Verhältnis im Vergleich zu heute freundlich. Die aktuelle Großmachtrivalität zwischen den USA und China ist der Konflikt, der vor allen anderen darüber bestimmt, wie eine Welt nach dem Westen aussehen wird – und wie friedlich der Weg zu einer solchen Welt verläuft.

Der chinesische Wiederaufstieg

Der chinesischen Aufstiegsgeschichte haftet etwas Rätselhaftes an. Und je mehr man sich mit diesem Aufstieg befasst, desto stärker wird dieser Eindruck. Einzelne Faktoren sind leicht benennbar: Landreform, Industriepolitik, das Aufsaugen von technologischem Wissen auswärtiger Firmen, die rasante Entwicklung des Bildungssystems und der Infrastruktur, die schiere Bevölkerungsgröße. Dennoch lässt sich dieser Aufstieg nicht in ein in sich stimmiges und auf andere Länder übertragbares Entwicklungspaket zusammenschnüren. Es handelt sich vielmehr um eine Erfolgsgeschichte, die viel mit Improvisation und eini-

dessen, was die USA nach China exportierten. Im Falle der Europäischen Union exportiert China doppelt so viel, wie es einführt.¹² Der chinesische Handelsüberschuss betrug für das vergangene Jahr 1,2 Billionen US-Dollar. Ein Rekord, den China trotz trumpistischer Zollpolitik aufstellte.

Eine multipolare Gegenwart?

Die soeben nur grob skizzierte chinesische Wirtschaftsmacht verleitet nicht wenige Kommentatoren dazu, bereits jetzt von einer „multipolaren“ Weltordnung zu sprechen. Dabei handelt es sich aber um eine komplizierte Frage, wie der Blick auf den gegenwärtigen Nahen Osten zeigt. Trotz aller offensichtlichen Planlosigkeit zeigt das US-amerikanische Vorgehen gegen das iranische Regime, dass die USA in militärischer Hinsicht die einzige Supermacht bleiben, die ihre militärische Kraft weit jenseits der eigenen Landesgrenzen projizieren kann. Weder bei den Luftschlägen gegen das iranische Atomprogramm im Juni 2025 noch gegen das iranische Regime im Frühjahr 2026 waren Russland oder China aus verschiedenen Gründen willens oder fähig, Iran militärischen Beistand zu leisten.¹³

Laut dem Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI betrug im Jahr 2025 der amerikanische Anteil an den weltweiten Militärausgaben 33 Prozent. China gibt am zweitmeisten für Rüstung aus und kommt auf 12 Prozent, Russland auf 6,6 Prozent, gefolgt von Deutschland mit 3,9 Prozent.¹⁴ Hinzu gesellen sich um die 750 über die Welt verteilte militärische Einrichtungen und Militärbasen der US-Streitkräfte. China verfügt offiziell hingegen nur über eine Militärbasis außerhalb der Volksrepublik, und zwar in Djibouti, am Horn von Afrika. In Kambodscha unterhält es möglicherweise eine zweite. Schon an diesen Zahlen zeigt sich, dass es verfrüht wäre, von einem Ende amerikanischer militärischer Vormacht zu sprechen. Gerade im militärischen Bereich ist man von einer bereits existierenden „multipolaren“ Welt gleichstarker Pole weit entfernt. Eher trifft vielleicht die Rede von einer sich „multipolarisierenden“ Welt zu, in der Akteure wie Russland oder vor allem China zusehends in der Lage sind, regio-

nale, aber keine weltumspannenden Hegemonien im Sinne der USA aufzubauen.¹⁵

Etwa in diesem Sinne argumentiert Hugh White, langjähriger Professor an der Australian National University und gefragter Sicherheitsexperte. Im Juni 2025 hat er einen langen und viel beachteten Essay vorgelegt, in dem er ausführt, dass die sicherheitspolitische Multipolarität sowohl in Europa als auch in Ostasien anbricht. Nicht nur sei China, so White, im Vergleich zur Sowjetunion

Gerade im militärischen Bereich ist man von einer bereits existierenden „multipolaren“ Welt gleich starker Pole weit entfernt. Eher trifft vielleicht die Rede von einer sich „multipolarisierenden“ Welt zu

ein wirtschaftlich mindestens gleichwertiges Gegenüber. Weil Chinas militärisches Sicherheitsdenken regional begrenzt ist und sich vor allem auf Taiwan und das Südchinesische Meer bezieht, ist China den USA auch auf militärischer Ebene insofern gleichwertig, als die USA einen eventuellen Krieg fernab der eigenen Küste führen müssten. Da die chinesischen Schiffsbaukapazitäten diejenigen der USA bereits jetzt um Längen übersteigen, spielt die Zeit für China. Natürlich weiß niemand, wie sich die Volksbefreiungsarmee in einem Krieg schlagen würde. Die letzte, recht kurze bewaffnete Auseinandersetzung – 1979 mit Vietnam – war eher blamabel. Heute dürfte es anders sein.

Europa neu denken

Was soll die Rolle Europas in einer Welt sein, in der die amerikanische Vormacht und der liberale Ordnungsanspruch abnehmen, aber eine alternative Form der Unipolarität nicht in Sicht ist? Aktuell wird gerade in Deutschland und Europa auf die Umbrüche der Gegenwart vor allem mit einem Mittel reagiert: Aufrüstung. Für eine Abwesenheit von Krieg, die auf mehr beruht als auf dem erhofften Abschreckungseffekt von militärischer Macht, interessieren sich in der deutschen Öffentlichkeit aktuell nur wenige.

Natürlich wäre es fahrlässig, die auch in diesem Essay angesprochenen Tatsachen zu leugnen: In Russland gibt es an der Ostgrenze des politischen Kontinents namens Europa spätestens seit der Invasion der Ukraine einen Feind, der nicht immer einer war und keiner bleiben muss, es aber vorerst bleiben wird. Im Westen haben die USA ihre Rolle als wohl-tätiger Hegemon aufgegeben, die sie nicht für alle, aber für die Länder Europas gespielt haben. Eingenommen haben sie diese Rolle allen voran für die Bundesrepublik Deutsch-

Um Russland abschrecken zu können, ist Verteidigungsfähigkeit zwar vonnöten. Diese aber stellt sich in Europa nicht als Ausgabenproblem, sondern als ein Koordinationsproblem dar

land, Gnadengeburt des Kalten Krieges, die sich in einem zunehmend postamerikanischen Zeitalter zur Neuerfindung gezwungen sieht. Blicken wir wieder und weiter nach Osten, gibt es dort mit China eine neu-alte Supermacht, die Deutschland den Rang als dominante Industrienation abgelaufen und in den Zukunftstechnologien abgehängt hat. All das mag stimmen, und auch, dass damit die Probleme Deutschlands und seiner Nachbarn noch nicht einmal erschöpfend beschrieben sind: Klimakrise, Migrationsfrage, die Revolution in der künstlichen Intelligenz oder der Abschied vom Liberalismus im Inneren der westlichen Gesellschaften. Dennoch oder gerade deswegen stellt sich die Frage, ob man

dem hier umrissenen Geschichtsmoment nicht mehr abgewinnen kann als eine Rüstungsoffensive, die so ganz ohne ein der Zukunft zugewandtes Narrativ auszukommen scheint.

Bleiben wir zuerst bei der militärischen Frage. Die territoriale Integrität der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union wird von China nicht, von den USA halbherzig (Grönland) und von Russland glaubhaft bedroht. Um Russland abschrecken zu können, ist Verteidigungsfähigkeit zwar vonnöten. Diese aber stellt sich in Europa nicht als Ausgabenproblem, sondern als ein Koordinationsproblem dar. Wie der Wirtschaftshistoriker Adam Tooze mittels Daten von SIPRI vorgerechnet hat, haben die europäischen NATO-Mitglieder in der vergangenen Dekade über drei Billionen US-Dollar in ihre Rüstung investiert. Das ist wesentlich mehr als Russland in derselben Zeit. Der wesentliche Unterschied ist, so Tooze, dass Russland eine einheitliche und gezielte Rüstungsproduktion aufweisen kann, während die europäische fragmentiert und ineffizient ist.¹⁶ Unter aktuellen Bedingungen bedeutet eine Vermehrung der europäischen Rüstungsausgaben vor allem Umsatzsteigerungen für nationale und amerikanische Rüstungsindustrien. Das Ziel müsste aber lauten, effiziente Verteidigungsfähigkeit bei bestehendem Mitteleinsatz herzustellen. Dessen ungeachtet einigten sich die Bündnismitglieder kurz vor dem NATO-Gipfel Ende Juni 2025, ihre Rüstungsausgaben bis 2035 auf 5 Prozent der nationalen Wirtschaftsleistung zu erhöhen, wobei 1,5 Prozent davon für den Ausbau von militärwichtiger Infrastruktur vorgesehen sind. Das ist das Doppelte des globalen Durchschnitts. Länder, die nicht akut in einen Konflikt involviert sind, geben laut SIPRI in der Regel weniger als 2 Prozent ihres BIP für Rüstung aus.

Im Zusammenhang mit einem militärisch stärker integrierten Europa wäre eine Idee zu diskutieren, die ebenfalls nicht neu ist. Nämlich die eines strategisch autonomen und blockfreien politischen Kontinents, von dem man in Paris schon lange redet und in dessen Richtung die aktuelle spanische Regierung Schritte geht, die man in Berlin scheut.

Der Autor



Daniel Marwecki ist Dozent für Internationale Beziehungen am Institut für Politikwissenschaft und öffentliche Verwaltung der Universität Hongkong. Zuvor lehrte er an den Universitäten Leipzig und Leeds sowie an der SOAS University of London, wo er auch promovierte. Er verfasst Essays und Kommentare für Zeitschriften und Zeitungen wie „Le Monde Diplomatique“, „taz“ u. a. und ist Autor der Bücher „Die Welt nach dem Westen“ (2025) und „Absolution? Israel und die deutsche Staatsräson“ (2024). Nächstes Jahr erscheint von ihm ein Buch über die Rolle Europas in der postwestlichen Weltordnung.

So hat der spanische Regierungschef Pedro Sánchez im Gegensatz zu deutschen Regierungen die Völkerrechtskonformität des Gazakriegs früh und entschlossen angezweifelt. Bei der Weltmehrheit dürften die Töne aus Madrid besser ankommen. Auch hat sich Spanien zum völkerrechtswidrigen und politisch unsinnigen Krieg im Iran früh kritisch geäußert, während Regierungschef Friedrich Merz schon im Juni 2025 in diesem Zusammenhang von „Drecksarbeit“ sprach, die die USA und Israel für den Westen machen würden.

Und auch in der Zukunftsfrage schlechthin ist die sozialdemokratische Regierung in Madrid dem europäischen Mainstream einen Schritt voraus. Erneuerbare Energien nehmen in der spanischen Stromproduktion einen größeren Anteil ein als in der deutschen, während der Anteil an Kohle in der spanischen Energieversorgung deutlich geringer ist als in Deutschland.¹⁷ Die Krise um die Straße von Hormus hat die Notwendigkeit der Energiewende nochmals unterstrichen.

Was die Position gegenüber China angeht, so hielt Premierminister Sánchez an der renommierten Tsinghua-Universität in Peking eine Rede, in der es vermochte, eine pointierte Kritik an den chinesisch-europäischen Beziehungen auf eine Weise zu verpacken, die in chinesischen Regierungskreisen auf offene Ohren statt verletztem Stolz stoßen dürfte. So erkannte Sánchez die Realität einer multipolar werdenden Welt an, würdigte China als die Großmacht, die es die längste Zeit seiner Geschichte immer gewesen ist, und lobte Chinas rhetorisches Eintreten für eine multilaterale und regelbasierte Welt. Allerdings, so Sánchez mit Blick auf die russische wirtschaftliche Abhängigkeit von China, müsse Peking seine Macht verantwortungsvoll einsetzen und mehr unternehmen, um die Kriege der Gegenwart zu beenden. Neben der Enge der russisch-chinesischen Beziehungen ist das zweite große europäische Problem mit China das enorme Handelsbilanzdefizit. Auch dieses sprach Sánchez als ein strukturelles Problem an, das es auf dem Weg zu verbesserten Beziehungen zu lösen gelte, wobei er wachsende Kooperation im Bereich der Energiewende in Aussicht stellte.¹⁸

Eine neue Erzählung

Die hier nur angerissene Idee von Europa, die Blockfreiheit und Nichtaggressivität bei gleichzeitiger Verteidigungsfähigkeit ins Zentrum stellt, könnte zu einer Vision führen, die einer Welt nach dem Westen gerecht wäre. Die an den historischen Realitäten orientierte politische Strategie sollte auf ein würdevolles Abstiegsmanagement und die Einpassung in eine sich noch ausformende Weltordnung ausgerichtet sein statt auf Kulturkampf und alte Überlegenheitsfantasien.¹⁹ Hier lässt sich von der Welt außerhalb des Westens lernen. Gerade die Staaten Südasiens sind schon länger darin geübt, zwischen den Machtpolen USA und China zu balancieren und dabei das Beste für sich selbst herauszuholen, während sie gleichzeitig versuchen, Konflikte auf nicht militärische Weise zu lösen.²⁰ Diese Zukunftsvorstellung ist weder radikalpazifistisch noch kriegsfreudig. Noch deutet wenig darauf hin, dass diese Idee in Deutschland viel Gehör finden wird. Die Politik müht sich, den Graben zwischen Rhetorik und Kriegsfähigkeit zu schließen, indem sie Rüstungsausgaben in die Höhe schnellen lässt. Das Gegenteil wäre besser: Anpassung des Tonfalls an die eigenen Kräfte. Denn Rüstung ohne eine positive Vision von Zukunft könnte sich im Nachhinein als Kriegsvorbereitung herausstellen. Eine Zukunftsvision für eine lebenswerte Welt nach der westlichen Vormacht zu entwerfen ist eine der vordringlichsten politischen Aufgaben unserer Zeit.

1 Von Lucke, Albrecht (2025): Die Zeit der Monster und die Ära der Verheerung. In: Blätter für Internationale Politik, Januar. Es handelt sich hier um eine ungenaue Übersetzung des italienischen Originals, wie auch von Lucke erklärt. Statt von Monstern spricht Gramsci von Morbiditätssymptomen oder Krankheitserscheinungen in der Zeit des Interregnums.

2 Für eine eindringliche Kritik gerade der „Geopolitik“ siehe Schlichte, Klaus (2026): Das Elend der Geopolitik. Hamburg.

3 Heather, Peter und Rapley, John (2023): Why Empires Fall. Rome, America and the Future of the West. London, S. 10.

4 Koschorke, Albrecht (2023): Die Tage des Westens sind gezählt. In: Die Zeit, 3. März. www.zeit.de/2023/10/weltordnung-westen-krieg-ukraine (Stand aller Internetquellen: 21. Mai 2026).

5 Siehe hierzu auch eine aktuelle Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik über „Multipolaritäten – Die Ordnungsvorstellungen der Anderen“, zu finden unter www.swp-berlin.org/10.18449/2026S07/.

6 So formuliert es beispielsweise der amtierende indische Außenminister S. Jaishankar, nachzuhören in einem Interview an der Asia Society in Delhi vom 27. März 2025, online abrufbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=gVigX-WMbek>.

7 Lo, Alex (2025): The Western World has Already Dug its Own Grave in Gaza War. In: South China Morning Post, 11. Mai.

8 Luce, Edward (2018): Henry Kissinger: 'We are in a very, very grave period.' In: Financial Times, 20. Juli. <https://www.ft.com/content/926a66b0-8b49-11e8-bf9e-8771d5404543?syn-25a6b1a6=1>.

9 Tooze, Adam (2024): Facing war in the Middle East and Ukraine, the US looks feeble. But is it just an act? In: The Guardian, 10. Oktober.

10 Diese Zahlen und faszinierende Visualisierungen finden sich unter <https://www.lowyinstitute.org/the-interpreter/china-versus-america-global-trade>.

11 Nachzulesen beim Carnegie Endowment unter <https://carnegieendowment.org/carnegie-africa-program-newsletter/should-africa-brace-for-trumps-tariffs?lang=en>.

12 Leahy, John et al. (2025): How China's Record Trade Surplus Helped Spark Trump's Tariff War. In: Financial Times, 9. April. <https://ft.com/china-trade-surplus/>.

13 Allein dieser Umstand zeigt, dass es sich bei der von manchen auch prominenten Außenpolitikern postulierten „CRINK“-Allianz aus China, Russland, Iran und Nordkorea eher um den Versuch einer Wiederbeschwörung vergangener neokonservativer Schreckgespenster handelt. Wenngleich die Rede von einer geschlossenen Viererallianz nicht überzeugt, so ist natürlich dennoch wahr, dass gerade Iran und Nordkorea Russland direkte militärische Unterstützung geleistet haben.

14 Stockholm Peace Research Institute (2026): Trends in World Military Expenditure. Fact Sheet, April. https://www.sipri.org/sites/default/files/2026-04/2604_millex_2025.pdf.

15 Dazu auch der bekannte deutsche Politikwissenschaftler Volker Perthes mit seinem jüngsten Titel (2026): Die Multipolarisierung der Welt. Berlin.

16 Tooze, Adam (2025): Chartbook 389: Europe's zombie armies. Or how to spend \$3.1 trillion and have precious little to show for it. 8. Juni. <https://adamtooze.substack.com/p/chartbook-389-europes-zombie-armies>.

17 Siehe dazu die Länderprofile auf der Webseite der International Energy Agency: www.iea.org/.

18 Ein Transkript sowie eine Einschätzung der Rede finden sich auf dem lesenswerten Sinica-Substack von Kaiser Kuo. Siehe online unter: <https://www.sinicapodcast.com/p/pm-pedro-sanchez-tsinghua-speech>.

19 Derlei Fantasien hat etwa Marco Rubio auf der diesjährigen Münchener Sicherheitskonferenz geäußert – und dafür Standing Ovationen geerntet. Eine Übersetzung der Rede findet sich unter www.handelsblatt.com/politik/international/usa-die-rede-von-us-aussenminister-marco-rubio-im-wortlaut/100200376.html.

20 Ein eigenes Kapitel zu dieser Weltregion, dem ASEAN-Bündnis, seinen Besonderheiten und spezifischen Herausforderungen findet sich im bereits erwähnten Buch von Perthes, Volker (2026), s. Endnote 15, S. 246–276.

DOI: 10.48701/opus4-935

This work is licensed under CC BY-NC-ND 4.0. To view a copy of this license, visit <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/>

Die gesamte Ausgabe „Europas Sicherheit im Wandel der Weltordnung“ finden Sie hier: <https://www.ethikundmilitaer.de/ausgabe/01-2026/overview>

WIE RUSSLAND SEINEN KRIEG GEGEN EUROPA AUSWEITEN KÖNNTE

Autorin: Elena Davlikanova

Einleitung

In der Diskussion über einen möglichen russischen Angriff auf einen NATO-Mitgliedstaat stehen zunehmend die Jahre 2029–2030 als entscheidende Wegmarken im Fokus. Deutsche Militär- und Geheimdienstanalysen sowie zahlreiche europäische Prognosen deuten darauf hin, dass Russland bis zum Ende dieses Jahrzehnts wieder ausreichende militärische Kapazitäten aufbauen könnte, um die NATO direkt herauszufordern. Eine übermäßige Fokussierung auf diese Daten birgt jedoch die Gefahr einer falschen Gewissheit. Strategische Zeitpläne werden nicht allein durch den Aufbau militärischer Kräfte bestimmt. Wie Jana Puglierin argumentiert, ergibt sich das Verhalten eines Staates aus dem Zusammenspiel von Absichten, Fähigkeiten und wahrgenommenen Chancen¹. Die entscheidende Frage lautet daher nicht einfach, wann Russland militärisch bereit sein wird, sondern wann Moskau die Bedingungen als ausreichend günstig einschätzt.

Die Annahme, Russland könne noch mehrere Jahre benötigen, bevor es eine direkte Konfrontation mit der NATO in Betracht zieht, beruht weitgehend auf quantitativen Berechnungen – diese ähneln allerdings den Fehleinschätzungen von 2021 und Anfang 2022. Zwar haben die russischen Streitkräfte enorme Verluste an Soldaten und Ausrüstung erlitten, doch das opportunistische, an Machtgewinn orientierte Denken des Kremls bringt qualitative Variablen ins Spiel. Das russische Regime braucht Erfolge, die als Siege präsentiert werden können. Dabei muss es sich nicht unbedingt um bedeutende Gebietsgewinne in der Ukraine oder in NATO-Staaten handeln. Auch die Erreichung strategischer Ziele fällt darunter, etwa die Zerschlagung des Bündnisses selbst, indem die Uneinigkeit und Unvorbereitetheit der NATO entblößt werden.

Militärisch stagniert Russland beim Vorstoß über ukrainische Ortschaften wie Mala Tokmachka hinaus, wo sich die Kämpfe bereits länger hinziehen als die historische Belagerung Karthagos. Auf strategischer Ebene ge-

Abstract

Dieser Artikel befasst sich mit der operativen Logik sowie den Bedingungen, unter denen Russland seine militärische Aggression gegen europäische NATO-Mitgliedstaaten ausweiten könnte. Die Autoren beziehen sich in ihrer Arbeit auf die Studie „The Denied War“ des Think Tanks Sahaidachnyi Security Center und den „Everywhere War Tracker“. Sie argumentieren, dass die vorherrschenden westlichen Bedrohungsanalysen, die auf quantitativen Truppenstärke-Berechnungen und Zeitplänen basieren, die qualitativen und strategischen Dimensionen der russischen Fähigkeiten bzw. Absichten systematisch unterschätzen. Ihre Analyse zeigt, dass sich Europa bereits nicht mehr in einem Zustand des Friedens befindet: Anhaltende Aktivitäten unterhalb der Schwelle zum offenen Konflikt – darunter Cyberoperationen, Infrastruktursabotage, Luftraumverletzungen und kognitive Kriegsführung – stellen aufeinander aufbauende Phasen der Vorbereitung des Einsatzumfelds dar und stehen im Einklang mit der russischen Militärdoktrin. Der Artikel identifiziert darüber hinaus kritische Asymmetrien in Bezug auf die Fähigkeiten der New Generation Warfare, insbesondere bei offensiven Luftoperationen, unbemannten Systemen, elektronischer Kriegsführung und auf Abnutzung basierenden Taktiken; die europäischen Streitkräfte sind dadurch im Verhältnis zur Bedrohung strukturell unzureichend vorbereitet. Es werden fünf geostrategische Szenarien bewertet, wobei die Einnahme der Suwalki-Lücke als das operativ plausibelste identifiziert wird. Die Autoren kommen zu dem Schluss, dass Abschreckung weniger vom gesamten militärischen Potenzial als vielmehr von der wahrgenommenen Einheit des Westens abhängt. Europa sollte seine Bereitschaftslogik neu ausrichten – auf ein strategisches Umfeld, in dem die Grenze zwischen Frieden und Krieg nicht mehr klar erkennbar ist.

lingt es Moskau jedoch, die transatlantischen Beziehungen zu destabilisieren sowie den geopolitischen und verteidigungspolitischen Diskurs der westlichen Eliten und der Bevölkerung zu beeinflussen. Zudem haben Russlands Provokationen gegen NATO-Staaten, wie etwa die Verletzungen des polnischen und rumänischen Luftraums, eine völlige Unvorbereitetheit auf neue Herausforderungen offenbart; dies könnte Russland dazu veranlassen, viel früher als von Experten erwartet alles auf eine Karte zu setzen. Trotz massiver personeller Verluste könnte der Kreml im Anschluss an die russischen Wahlen im Herbst eine erneute Mobilmachung anordnen. Parallel dazu vollzieht sich bereits eine umfassende Neuaufstellung der russischen Streitkräfte: Es entsteht eine Armee, die in moderner Kriegsführung geschult und gegenüber eigenen Verlusten weitgehend unempfindlich ist – Eigenschaften, die den europäischen Streitkräften fehlen.

Daraus lassen sich zwei gegensätzliche Schlussfolgerungen ziehen: Einerseits mag angesichts der bescheidenen Ergebnisse der sogenannten „militärischen Spezialoperation“ Skepsis geboten sein, ob Russland überhaupt fähig ist, die NATO militärisch zu bedrohen. Andererseits könnte der Kreml zu dem Schluss kommen, es sei an der Zeit, ein größeres strategisches Ziel anzustreben: nicht einen weiteren kostspieligen Vorstoß in Richtung Kyjiw, sondern die Schwächung bzw. die tatsächliche Zerstörung des Zusammenhalts in der NATO. Dies käme einem bedeutenden symbolischen Triumph gleich, der unter den gegenwärtigen Umständen – der geopolitische Fokusverschiebung der USA in Richtung China sowie Washingtons tiefer Verstimmung gegenüber der NATO wegen mangelnder Unterstützung im Irakkrieg – perfekt mit den geopolitischen Zielen Russlands im Einklang stünde. Käme es tatsächlich zu einem Konflikt zwischen den USA und China, wird Russland seine Aggression im eigenen Interessensgebiet – den angrenzenden europäischen Staaten – unverzüglich ausweiten.

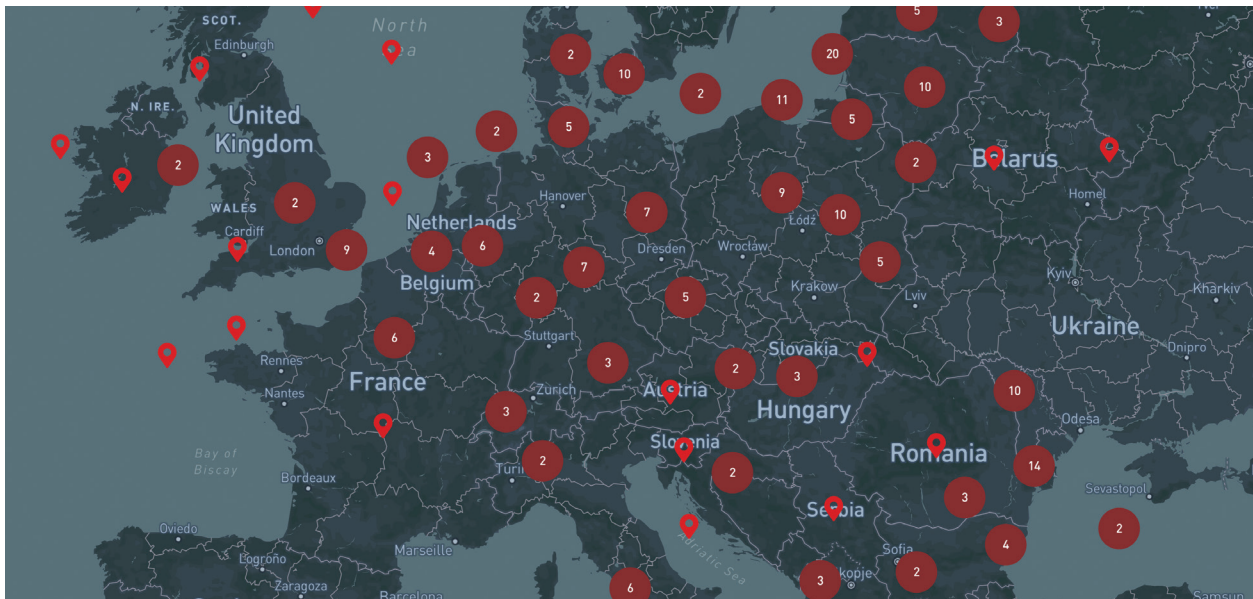
Russland führt bereits Krieg gegen Europa

In den Debatten über Russland dominiert weiterhin die Annahme, Europa befinde sich derzeit in einem Zustand des Friedens oder zumindest außerhalb eines formellen Kriegszustands. Der *Everywhere War Tracker*² des Sahaidachnyi Security Centers (siehe nächste Seite) widerlegt dies jedoch fundamental, da selbst die kinetischen Dimensionen des

Russland sieht sich in einer zivilisatorischen Konfrontation und damit in einem existenziellen Krieg

Konflikts kontinuierlich schwelen. Darüber hinaus begreift die russische Militärdoktrin Konflikte zunehmend als ein Kontinuum, in dem politische, informationelle, wirtschaftliche, Cyber- und kinetische Instrumente nicht nacheinander, sondern gleichzeitig zum Einsatz kommen. In unserem Bericht *The Denied War*³, der auf den eigenen Untersuchungen des Sahaidachnyi Security Centers basiert, argumentieren wir, dass Moskau – ganz im Sinne der russischen Militärdoktrin – hybride Aktivitäten weder als Ersatz noch als eigenständige Kriegsform betrachtet. Vielmehr dienen sie als konkrete Phase zur Vorbereitung des Einsatzumfelds, die die notwendigen Voraussetzungen für spätere militärische Operationen schafft.

Ein wichtiger Bestandteil dieser Vorbereitung ist die kognitive oder, in russischer Diktion, mentale⁴ Kriegsführung. Russland sieht sich in einer zivilisatorischen Konfrontation und damit in einem existenziellen Krieg, in dem sich nur eine von zwei Denkweisen durchsetzen kann und die andere ausgelöscht werden soll. Zwar mag Russland die Wiederherstellung seiner Einflussphäre aus Sowjetzeiten anstreben, doch seine eigentlichen Ziele reichen weit darüber hinaus. Moskau hat die Zerstörung der gesamten Denkungsart demokratischer Gesellschaften und die Zerschlagung des europäischen Projekts im Sinn – ein Resultat, das selbst ohne



nennenswerte Gebietsgewinne einen fundamentalen strategischen Sieg für Russland bedeuten würde.

Dafür gibt es immer mehr Belege. Der *Everywhere War Tracker* dokumentiert ein breites Spektrum an Vorfällen unterhalb der Kriegsschwelle in ganz Europa, darunter Cyberoperationen, unbefugtes Eindringen in Hoheitsgewässer, Sabotageakte, Luftraumverletzungen, Störungen von GPS-Signalen und Beschädigungen kritischer Infrastruktur. Es handelt sich dabei nicht um vereinzelte Ereignisse; im zeitlichen Verlauf zeigt sich sowohl eine quantitative Zunahme als auch eine qualitative Veränderung.

Der Bericht *The Denied War* stellt zudem bei den russischen Aktivitäten unterhalb der Schwelle zum bewaffneten Konflikt seit Mitte 2023 einen deutlichen Übergang von anfänglichen „Störungen“ hin zu einer operativen Vorbereitung des Einsatzfelds fest. Das Spektrum der Aktivitäten hat sich zudem signifikant verschoben: Während anfangs Einflussoperationen, Desinformationskampagnen und sporadische Cybervorfälle dominierten, stehen nun Sabotageakte gegen kritische Infrastrukturen, Operationen spezialisierter Sabotagenetzwerke, Angriffe mittels elektronischer Kriegsführung, Luftraumverletzungen sowie das systematische Ausspähen strategischer Einrichtungen im Vordergrund.

Die Drohnenaktivitäten veranschaulichen diesen Wandel besonders deutlich. Während sie anfangs weitgehend als Provokation wahrgenommen wurden, dienen wiederholte Überflüge über strategische Standorte, militärische Einrichtungen und kritische Infrastruktur zunehmend militärischen Zwecken, die über eine reine Signalfunktion hinausgehen. Aktivitäten wie die nachrichtendienstliche Aufklärung, die Infrastrukturkartierung, das Testen der Luftabwehr sowie die Erfassung von Zieldaten, Schwachstellen und Reaktionszeiten dienen der konkreten Einsatzplanung. Aus dieser Perspektive betrachtet bereitet sich Russland nicht auf einen zukünftigen Krieg gegen Europa vor; vielmehr führt es bereits einen. Die größte Ungewissheit liegt demnach nicht in der Frage, ob Feindseligkeiten stattfinden, sondern wo letztlich die Grenze zu einer unbestreitbaren militärischen Konfrontation verläuft.

Vom unterschwelligen Konflikt bis zum offenen Krieg: ein Einsatzszenario

Eine der größten Schwächen der westlichen Bedrohungsanalyse ist die hartnäckige Annahme, eine künftige Konfrontation mit Russland könne den Modellen konventioneller Kriege des 20. Jahrhunderts ähneln. Der russische

Angriff wird jedoch anders verlaufen. Moskau wird höchstwahrscheinlich seine traditionelle strategische Doktrin mit den operativen Erfahrungen und den in der Ukraine erprobten Fähigkeiten in neuartiger Kriegsführung verknüpfen. Die europäischen Streitkräfte beobachten zwar die einzelnen Komponenten auf dem ukrainischen Schlachtfeld – darunter Drohnenschwärme, eine adaptive elektronische Kampfführung, ein engmaschiges taktisches Echtzeit-Gefechtsnetzwerk, dezentrale Bodenoperationen mit verbundenen Waffen sowie eine unbemannte Logistik –, verkennen dabei jedoch grundlegend, wie dieser tödliche Algorithmus synchronisiert und direkt gegen NATO-Territorium eingesetzt werden wird.

Laut *The Denied War* wird der Übergang zum offenen Konflikt nicht als plötzlicher, mechanisierter „Blitzkrieg“ über eine Landesgrenze hinweg erfolgen. Vielmehr vollzieht er sich im Rahmen eines hochkoordinierten Einsatzablaufs, der darauf abzielt, den Verteidiger zu blenden, zu lähmen und zu zermürben, noch bevor groß angelegte Bodenoperationen beginnen. Im Falle einer Aktivierung würde sich dieser Einsatzplan voraussichtlich über vier miteinander verknüpfte Phasen erstrecken.

Die erste Phase markiert exakt den Übergang von unterschwelligem Aktivitäten zu offenen, vollumfänglichen Feindseligkeiten. Sobald das primäre Ziel der Desensibilisierung erreicht ist – also die westlichen Alliierten so zu konditionieren, dass sie permanente Spannungen als Normalzustand wahrnehmen und die Krise zur Routine wird –, wird die Schwelle zum offenen Konflikt übertreten. Dies geschieht durch koordinierte Cyber- sowie cyber-physische Sabotageakte gegen kritische Infrastrukturen, die mit Operationen kognitiver und informationeller Kriegsführung kombiniert werden. Damit soll ein systemischer Schock erzeugt werden, also der Eindruck eines totalen Kontrollverlusts. Aktivierte Schläferzellen und geheime Netzwerke ohne nachweisbare Verbindung zu Russland würden gezielte Angriffe auf Stromnetze, Off-shore-Energieinfrastrukturen, Unterseekabel sowie Glasfaser-Backbones – die „Achillesferse“ der nordisch-baltischen Region – durchführen und zentrale Eisenbahnknotenpunkte lahmlegen. Hafenanlagen wären priorisierte

Ziele für Sabotageangriffe, um den Zulauf von NATO-Verstärkungskräften gezielt zu blockieren und logistisches Chaos auszulösen. Drohnengestützte Sabotageoperationen gegen die Energie- und Militärinfrastruktur – einschließlich strategischer NATO-Luftwaffenstützpunkte – dürften Kontinentaleuropa nach dem Vorbild der ukrainischen Operation „Spiderweb“⁴⁵ flächendeckend treffen. Als Operationsplattformen hierfür dienen voraussichtlich kommerzielle Tankerflotten sowie vorbereitete Schläferzellen.

In der nahezu zeitgleich anlaufenden zweiten Phase würde Russland eine umfassende, multidimensionale Luftoffensive starten, die auf die operative Tiefe des gegnerischen Raums abzielt. Russland verfügt bereits über

Russland verfügt bereits über ein gewaltiges Arsenal an Marschflugkörpern und ballistischen Raketen und stockt dieses nach wie vor auf

ein gewaltiges Arsenal an Marschflugkörpern und ballistischen Raketen und stockt dieses nach wie vor auf. Das taktische ballistische Raketensystem Iskander-M (Lagerbestand über 200 Einheiten, monatliche Produktionsrate 60 Einheiten)⁶ stellt eine besondere Bedrohung dar, denn Europa verfügt über keine flächendeckende Abwehrfähigkeit gegen dieses Waffensystem, abgesehen von begrenzten Kapazitäten zur Raketenabwehr durch US-amerikanische Patriot-PAC-3-Bestände. Mit einer Reichweite von 500 Kilometern bedroht das System sämtliche potenziellen Ziele in Lettland, Litauen und Estland sowie Teile Polens, Deutschlands und Schwedens. Moskau hat zudem kürzlich die Serienproduktion einer Iskander-Variante⁷ mit einer Reichweite von 1000 Kilometern aufgenommen, wodurch ein Großteil Europas in den potenziellen Wirkungsbereich fällt. *The Denied War* verweist auf die besondere Konzentration dieser Systeme bei der 152. Raketenbrigade in der Exklave Kaliningrad neben Mehrfachraketenwerfersystemen der Typen Uragan und Smerch bei der 244. Artilleriebrigade.

Die Luftangriffe würden jedoch über herkömmliche Raketenangriffe hinausgehen und in großem Umfang kostengünstige und skalierbare Plattformen im Kurz- und Mittelstreckenbereich einbeziehen. Hierzu zählen der massierte Einsatz von Starrflügel-Drohnen der Geran-/Gerbera-Klasse, Loitering Munition, Trägersysteme für Drohnen („Mutterschiffe“) mit autonomer Kamikaze-Munition und Systeme zur Minenverlegung. Dazu kämen automatisierte Relais-Systeme, die darauf ausgelegt sind, Kommandoknotenpunkte und die Logistik im Küstenbereich zu schwächen. Ein vorrangiges strategisches Ziel in dieser Phase

Das politische Ziel besteht nicht darin, große Gebiete zu erobern, sondern die NATO zu demütigen und politisch zu zerstören, indem ihre Unfähigkeit unter Beweis gestellt wird

ist die präventive Ausschaltung der hochmodernen strategischen Plattformen sowie der luftgestützten Fähigkeiten der NATO am Boden. Auch wenn der Erfolg dieser Operationen angesichts der Ausweichlagerung der NATO-Streitkräfte und ihrer physischen Schutzvorrichtungen ungewiss bleibt, stellt die unhinterfragte Annahme unbestrittener westlicher Luftüberlegenheit eine gefährliche Wette dar. Fallstudien aus der Ukraine und dem Iran zeigen, dass hybride Ansätze, die massiert eingesetzte unbemannte Systeme mit konventionellen luftgestützten Fähigkeiten kombinieren, etablierte Luftwaffendoktrinen ernsthaft infrage stellen können.

In der nächsten Phase – vorausgesetzt, westliche Luft- und Seestreitkräfte überleben und reagieren – stützt sich die Strategie Russlands auf eine extreme Streuung der Einsatzmittel und die Schaffung einer lokal begrenzten, äußerst letalen Kampfzone. Diese über 40 Kilometer tiefe *kill zone* wäre für die elektronischen Mittel der Alliierten praktisch undurchdringlich. Sie beruht auf dem massiven Einsatz von Verbänden unbemannter Systeme, die in die geschichtete bodengestützte Luftverteidigung integriert sind. Eine hochmoderne elektronische Kriegsführung würde die Kommunikation und die vernetzten Sys-

teme der Verteidiger unterdrücken, während sichere, auf Frequenzsprungverfahren und Glasfaserverbindungen basierende Kommandoverbindungen für die russischen Streitkräfte aufrechterhalten würden. Innerhalb dieses Raums würden hoch erfahrene, verstreut operierende Verbände von Drohnenpiloten – ähnlich der russischen Drohneneinheit „Rubikon“ – systematisch die Logistik im rückwärtigen Nahbereich zerschlagen und alle befestigten Frontstellungen außer Gefecht setzen.

Sobald das Lagebewusstsein effektiv beeinträchtigt und die *kill zone* etabliert wäre, würden russische Bodentruppen vorrücken. Doch statt massiver Panzerkolonnen würde Russland in dieser Phase auf zahlreiche taktische Kleinverbände setzen, die unter dem Schutz autonomer, endphasengelenkter FPV-Drohnen und anderer letaler Systeme operieren. Zwar könnten sie im Falle eines unvorbereiteten Ziels rasch vorrücken, doch ihre Standardvorgehensweise wäre der in der Ukraine perfektionierte methodische, schleichende Vormarsch, um zentrale Knotenpunkte einzunehmen und zu halten. Direkt nach der Einnahme des Gebiets wird eine befestigte physische und elektromagnetische Blase errichtet, um nachhaltige Gegenangriffe zu verhindern.

Diese letzte Phase würde wahrscheinlich im dauerhaften Sichern und Halten des Terrains bestehen. Den russischen Strategen ist bewusst, dass sie einen umfassenden, weitreichenden und lang andauernden technologischen Konflikt mit dem Westen nicht gewinnen können. Indem Russland die NATO in einen langwierigen, blutigen Nahkampf auf eigenem Boden zwingt, versucht es, Europas niedrigste Reizschwelle auszunutzen: die gesellschaftliche Ablehnung menschlicher Verluste. Das politische Ziel besteht nicht darin, große Gebiete zu erobern, sondern die NATO zu demütigen und politisch zu zerstören, indem ihre Unfähigkeit unter Beweis gestellt wird.

In einem solchen Einsatzszenario ist es gefährlich, die militärischen Kräfteverhältnisse mit veralteten Methoden wie der Zählung traditioneller mechanisierter Brigaden zu messen. Die wahren Maßstäbe für Einsatzbereitschaft und Abschreckung erfordern nun eine

Schwerpunktverlagerung hin zu kostengünstiger Präzisionsfeuerkraft und agiler elektronischer Kriegsführung auf strategischer wie taktischer Ebene. Dies umfasst eine geschichtete Luftverteidigung inklusive Drohnenabwehr (C-UAS), resiliente Führungs- und Informationssysteme sowie eine hochgradig adaptive Logistik auf der „letzten Meile“, die die Verschmelzung der Letalität von Front und rückwärtigem Raum berücksichtigt.

Geostrategische Szenarien eines potenziellen russischen Angriffs

Der Suwałki-Schachzug

Unter den in *The Denied War* untersuchten Szenarien erscheint die Einnahme der Suwałki-Lücke entweder als die plausibelste Option oder als unverzichtbarer Bestandteil aller anderen, umfangreicheren Optionen. Der 65 Kilometer lange Korridor (Luftlinie) zwischen Belarus und Kaliningrad stellt sowohl für Russland als auch für die NATO die größte geografische Schwachstelle im Baltikum dar. Die Besetzung dieses Gebiets würde die baltischen Staaten von Verstärkung auf dem Landweg abschneiden und ein begrenztes territoriales Ziel bilden, das unverhältnismäßig große strategische Wirkungen entfalten könnte. Gleichzeitig birgt seine Existenz aus Moskaus Sicht das dauerhafte Risiko einer Blockade Kaliningrads durch NATO-Streitkräfte – vorausgesetzt, das Bündnis entschließt sich dazu –, was Russlands Handlungsspielraum in der Folge erheblich einschränken könnte. Nur die Kontrolle über die Suwałki-Lücke mindert dieses Risiko. Andernfalls bliebe eine kombinierte Land- und Seeblockade in jedem größeren konventionellen Krieg eine plausible Reaktion der Alliierten. Diese strategische Verwundbarkeit erklärt, warum Russland seine ersten Schritte mit ziemlicher Sicherheit auf die Sicherung der Suwałki-Lücke ausrichten wird.

Ein vollumfänglicher Krieg im Baltikum

Eine groß angelegte russische Offensive gegen die baltischen Staaten würde simultane Operationen in den Dimensionen Land, See, Luft, Cyber und Weltraum umfassen. Dabei kämen fortschrittliche Technologien wie massierte Raketen- und Drohnenangriffe, Drohenschwärme, elektronische Kampfführung sowie Marinedrohnen zum Einsatz. Am Boden würde dies Vorstöße in mehrere Richtungen von Belarus aus beinhalten, mit dem Hauptaugenmerk auf der Einnahme des Suwałki-Korridors, um die Verteidigung der gesamten Region rasch zu lähmen und die Bereitschaft zum umfassenden Krieg mit der NATO zu demonstrieren.

Russlands strategische Kultur bevorzugt ehrgeizige, risikoreiche Operationen gegenüber begrenzten Zielen. Wie die Invasion der

Russlands strategische Kultur bevorzugt ehrgeizige, risikoreiche Operationen gegenüber begrenzten Zielen

Ukraine 2022 zeigte – als Moskau zeitgleiche Vorstöße auf mehreren Achsen startete, anstatt sich auf erreichbare Ziele wie den Donbass zu konzentrieren –, setzt der Kreml oft auf maximalistische Risikostrategien. Dieses Muster, gepaart mit Putins offensichtlicher militärischer Selbstüberschätzung (die durch irreführende Erfolgsmeldungen seiner Generäle genährt wird), lässt eine breit angelegte Offensive mit dem Ziel einer raschen Kapitulation Estlands, Lettlands und Litauens als plausiblen Eventualfall erscheinen.

Einnahme von Gotland/Saaremaa/Hiumaa

Laut *The Denied War* sind isolierte russische Operationen gegen Gotland oder andere strategisch wichtige Ostseeinseln relativ unwahrscheinlich. Im Rahmen eines umfassenderen regionalen Konflikts könnten diese Inseln

jedoch massiv an Bedeutung gewinnen. Das strategische Ziel bestünde in diesem Fall darin, mittels Antischiffsraketen, Luftabwehrsystemen sowie maritimen und luftgestützten Drohnenkapazitäten eine hochwirksame Anti-Access/Area Denial-Zone (A2/AD) zu errichten. Eine solche Blockade könnte Marineverstärkungskräfte der NATO effektiv abfangen, die baltischen Staaten isolieren und Moskau zugleich strategische Druckmittel für diplomatische Ultimaten liefern. Die operativen Risiken sind jedoch beträchtlich. Wie die Küsten- und Inseloperationen im russisch-ukrainischen Krieg – insbesondere auf der Schlangeninsel – gezeigt haben, ist eine exponierte Besatzung ohne sichere und redundante Logistik extrem anfällig für eine Isolation und die schlussendliche Zerstörung. In den umkämpften Gewässern der zentralen Ostsee kann Russland keine nachhaltigen Versorgungslinien garantieren. Folglich würde es jeder auf diesen Inseln stationierten Streitmacht an strategischer Tiefe mangeln und sie könnte von der NATO zu einem Zeitpunkt ihrer Wahl systematisch neutralisiert werden.

Eskalation in der Arktis

Die Wahrscheinlichkeit eines russischen Angriffs auf Spitzbergen hängt stark vom übergeordneten strategischen Kontext ab. Als isolierte, „begrenzte Invasion“ zählt dieses Szenario zu den unwahrscheinlichsten Optionen. Im Falle eines umfassenden Krieges im Baltikum wird eine gleichzeitige Operation gegen Spitzbergen als Nebenkriegsschauplatz jedoch hochgradig wahrscheinlich. Russland würde wahrscheinlich versuchen, den Archipel in einen Vorposten für Luftabwehr, Antischiffsraketen, Radaranlagen und Drohnenoperationen umzuwandeln. Dies würde die Reichweite seiner A2/AD-Sperrzonen über den Nordatlantik ausdehnen, NATO-Verstärkungen blockieren und alliierte Luft- sowie Seestreitkräfte vom Hauptkriegsschauplatz ablenken. Die militärische Planung, wie sie bei den jüngsten „Zapad“-Manövern⁸ zu beobachten war, deutet auf einen handstreichartigen Überfall hin: eine über-raschende amphibische Landung unter dem

Deckmantel von Marineübungen, der massierte Raketen- und Drohnenschläge auf norwegische Flugplätze und Häfen vorausgehen. Russlands Bastion auf der Kola-Halbinsel, strategische Bomber und die U-Boot-Flotte bilden eine robuste Basis für diese Anfangsphase.

Angriff auf Finnland und Norwegen

Laut *The Denied War* bleibt dies das unwahrscheinlichste, als Hauptoperation sogar nahezu unrealistische Szenario. Es würde eine direkte Bodenoffensive von Murmansk gegen die Finnmark (Norwegen) oder von Petrosawodsk in Richtung Joensuu und Rovaniemi im finnischen Lappland und in Karelien erfordern. Theoretisch bestünde das Ziel darin, eine defensive Pufferzone zum Schutz der nuklearen U-Boot-Stützpunkte auf der Kola-Halbinsel zu errichten und die Vorherrschaft über die Barentssee zu sichern. Obwohl offenen zugängliche Quellen (OSINT) militärische Baumaßnahmen und Truppenaufwüchse in der Nähe der finnischen Grenze belegen – einschließlich neuer Divisionen und eines Armeekorps in Karelien –, scheinen diese Bemühungen primär defensiver Natur zu sein. Sie dienen der Sicherung der russischen Nordflanke, während die Hauptstreitkräfte andernorts gebunden sind, und nicht der Vorbereitung groß angelegter territorialer Eroberungen. Die dort vorhandenen Kräfte sind unzureichend, um ein weites, unwegsames Gelände gegen entschlossenen Widerstand einzunehmen und zu halten.

Ist Russland in der Lage, Europa anzugreifen?

Die aktuellen Schwierigkeiten auf dem ukrainischen Kriegsschauplatz könnten direkt zu einem begrenzten Angriff auf einen NATO-Mitgliedstaat beitragen. Im Kalkül des Kremls könnte die Eskalation etwa dazu dienen, eine sofortige Beendigung der westlichen Unterstützung für die Ukraine im Austausch gegen die Einstellung der eigenen Angriffe zu verlangen. Jüngste russische Maßnahmen bestätigen diese operativen Vorbereitungen. Dies gilt

insbesondere für Wladimir Putins Dekret, das den Einsatz russischer Streitkräfte im Ausland unter dem Vorwand des Schutzes russischer Staatsbürger⁹ autorisiert – eine Maßnahme, die zeitlich mit einer Desinformationskampagne gegen die baltischen Staaten im russischen Inland¹⁰ zusammenfiel.

Die militärischen Fähigkeiten Russlands sollten nicht unterschätzt werden. Die Ukraine gehört aktuell zu den am stärksten befestigten, kampferprobtesten militärischen Schauplätzen der Welt. Jahrelange Anpassungen auf dem Gefechtsfeld haben die Region in einen äußerst letalen Kriegsschauplatz verwandelt, in dem sich eine große Anzahl Drohnen, Systeme elektronischer Kampfführung, Präzisionswaffen und umfangreiche ausgebaute Verteidigungsstellungen befinden. Europa stellt aus russischer Sicht jedoch nicht unbedingt die gleiche Herausforderung dar.

Paradoxerweise könnte Europa trotz der Gesamtüberlegenheit der NATO, die für die Kriegsführung der vorherigen Generation ausgelegt ist, unter den sich verändernden Rahmenbedingungen ein leichteres Ziel darstellen als die Ukraine. Erstens verläuft die europäische Wiederaufrüstung langsamer, als es das Bedrohungsumfeld erfordert. Trotz großer Ankündigungen verharren die militärischen Beschaffungszyklen im Modus von Friedenszeiten, während die russische Industrie zunehmend unter Kriegsbedingungen arbeitet.

Zweitens geht es nicht nur um Waffenarsenale, sondern in erster Linie um neue Wehrtechnologie und Soldaten, die diese im Krieg der nächsten Generation auch einsetzen könnten. Die europäischen Streitkräfte sollten sich nicht mit Russland vergleichen oder davon ausgehen, dass sie potenziell den gleich erbitterten Widerstand wie derzeit die Ukraine leisten würde. Nach vier Jahren hochintensiver Kriegsführung haben sowohl Russland als auch die Ukraine nicht nur immense Kampferfahrung gesammelt, sondern auch die grundlegenden Fähigkeiten für eine neue Generation des unbemannten, algorithmischen Abnutzungskriegs herausgebildet. Europaweit fehlen diese Fähigkeiten entweder ganz, oder ihr Aufbau hat gerade erst begonnen. Diese Lücke wird Russland exponentiell höhere tak-

tische Fähigkeiten und einen asymmetrischen Vorteil auf einem europäischen Gefechtsfeld verschaffen. Für europäische Streitkräfte würde ein direkter Zusammenstoß nicht dem zermürenden, langwierigen Kampf um eine Ortschaft wie Mala Tokmachka ähneln. Stattdessen wäre er wahrscheinlich durch einen raschen russischen Vorstoß in eine Tiefe von mehreren Dutzend Kilometern gekennzeichnet, flankiert durch die sofortige Einrichtung hochletaler *kill zones*.

Europa stellt aus russischer Sicht nicht unbedingt die gleiche Herausforderung wie die Ukraine dar

Zahlreiche ukrainische „Red Teaming“- und theoretische Wargaming-Übungen haben diese Vulnerabilitäten¹¹ offengelegt. Dabei wurden jedoch nicht nur Defizite in der Einsatzbereitschaft der europäischen Streitkräfte deutlich, sondern auch politisches Zögern und Uneinigkeit in Krisenlagen. Die Ukraine ist zum weltweit größten Experimentierfeld für moderne Kriegsführung avanciert, was eine kontinuierliche Anpassung bei Drohneneinsatz, elektronischer Kampfführung, Zielbekämpfungszyklen, dezentralen Operationen sowie Gefechtsfeldinnovationen erzwingt. Viele europäische Streitkräfte verbleiben in einer früheren Phase dieses Adaptionprozesses.

Drittens ist die Bedrohungswahrnehmung innerhalb Europas nach wie vor uneinheitlich.

Die Autorin

Elena Davlikanova ist Senior Fellow beim Center for European Policy Analysis (CEPA, Washington, D. C.) und beim Sahaidachnyi Security Center (Kyjiw). Dr. Davlikanova ist Expertin für strategische Vorausschau, innenpolitische Entwicklungen in der Ukraine und Russland sowie Verteidigungs- und Sicherheitsfragen.

Ihr Schwerpunkt liegt auf neuen Formen der Kriegsführung, insbesondere angesichts der anhaltenden Bedrohung der Ukraine durch Russland. Sie ist Mitautorin des CEPA-Berichts „Containing Russia,

Securing Europe“ sowie weiterer Foresight-Studien, darunter „Scenarios: Ukraine 2032“ und „Scenarios: Russia 2032“. Im Jahr 2022 leitete sie die Forschungsarbeiten für das Buch „100+ Stories of Women and Girls from Russia's War against Ukraine“ und die Publikation „Understanding Ukraine: The Battle of Narratives“.



Die Staaten der Nord- und Ostflanke sehen Russland zunehmend als langfristige existenzielle Herausforderung an, während Teile Mittel-, Süd- und Westeuropas oft andere Sicherheitsbelange als vorrangig einstufen. Zudem haben Jahrzehnte relativen Friedens strategische Kulturen geprägt, die das Krisenmanagement über die gesellschaftliche Mobilisierung stellten. Zwar haben die europäischen Gesellschaften erhebliche Solidarität mit der Ukraine gezeigt, doch sind die Unterstützung eines angegriffenen Partnerlands und die Inkaufnahme direkter militärischer Risiken grundlegend unterschiedliche politische Entscheidungen.

Der Kreml gestaltet das operative Umfeld schon weit im Voraus, sodass er zuschlagen kann, wenn sich günstige Gelegenheitsfenster öffnen

Die Proteste gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht in Deutschland sind hierfür nur ein Beispiel.

Viertens stellt die allgemeine Unsicherheit in Bezug auf die Vereinigten Staaten, die selbst im Krieg gegen den Iran feststecken und offenbar nicht bereit sind, China in der Taiwan-Frage herauszufordern, eine weitere Variable in Russlands Berechnungen dar. Der Eindruck einer nachlassenden Bereitschaft seitens der USA, ein umfangreiches Engagement im Ausland aufrechtzuerhalten, die strategische Priorisierung des indopazifischen Raums sowie politische Debatten über die NATO-Verpflichtungen könnten Moskaus Einschätzung von Risiken und Chancen verändern. Schon immer hing der Bündnisfall nach Artikel 5 nicht ausschließlich von rechtlichen Verpflichtungen, sondern von politischer Entschlossenheit ab.

Letztendlich ist die Einschätzung der russischen Bedrohung keine simple Ja-nein-Vorhersage, ob Russland Europa angreifen wird oder nicht. Die langjährige Erfahrung der Ukraine in ihren antagonistischen Beziehungen zu Russland zeigt, dass Russlands tief verwurzelte strategische Kultur langfristig ausgerichtet ist. Der Kreml gestaltet das operative Umfeld

schon weit im Voraus, sodass er zuschlagen kann, wenn sich günstige Gelegenheitsfenster öffnen. Bleiben diese geschlossen, sinkt die Wahrscheinlichkeit eines Angriffs signifikant. Daher gilt ohne Übertreibung: Je besser Europa auf den Fall eines Angriffs vorbereitet ist, desto geringer die Wahrscheinlichkeit, dass es dazu kommt.

Die Frage lautet daher nicht, ob Russland den Krieg gegen die Ukraine weiter nach Europa hineintragen kann – sondern wie der Kreml diesen Schritt planen könnte.

Fazit

Die Debatten über die Möglichkeit eines russischen Angriffs auf Europa schwanken oft zwischen zwei Extremen: Der einen Seite zufolge machen Russlands schlechte Performance auf dem Gefechtsfeld in der Ukraine, der zunehmende wirtschaftliche Druck und die immensen Verluste eine direkte Konfrontation mit der NATO unwahrscheinlich. Laut der anderen Seite läuft der Countdown fast unausweichlich in Richtung Krieg bis 2029/2030. Beide Sichtweisen drohen damit eine weitaus komplexere Realität zu stark zu vereinfachen.

Die Frage ist nicht, ob Russland absolut betrachtet schwach oder stark ist. Die Frage ist, ob sich für Russland eine günstige Kombination aus Absichten, Fähigkeiten und Gelegenheiten ergibt.

Die Anzeichen deuten zunehmend darauf hin, dass Moskau systematisch Handlungsoptionen erarbeitet. Der Bericht *The Denied War* zeigt, dass die russische Militärdoktrin Aktivitäten unterhalb der Schwelle zum offenen Konflikt nicht vom konventionellen Konflikt trennt, sondern diese als aufeinanderfolgende Bestandteile eines einheitlichen Vorgehens betrachtet. Die aktuellen Aktivitäten in ganz Europa ähneln zunehmend eher einer operativen Vorbereitung des Einsatzumfelds als isolierten Übergriffen. Für sich genommen deuten sie nicht unbedingt auf eine militärische Eskalation hin; in ihrer Gesamtheit lassen sie jedoch darauf schließen, dass sie schrittweise Bedingungen schaffen sollen, unter denen es – entsprechende Gelegenheiten vorausgesetzt – zu einer Eskalation kommen könnte.

Zudem sollte die Bedrohung durch Russland nicht in erster Linie an der Anzahl von Panzern, Flugzeugen oder Divisionen gemessen werden. Der Krieg in der Ukraine hat gezeigt, dass numerische Vergleiche den sich wandelnden Charakter der Kriegsführung immer weniger erfassen können. Russland hat sich in mehreren entscheidenden Bereichen schneller angepasst, als viele erwartet hatten. Es hat große Teile seines Militärs in ein System umgewandelt, das auf unbemannte Technologien, elektronische Kriegsführung, Präzisionsschläge über große Entfernungen, dezentrale Operationen und eine hohe Verlusttoleranz setzt. Gleichzeitig hat es die Integration militärischer und nicht militärischer Instrumente in eine einheitliche strategische Logik fortgesetzt.

Europa steht vor einer anderen Herausforderung. Trotz seines beträchtlichen wirtschaftlichen und militärischen Gesamtpotenzials verläuft die Anpassung nach wie vor uneinheitlich. Die Aufrüstung schreitet zwar voran, folgt jedoch oft noch dem Rhythmus von Friedenszeiten und veralteten Prioritäten. Die Bedrohungswahrnehmungen der einzelnen Mitgliedstaaten weichen erheblich voneinander ab. Strategische Kulturen, die sich im Laufe jahrzehntelanger relativer Friedenszeiten entwickelt haben, beeinflussen weiterhin die gesellschaftliche und politische Risikobereitschaft. Viele europäische Streitkräfte befinden sich noch in den frühen Phasen der Anpassung an die Lehren aus der Ukraine.

Vor allem aber hängt Abschreckung nicht nur von Fähigkeiten ab, sondern auch von Wahrnehmungen. Moskau benötigt keine Erfolgsgewissheit, sondern lediglich hinreichende Zweifel an der Einheit und Reaktionsbereitschaft des Westens.

Wenn dies zutrifft, sollte sich Europa nicht nur auf die Möglichkeit einer russischen Aggression vorbereiten, sondern auf ein strategisches Umfeld, in dem die Unterscheidung zwischen Frieden und Krieg bereits zunehmend unklar geworden ist.

1 Vgl. Puglierin, Jana (2026): Wer verteidigt Europa? Hamburg, S. 48.

2 <https://sahasec.org/tracker/>.

3 Boiko, Stanislav, Davlikanova, Elena and Ogryzko, Lesia (2025): The Denied War. The Russian Grey-Zone Aggression against Europe and Its Unfolding Trajectory. <https://sahasec.org/news/the-denied-war-the-russian-grey-zone-aggression-against-europe-and-its-unfolding-trajectory/> (Stand aller Internetquellen: 15. Juni 2026).

4 Siehe Davlikanova, Elena (2026): Going mental: Russia's cognitive war against Europe. European Policy Institute in Kyiv, 28. Mai. <https://epik.eu/publication/cognitive-war/>.

5 Petrenko, Roman (2025): Ukraine's Operation Spiderweb: 18 months in the planning, 41 Russian bombers hit – photos. In: Ukrainska Pravda, 1. Juni. <https://www.pravda.com.ua/eng/news/2025/06/01/7515065/>.

6 Ukrainian intel reports Russia's current missile stockpiles and production rate. In: The New Voice of Ukraine, 5. Mai 2026. <https://english.nv.ua/nation/may-9-parade-how-putin-might-strike-back-at-kyiv-in-response-to-potential-drone-attack-list-50605543.html>.

7 Moiseienko, Oleksandr and Place, Joseph (2026): Russia Is Mass-Producing 1000-km Iskander Missiles That Can Reach Most of Europe, Leaks Reveal. In: Unity 24 Media, 18. Dezember. <https://united24media.com/world/russia-is-mass-producing-1000-km-iskander-missiles-that-can-reach-most-of-europe-leaks-reveal-14383>.

8 Staalesen, Atle (2025): Cruise missiles over Franz Josef Land. In: Arctic Today, 4. September. <https://www.arctictoday.com/cruise-missiles-over-franz-josef-land/>.

9 Protz, Anastasia (2026): Putin signs law enabling him to deploy Russian troops abroad to "protect" Russian citizens. In: Ukrainska Pravda, 25. Mai. <https://www.pravda.com.ua/eng/news/2026/05/25/8036357/>.

10 Kovalchuk, Olha (2026): Foreign ministers of eight countries condemn Russia's disinformation campaign against Baltic states. In: Ukrainska Pravda, 22. Mai. <https://www.pravda.com.ua/eng/news/2026/05/22/8035998/>.

11 Burrows, Emma (2026): Ukrainian drone pilots turn a military exercise in Sweden into a critical warning for NATO. In: AP News, 12. Mai. <https://apnews.com/article/russia-sweden-nato-gotland-trump-sabotage-europe-a50cec79865d7a85e913b7aca30b1fb5>.

DOI: 10.48701/opus4-937

This work is licensed under CC BY-NC-ND 4.0. To view a copy of this license, visit <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/>

Die gesamte Ausgabe „Europas Sicherheit im Wandel der Weltordnung“ finden Sie hier: <https://www.ethikundmilitaer.de/ausgabe/01-2026/overview>

DIE EU ALS SICHERHEITS- POLITISCHER UND MILITÄRISCHER AKTEUR IN UNSICHEREN ZEITEN: GEFANGEN IM EXPECTATIONS- CAPABILITIES-GAP?

Autor: *Matthias Dembinski*

Es ist mittlerweile eine Binsenmaxime, dass Europa selbst für seine Sicherheit sorgen muss. In der Zange zwischen andauernder russischer Bedrohung und amerikanischem MAGA-Nationalismus einschließlich der damit verbundenen Rückzugstendenzen gibt es hierzu scheinbar keine Alternative. Nur gibt es auf diese drängende Frage, wie dies gelingen kann, bisher keine überzeugende Antwort. Diskutiert werden drei Modelle: (a) Ein Integrationssprung hin zu einer vergemeinschafteten Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik einschließlich einer europäischen Armee. (b) Eine institutionelle Verdichtung der intergouvernementalen Kooperation großer und williger Staaten in Form einer Kerngruppe oder eines Europäischen Sicherheitsrats. (c) Eine Europäisierung der intergouvernemental strukturierten NATO, wobei die europäischen Mitglieder den Löwenanteil der Lasten schultern und die USA bestenfalls einige Kernfähigkeiten wie die nukleare Abschreckung beisteuern. Dieser Beitrag legt den Fokus auf das erste Modell und diskutiert die beiden anderen nur in aller Kürze. Um das Verständnis für die Herausforderungen zu schärfen, schildert er eingangs kurz die Bedrohungslage, die bescheidene Bilanz der EU als sicherheitspolitischer Akteur sowie die bisherigen Beiträge der USA zur europäischen Verteidigung, die es zu ersetzen gilt.

Die Ausgangslage

Wie sich die russische Bedrohung nach dem Krieg darstellen wird, weiß niemand. Weil aber jegliches Vertrauen zerstört und es zudem wenig wahrscheinlich ist, dass es sich mit dem De-facto-Ausschluss aus Europa abfinden wird,¹ gründen die Bedrohungsszenarien westlicher Geheimdienste und Beobachter nolens volens auf Worst-Case-Annahmen. Danach könnte Russland in acht bis zehn Jahren nach Ende des Krieges angriffsfähig sein.² Die wichtigste Größe dieser Szenarien sind die prognostizierten militärischen Fähigkeiten Russlands. Der eingängigste Indikator hierfür sind die Rüstungsausgaben. Nach Berechnungen des International Institute for Strategic

Abstract

In der Zange zwischen russischer Bedrohung und amerikanischem Rückzug richtet sich die Erwartung an die EU, sie solle Verantwortung für die Gewährung von Sicherheit in Europa übernehmen. In ihrer derzeitigen institutionellen Form wäre sie damit aber überfordert. Daher werden aktuell drei Modelle europäischer Sicherheit diskutiert: (a) ein Integrationssprung der EU, (b) die Bildung einer Kerngruppe und (c) eine funktionale und minilaterale Zusammenarbeit unter dem Dach einer europäisierten NATO. Alle Modelle weisen Vorteile, aber auch erhebliche Risiken auf. Die Führungsleistung der „indispensable superpower“ zu ersetzen, bleibt eine Gestaltungsaufgabe.

Studies hat sich die Erhöhung der russischen Verteidigungsausgaben zwar abgeflacht und wendet Russland mittlerweile 7,3 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung auf. In Wechselkursparitäten entspricht dies Ausgaben von 186,2 Milliarden US-Dollar. Die fünf europäischen Staaten mit den höchsten Verteidigungsetats (Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien und Polen) kommen zusammen auf 344,9 Milliarden US-Dollar. Alle europäischen NATO-Staaten geben mittlerweile mehr als 2 Prozent der Wirtschaftsleistung für Verteidigung aus. Finanzielle Mittel sind in Europa also reichlich vorhanden. Aus zwei Gründen ist dieser Vergleich dennoch kein Anlass zur Entwarnung. Zum einen kann Russland für jeden Dollar mehr militärische Stärke beschaffen als europäische Staaten. Kalkuliert man auf der Basis von Kaufkraftparitäten, belaufen sich die russischen Aufwendungen auf 523,6 Milliarden US-Dollar.³ Sicherlich sind Vergleiche auf der Basis von Kaufkraftparitäten unzuverlässig und die Ausgaben europäischer Staaten werden in den nächsten Jahren weiter ansteigen. Nur verfügt Russland zweitens über einen weiteren strategischen Vorteil: Es ist ein Staat mit *einem* politischen Willen und *einer* Kommandokette. Dem stehen in der EU 27 kleinere und mittlere Staaten mit 27 politischen Willen gegenüber, deren militärische und rüstungsindustrielle Strukturen zudem entlang nationaler Linien fragmentiert sind.

Die EU ist als globaler Akteur auf der weltpolitischen Bühne geradezu omnipräsent. Als regulatorische und normative Macht setzt sie Standards. Als diplomatische Macht stimmt sie sich eng mit strategischen Partnern und anderen Regionalorganisationen ab. Als entwicklungs- und handelspolitische Macht, die zudem ihr ökonomisches Gewicht mittels Sanktionen, Exportkontrollen und weiteren handelspolitischen Instrumenten in politischen Einfluss ummünzt, beeinflusst sie die Handlungsoptionen anderer Staaten in erheblichem Maße. Dennoch ist die EU anders und handelt anders als ähnlich große Staaten. Sie ist eine Weltmacht *sui generis* und am ehesten als bürokratischer Akteur zu verstehen. Ihre institutionellen Strukturen im Inneren

setzen sich in ein spezifisches Verhalten nach außen um. Aufgrund der konsensbasierten Entscheidungsverfahren im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie des Aufbaus sicherheitspolitischer Bürokratien seit dem Gipfel des Europäischen Rats von Helsinki 1999 agiert sie in besonderer Weise regelorientiert und pfadabhängig. Dagegen fehlt ihr eine Institution, die schon Max Weber als den eigentlichen Träger des Politischen ausgemacht hatte, nämlich der – in Do-

In normalen Zeiten schlagen die Vorteile der EU stärker zu Buche. In Schlechtwetterzeiten hat sie ein Problem

nald Trumps Terminologie – Anführer, der zu schnellen und dezisionistischen Entscheidungen fähig ist, der Ziele priorisieren und Machtmittel rasch und konzentriert einsetzen kann.⁴ In der Forschung wird die EU daher auch als *astrategische Macht* charakterisiert.⁵ Verglichen mit Staaten weist sie Vor- und Nachteile auf. Sie agiert langsamer, ist dafür aber berechenbar. Sie übt Erzwingungsmacht nur sehr eingeschränkt aus, läuft aber weniger Gefahr, sich in riskante Abenteuer zu verstricken. In normalen Zeiten schlagen ihre Vorteile stärker zu Buche. In Schlechtwetterzeiten hat sie ein Problem.

Der implizite Vergleich mit Staaten schlägt sich in einer seit Langem diagnostizierten Lücke zwischen den Erwartungen an die EU und deren Leistungsfähigkeit nieder. Dies gilt zumal für die EU als sicherheits- und verteidigungspolitischer Akteur. Schon zu Beginn der jugoslawischen Zerfallskriege proklamierte der damalige luxemburgische Außenminister und Ratsvorsitzende Jacques Poos, dies sei die Stunde der EU und nicht die der Amerikaner. 30 Jahre später versprechen ihre Repräsentanten, die EU werde die Sprache der Macht lernen und sich zum geopolitischen Akteur mausern.

Dem steht eine eher bescheidene Bilanz entgegen. Das auf dem Gipfel des Europäischen Rates in Helsinki 1999 beschlossene *Helsinki*

Headline Goal, die Fähigkeit zur Entsendung einer 60.000 Mann starken Einsatzgruppe, wurde nie auch nur annäherungsweise erreicht. Die numerisch sehr viel bescheideneren *Battlegroups* von zweimal je circa 1000 Soldaten wurden trotz zahlreicher Gelegenheiten nie eingesetzt. Und die zahlreichen GSVP-Missionen, zu denen die Mitgliedstaaten ad hoc Personal bereitstellen, wurden im Laufe der Zeit immer weniger robust. Die meisten Einsätze waren ziviler Natur; und die wenigen militärischen Missionen dienten in den letzten Jahren fast ausschließlich der Ausbildung der Streitkräfte dritter Staaten. Auch die Effizienz, so Beobachter, lasse zu wünschen übrig. Das gilt selbst für rüstungsindustrielle Kooperation. Trotz der zahlreichen Initiativen der EU-Kommission über die letzten Jahrzehnte lautet die Klage bis heute ähnlich: Die fragmentierten Rüstungsmärkte führten zu erheblichen Mehrkosten, die sich nach einer aktuellen Schätzung des wissenschaftlichen Dienstes des Europäischen Parlaments auf jährlich zwischen 24 und 75 Milliarden Euro belaufen.⁶ Verantwortlich hierfür sind die auf ihre Souveränität pochenden Mitgliedstaaten, die die in Artikel 346 des Vertrages über die Arbeitsweise der EU festgelegten Ausnahmen für Rüstungsgüter von den Binnenmarkt-

tionellen Strukturen des militärischen Flügels der NATO. Und sie bringen öffentliche Güter ein in Form von fünf in Europa stationierten Brigaden, umfangreichen Verstärkungskräften, militärischen Kernfähigkeiten wie etwa satellitengestützter Aufklärung und vor allem nuklearer Abschreckung. Um allein die materiellen Beiträge der USA zu ersetzen, wären erhebliche Mehraufwendungen nötig.⁷ Noch schwerer zu ersetzen ist die institutionelle Rolle der USA. Modelle europäischer Verteidigung wären folglich daran zu messen, wie weit und wie gut sie angesichts der bleibenden Bedrohung die bisher von den USA geleistete strategische Führung und die militärischen Fähigkeiten ersetzen können.

Das erste Modell: Eine vergemeinschaftete Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Der Grundgedanke dieses Modells ist denkbar einfach: Hegemoniale Führung durch einen großen Staat lasse sich im Kreis vieler kleiner und mittelgroßer Staaten am ehesten ersetzen durch eine vertiefte Integration der militärischen und rüstungsindustriellen Strukturen. Eine solche Integration erhöhe nicht nur die militärische Interoperabilität und Schlagkraft, sondern sichere dank der dann möglichen Skaleneffekte auch die rüstungsindustrielle Effizienz. Der EU-Kommissar für Verteidigung und Raumfahrt, Andrius Kubilius, veranschaulicht diesen Grundgedanken mit einer hypothetischen Frage: Wären die USA militärisch stärker, wenn sie 50 Armeen, 50 separate Beschaffungswesen und 50 Verteidigungsindustrien hätten? Laute die Antwort Nein, liege es auf der Hand, was Europa tun müsse.⁸

Nicht erstaunlicherweise findet dieses Modell Zuspruch vor allem bei Wirtschaftswissenschaftlern.⁹ Aber auch Vertreter anderer Disziplinen sehen in Krisen den Treiber von Integration und glauben, dass der gewaltige äußere Druck einen Integrationssprung nötig und möglich macht. Ausweislich von Meinungsumfragen würde ein solcher Integrationssprung von den Bevölkerungen in vielen EU-Ländern und zumal in Deutschland

Auf dem Feld der kollektiven Verteidigung und im Rahmen der NATO sorgen bisher die USA für strategische Führung, Zusammenhalt und militärische Handlungsfähigkeit

regeln weit auslegen. Und auch das „ReArm Europe“ titulierte Programm der Kommission von 2025 zur Mobilisierung von bis zu 800 Milliarden Euro für Verteidigung, wird, so die Befürchtung, dieses Muster kaum durchbrechen.

Auf dem Feld der kollektiven Verteidigung und im Rahmen der NATO sorgten bisher die USA für strategische Führung, Zusammenhalt und militärische Handlungsfähigkeit. Sie spielten die Rolle der hegemonialen Macht, die einerseits die Interessen der kleineren Mitglieder in Rechnung stellte, andererseits die Richtung vorgab, der die anderen in der Regel gerne folgten. Die USA dominieren die institu-

begrüßt. Hierzulande spricht sich sogar eine absolute Mehrheit dafür aus, dass die Sicherheit künftig von einer Europäischen Armee gewährleistet wird. Selbst in Polen votiert eine Mehrheit von 37 Prozent der Befragten für europäische Lösungen, während nur 29 Prozent auf die nordatlantische und 24 Prozent auf die nationale Option setzen.¹⁰ In der politischen Sphäre nahm die Diskussion um eine Europäische Armee während der ersten Trump-Regierung Fahrt auf. Dabei zählten deutsche Entscheidungsträger wie Angela Merkel und die damalige Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen zu den bekanntesten Protagonisten.¹¹ Auch die EU-Kommission wirbt seit Trump I unter Stichworten wie „Europäische Souveränität“ für eine Vertiefung der Zusammenarbeit in der Verteidigungspolitik, ohne allerdings konkreter zu benennen, wie ein Integrationssprung auf diesem Feld aussehen würde. In zentralen Fragen unbestimmt bleibt beispielsweise auch der Vorschlag von Andrius Kubilius, eine stehende Europäische Streitmacht in der Größenordnung von 100.000 Soldatinnen und Soldaten aufzustellen.¹²

Diese Vagheit hat einen Grund. Integrierte militärische Strukturen setzen zentralisierte militärische und politische Entscheidungsverfahren voraus. Und solche wären nur um den Preis erheblicher Souveränitätskosten zu haben. Ein Gedankenexperiment macht das schnell deutlich. Würden Entscheidungen von einem Kollektivorgan wie dem Europäischen Rat in seiner jetzigen Form getroffen, könnte jeder Mitgliedstaat dank des Konsensprinzips seine Souveränität wahren, allerdings drohte dann die Blockade des gemeinsamen Instruments. Um der strukturellen Nichteinsatzfähigkeit integrierter Strukturen wie einer Europäischen Armee vorzubeugen, wären zumindest Mehrheitsentscheidungen, darüber hinaus auch die Delegation von Kompetenzen in erheblichem Umfang an einen europäischen Akteur wie etwa den Präsidenten des Europäischen Rates nötig. Kurzum müsste, wie Kubilius' hypothetische Frage nahelegt, eine enge Verflechtung der militärischen Strukturen einhergehen mit einem Umbau der EU zu einer staatsähnlichen Entität. Eine solche Entwicklungsperspektive ist aber mit den

verschiedenen Erweiterungsrunden in immer weitere Ferne gerückt. Auch normativ wäre eine solche Perspektive zu hinterfragen. Denn eine Übertragung von Kompetenzen auf die EU im verteidigungspolitischen Bereich könnte eben nicht eine Verlagerung der Loyalitäten von der nationalen auf die europäische Ebene nach sich ziehen und so die politischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen für einen Integrationssprung schaffen. Im besten Fall ließe die demokratische Qualität eines sol-

***Integrierte militärische Strukturen
setzen zentralisierte militärische und politische
Entscheidungsverfahren voraus. Und
solche wären nur um den Preis erheblicher
Souveränitätskosten zu haben***

chen Gefüges zu wünschen übrig. Im schlechten Fall drohten Protest und Zerfall. Denn statt auf diesem Wege einen europäischen Demos zu wecken, könnten die robusten nationalen Dementen ihr Selbstbestimmungsrecht massiv eingeschränkt sehen.

Solange die politischen Gemeinschaften der Mitgliedstaaten die Bausteine des europäischen Gemeinwesens bleiben, hätte eine Einschränkung ihrer Selbstbestimmungsmöglichkeiten auf dem Feld der Sicherheits- und Verteidigungspolitik also erhebliche Kosten. Nicht überraschend sind deshalb die staatlichen Vorbehalte gegen eine durchgreifende Abkehr vom Konsensprinzip oder Autorisierung von supranationalen Organen. Hierfür nur ein Beispiel.

Mit dem im März 2022 verabschiedeten Strategischen Kompass wollten die Staaten der lahmenden europäischen Verteidigungspolitik einen neuen Anstoß geben.¹³ Im Zentrum stand die *EU Rapid Deployment Capacity* (EURDC). Diese circa 5000 Mann (und Frau) starke Einsatzgruppe soll künftig die militärische Handlungsfähigkeit der EU sicherstellen. Auf Rotationsbasis halten einzelne Staaten für ein Jahr lang Truppen für diesen Verband bereit. Mit dieser integrativen Form teilt die EURDC freilich den Pferdefuß, der den Einsatz der *Battle-groups* verhinderte. Es wäre nämlich fraglich, ob in einer Krise die gerade truppenstellenden

Staaten ihre nationalen Interessen so betroffen sähen, dass sie ihre Soldaten tatsächlich unter dem Kommando der EU in einen Einsatz schicken würden. Weil über dieses zentrale Vorhaben des Strategischen Kompasses offenbar selbst im Kreis der Staats- und Regierungschefs Zweifel herrschen, sieht das Dokument mit Koalitionen der Willigen eine zweite und weniger souveränitätseinschränkende Form der Kooperation vor. Als Rechtsgrundlage hierfür nennt der Kompass den Artikel 44 des EU-Vertrages, gemäß dem der im Konsensverfahren entscheidende Rat die Oberaufsicht über Einsätze von Koalitionen der Willigen ausüben würde. Mit dem Verweis auf Koalitionen holt der Kompass nur nach, was ohnehin seit Jahren gängige Staatenpraxis ist. Und ob Koalitionen die Kautelen des Artikel 44 tatsächlich akzeptieren würden, erscheint durchaus fraglich.

Selbst die Kommission akzeptiert mittlerweile die Vorbehalte gegen integrierte Formen der Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik. In einem Dokument zum Weißbuch von 2025 erklärte sie:

„Nothing in the White Paper nor in the ReArm Europe Plan/Readiness 2030 relates to the foundation of an EU army. This is not an objective of the European Commission or of the Union more generally. [...] Furthermore, all initiatives reflected in the Defence Package aim at strengthening national Armed Forces, improving their interoperability in line with NATO standards.“¹⁴

Der Autor



Matthias Dembinski ist assoziierter Fellow am Peace Research Institute Frankfurt und dort Ko-Leiter des von der Leibniz-Gemeinschaft geförderten interdisziplinären Forschungsprojektes „PATTERN: How Does the Past Matter? The Russian War of Aggression Against Ukraine and the Cold War“. Nach der Promotion an der Goethe Universität in Frankfurt (1989) sowie Stationen am Center for Science and International Affairs (Harvard University) und bei der Stiftung

Stiftung Friedens- und Konfliktforschung zurück. Er forschte u. a. zur NATO, zur Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik und zu Fragen internationaler Gerechtigkeit und hat zu diesen Themen umfassend publiziert.

Das zweite Modell: Die Beförderung der Kooperation durch Kerngruppen

Die Kernidee des zweiten Modells ist ebenfalls einfach: Wenn effiziente Zusammenarbeit im großen Kreis vieler vetobewehrten Staaten mit heterogener Interessenlage schwierig ist, könnte eine Abstufung der Mitgliedschaft Kooperation befördern. Wenn eine kleine Gruppe von Staaten mit ähnlichen Interessen oder einer ähnlichen Integrationsbereitschaft vorausgehen und einen Kern oder einen exklusiveren Club bilden würde, ließe sich genügend „pull“ oder Führungsleistung erzeugen. Vorschläge für ein solches Kerneuropa der Verteidigung finden sich etwa bei Wolfgang Ischinger oder Herfried Münkler.¹⁵ Die Idee eines Europäischen Sicherheitsrates weist in eine ähnliche Richtung. Diesen Vorschlag ventilierten Angela Merkel und die deutsche Bundesregierung während der ersten Trump-Administration, allerdings ohne ihn genauer zu formulieren und ohne dass er in Europa Resonanz gefunden hätte.¹⁶

Vorschläge für ein Kerneuropa, ein Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten oder der konzentrischen Kreise haben eine lange Tradition. Ein erster Denkanstoß hierzu kam schon 1994 von Wolfgang Schäuble und Karl Lamers.¹⁷ Dass sie sich auf dem Feld der Außen- und Sicherheitspolitik nie realisieren ließen, hat strukturelle Gründe. Eine erste Variante dieses Modells setzt darauf, dass eine enge und institutionalisierte Zusammenarbeit der großen Staaten die bisherige hegemoniale Führung durch die USA simulieren könnte. Die Stolpersteine dieser Variante sind offensichtlich. Zum einen werden die europäischen Länder, die dem exklusiven Club nicht angehören, sich kaum mit einer unterprivilegierten Position abfinden. Zum anderen und wichtiger fänden sich im Club der großen Staaten, der zumindest Deutschland, Frankreich, Polen, Großbritannien und Italien umfassen müsste, Länder mit ebenfalls sehr unterschiedlichen Interessen, Sichtweisen und strategischen Kulturen wieder. Wolfgang Ischinger ist sich dieses Problems bewusst. Er schlägt daher eine Kombination dieser Variante von Kerneuropa mit einer zweiten Variante vor. Diese will die weitergehende

Integrationsbereitschaft zum Kriterium für die Aufnahme in den exklusiven Club machen. In der Kombination beider Varianten müssten also die großen Staaten zugleich zu einem erheblichen Verzicht auf Souveränitätsrechte bereit sein und den Übergang zu Mehrheitsentscheidungen mittragen. Nur erschließt sich nicht, warum große Staaten im kleinen Kreis zu einem Verzicht auf Souveränität bereit sein sollten, den sie im großen Kreis verweigern.

Das dritte Modell: Funktionale Kooperation

Das dritte Modell akzeptiert, dass die Verantwortung für Sicherheit und Verteidigung bei den Staaten liegt und nur bedingt delegiert werden kann. Statt *top-down* neue Superstrukturen zu schaffen, will es Kooperation auf intergouvernementaler Basis organisieren und hierfür bestehende Institutionen wie die Nordatlantische Allianz nutzen. Durch zwei Mechanismen versucht es, die Führungsleistung der amerikanischen Hegemonie zumindest ansatzweise zu kompensieren: (a) durch gemeinsame militärische Planungen, Übungen und Kommandostrukturen für den Fall der kollektiven Verteidigung und (b) durch eine engere minilaterale Zusammenarbeit, die einer funktionalen Logik folgt.

Tatsächlich gehen realpolitische Entwicklungen in diese Richtung. Beobachtet diagnostizieren seit 2022 ein beschleunigtes Wachstum bi- und minilateraler Kooperationen im sicherheitspolitischen und rüstungsindustriellen Bereich.¹⁸ Dabei arbeiten Staaten mit ähnlichen Interessen, Sichtweisen und strategischen Kulturen enger zusammen. Im sicherheitspolitischen Bereich reichen die Beispiele von der Verzahnung des deutschen und niederländischen Heeres über die deutsch-französische Lufttransportstaffel bis zu loserer Formaten wie die Gruppe der nordisch-baltischen Staaten (Nordic-Baltic 8), an die sich seit dem Regierungswechsel in Warschau auch Polen annähert.¹⁹ Im rüstungsindustriellen Bereich ist diese Form funktionaler Kooperation besonders augenfällig. Die Angebotsseite ist geprägt durch eine sehr dynamische Zunahme von Übernahmen und Zusammenschlüssen von

Rüstungsfirmen, die einer marktwirtschaftlichen Logik folgt. Auf der Nachfrageseite schließen sich Staaten mit ähnlichen Interessen zusammen, um Fähigkeitslücken zu schließen. Die fortschreitende Konsolidierung wird also ergänzt durch staatlich ausgehandelte Kooperationen wie die Entwicklung weitreichender Präzisionswaffen im Rahmen des European Long-range Strike Approach (ELSA).²⁰ Als Dach dieser minilateralen und funktionalen Kooperation würde nach diesem Modell eine NATO dienen, deren Kommandostruktur zunehmend von europäischen Staaten bestimmt wird. Allerdings birgt auch dieses Modell Risiken. Zum einen könnte die von unten wachsende minilaterale Rüstungs Kooperation zu einem Wust an nicht aufeinander bezogenen Projekten führen und könnten die erhofften Skaleneffekte ausbleiben. Zum anderen könnte die funktionale Kooperation asymmetrische Muster dergestalt ausbilden, dass die großen EU-Staaten um sich herum Netzwerke mit kleineren aufbauen, aber wenig mit anderen großen Staaten zusammenarbeiten. Trotz der dank gemeinsamer Demokratie und Binnenmarkt günstigen Voraussetzungen für Kooperation könnten so Gegensätze in Europa wachsen.

Die Zukunft der europäischen Verteidigung

Nach der Phase des Ost-West-Konflikts neigt sich auch der unipolare Moment, die Phase der globalen amerikanischen Hegemonie, dem Ende zu. Europa wird zum Experimentierfeld, ob es gelingt, Sicherheit und Stabilität auch ohne die *indispensable superpower* dauerhaft zu gewährleisten. Zwei Konzepte erscheinen weniger tragfähig: die Vorstellung, amerikanische Hegemonie ließe sich durch integrative Formen der Zusammenarbeit bis hin zu einer Europäischen Armee oder durch eine Kerngruppe ersetzen. Wahrscheinlicher bleibt eine europäische NATO das Dach der sich darunter entfaltenden funktionalen Zusammenarbeit. Allerdings bleiben auch bei diesem Modell zentrale Fragen wie die nach der nuklearen Abschreckung, der Rolle des SACEUR oder der Vorsorge gegen Risiken einer Renationalisierung der Sicherheitspolitik ungeklärt.

- 1 Rumer, Eugene (2026): Belligerent and Beleaguered: Russia After the War with Ukraine. Carnegie Endowment for International Peace, März. https://assets.carnegieendowment.org/files/Rumer_European%20Security_v2%201.pdf (Stand aller Internetquellen: 26. Mai 2026).
- 2 Diese Kalkulation gründet auf der Annahme, dass Teile der russischen Militärmaschinerie noch intakt sind, Russland pro Jahr 280.000 Rekruten ausbilden kann und das derzeitige Niveau der Rüstungsausgaben beibehalten könnte.
- 3 Vgl. IISS: The Military Balance 2026.
- 4 Dembinski, Matthias und Peters, Dirk (2024): Kann Europa Macht? Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU nach dem Ukraine-Krieg. PRIF Report 4. www.prif.org/fileadmin/Daten/Publikationen/Prif_Reports/2024/prif_4_2024_barrierefrei.pdf.
- 5 Cottey, Andrew (2020): A strategic Europe. In: Journal of Common Market Studies 2/58, S. 276–291.
- 6 European Parliamentary Research Service (2023): Increasing European added value in an age of global challenges: Mapping the cost of non-Europe (2022–2032). [www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2023/734690/EPRS_STU\(2023\)734690_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2023/734690/EPRS_STU(2023)734690_EN.pdf).
- 7 Mark Rutte schätzt, dass die Europäischen Staaten circa 10 Prozent ihres BIP aufwenden müssten, um die amerikanischen Beiträge vollständig zu ersetzen. Vgl.: NATO-Chef Rutte zweifelt an Europas Verteidigungskraft ohne die USA. In: Die Zeit, 27. Januar 2026. www.zeit.de/politik/ausland/2026-01/mark-rutte-europa-nato-usa-verteidigung-sicherheit.
- 8 Speech by Commissioner Kubilius at the Folk och Försvar – National Conference 2026: “Europe Under Pressure”. Stockholm, 11 January 2026. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/api/files/document/print/en/speech_26_69/SPEECH_26_69_EN.pdf.
- 9 Vgl. Sinn, Hans-Werner (2026): Die Vision eines Europäischen Bundes. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. April.
- 10 De Weck, Roger und Ålander, Minna (2025): Voters believe in a sovereign Europe more than elites. In: Politico, 4. September. www.politico.eu/article/voters-europe-elite-coal-steel-defense-union/.
- 11 Vgl. Die Rede Angela Merkels vor dem Europäischen Parlament in Straßburg, 13. November 2018. <https://www.bundesregierung.de/breg-en/service/archive/speech-by-federal-chancellor-angela-merkel-to-the-european-parliament-strasbourg-13-november-2018-1550688>.
- 12 Cohen, Charles (2026): Kubilius pitched a Common EU Army, but how can it operate? In: Euractiv, 14. Januar. www.euractiv.com/news/kubilius-pitched-a-common-eu-army-but-how-can-it-operate/.
- 13 www.eeas.europa.eu/sites/default/files/documents/strategic_compass_en3_web.pdf.
- 14 Europäische Kommission (2025): Questions and answers on the Defence Package: White Paper for European Defence - Readiness 2030. 19. März. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/qanda_25_794.
- 15 Münkler, Herfried (2025): Macht im Umbruch. Deutschlands Rolle in Europa und die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Berlin; Goulard, Sylvie und Ischinger, Wolfgang (2025): Wie sich Europa gegen Trump und Putin behaupten kann. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. Dezember. <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/ukraine-krieg-wolfgang-ischinger-und-sylvie-goulard-fordern-ein-kerneuropa-das-vorangeht-accg-110802489.html>.
- 16 Zur Vagheit und den Schwachstellen dieses Vorschlages vgl. Kaim, Markus und Kempin, Ronja (2018): Ein Europäischer Sicherheitsrat. Mehrwert für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU? SWP Aktuell Nr. 65. https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2018A65_kim_kmp.pdf.
- 17 Das Papier unter dem Titel „Überlegungen zur europäischen Politik“ ist abrufbar unter: <https://web.archive.org/web/20110928064140/http://www.cdacus.de/upload/schaeublelamers94.pdf>.
- 18 Kefferpütz, Roderick und Bruck, Anika (2025): Phalanx of defence pacts. Mapping bilateral defence partnerships. Heinrich Böll Stiftung, Issue Brief 5. <https://eu.boell.org/en/defence-partnerships-europe-PDF>.
- 19 Hallgren, Jakob und Rhinard, Mark (2025): Das fruchtbare Bündnis der „Nordic Baltic 8“. In: Internationale Politik 4. <https://internationalepolitik.de/de/das-fruchtbare-buendnis-der-nordic-baltic-8>. Für die Annäherung Polens und die NB8 vgl. Locke, Stefan (2024): Polen sucht Verbündete im Norden, in: FAZ, 26. November. <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/nb8-gruppe-polen-sucht-verbuendete-im-norden-110133460.html>.
- 20 Barrie, Douglas, Gwadera, Zuzanna und Hinz, Fabian (2025): Deep Precision Strike: Europe’s Quest for Long-range Missile Capabilities. IISS Report. <https://www.iiiss.org/research-paper/2025/11/deep-precision-strike-europes-quest-for-long-range-missile-capabilities/>.

DOI: 10.48701/opus4-939

This work is licensed under CC BY-NC-ND 4.0. To view a copy of this license, visit <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/>

Die gesamte Ausgabe „Europas Sicherheit im Wandel der Weltordnung“ finden Sie hier: <https://www.ethikundmilitaer.de/ausgabe/01-2026/overview>

NONPROLIFERATION IM „ZEITALTER DER NUKLEARWAFFEN“ HERAUSFORDERUNGEN UND AUSSICHTEN

Autorin: Emmanuelle Maitre

Anreize zur Proliferation in einem „Zeitalter der Nuklear- waffen“

In seiner Rede zur nuklearen Abschreckung auf der Île Longue kündigte der französische Präsident Emmanuel Macron an, dass „das nächste halbe Jahrhundert ein Zeitalter der Nuklearwaffen sein wird“¹.

Die Nuklearwaffenstaaten (NWS) stützen sich zunehmend auf Nuklearwaffen, um den aktuellen Herausforderungen des strategischen Umfelds zu begegnen. In den letzten Jahren haben sie die Rolle der atomaren Abschreckung in ihren jeweiligen Sicherheitsstrategien nochmals bekräftigt und massiv in die Modernisierung ihrer Nuklearstreitkräfte investiert. Dieser Trend ist jedoch auch bei den Nichtnuklearwaffenstaaten (NNWS) zu beobachten. In Südkorea, der Türkei, Saudi-Arabien, Polen, Deutschland und der Ukraine, um nur einige zu nennen, haben die politisch Verantwortlichen mehr oder weniger deutlich erklärt, dass der Besitz von Nuklearwaffen der Sicherheit ihrer Länder dienen könnte.

Vor diesem Hintergrund scheinen der internationale normative Rahmen und insbesondere der Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) ein schwacher Schutz gegen die Versuchung zu sein, sich nuklear zu bewaffnen. Seit Beginn dieses Jahrhunderts wird regelmäßig attestiert, dass sich dieses Instrument in der Krise befindet, auch wenn es seine Widerstandsfähigkeit weiterhin unter Beweis stellt. So hat sich bis heute lediglich Nordkorea aus dem Vertrag zurückgezogen, um sich zu einer Atommacht zu entwickeln. Dennoch schaffen insbesondere in Ostasien, im Nahen Osten sowie in Europa strategischer Wettbewerb zwischen den Mächten, regionale Konflikte sowie ein dysfunktionaler Multilateralismus Anreize für die Aufnahme nationaler Nuklearprogramme.

In diesem Kontext bleibt die Stärke dieser Norm ein wichtiger Faktor, um Staaten davon zu überzeugen, NNWS zu bleiben. Es gibt jedoch auch andere Faktoren, die Staaten von der Proliferation abhalten, wie beispielsweise

Abstract

Geopolitische Spannungen, die Ausweitung von Konflikten sowie eine zunehmende Abhängigkeit von Nuklearwaffen führen in vielen Ländern zu einer erneuten Debatte darüber, ob die Entwicklung nationaler Nuklearprogramme wünschenswert ist. Diese Staaten haben bisher davon abgesehen, solche Programme auf den Weg zu bringen, vor allem aus Respekt vor der Nonproliferationsnorm, aus Angst vor den wirtschaftlichen sowie politischen Folgen und um die erweiterte Abschreckung aufrechtzuerhalten. Die jüngste Einschätzung Frankreichs, seine Nuklearpolitik könne dazu beitragen, die Anreize zur Einhaltung des Nichtverbreitungsvertrags innerhalb Europas zu verstärken, untermauert diese Logik. Nach französischer Auffassung können eine Abschreckungsstrategie mit europäischer Dimension sowie die Bündelung nuklearer und konventioneller Ressourcen verschiedener Partner signifikant zur europäischen Sicherheit beitragen, während sich die Aufnahme von Nuklearprogrammen negativ auf die Erreichung dieses übergeordneten Ziels auswirkt.

die Zugehörigkeit zu einem Bündnis mit nuklearen Sicherheitsgarantien, die Angst vor internationaler Isolation sowie die Furcht vor militärischen Vergeltungsmaßnahmen oder hohen wirtschaftlichen Kosten – sowohl direkter als auch indirekter Natur. Diese Motivationen müssen vor dem Hintergrund der aktuellen Krise des Multilateralismus, der Zweifel an der Glaubwürdigkeit der US-Sicherheitsgarantien und der Entstehung neuer Sicherheitsarchitekturen, insbesondere in Europa, neu bewertet werden.

Die Wiederbelebung nuklearer Abschreckung

Die Bekräftigung des Nuklearstatus durch die Großmächte

Im Februar 2007 brachte Wladimir Putin Russlands Unzufriedenheit mit der internationalen Ordnung nach dem Kalten Krieg zum Ausdruck und prangerte die seiner Ansicht nach ungerechte Behandlung seines Landes sowie die hegemonialen Bestrebungen des Westens an. Im darauffolgenden Jahr zeigte der Krieg in Georgien Russlands Entschlossenheit, mit Gewalt eine gewisse Form der Kontrolle über die ehemaligen Sowjetrepubliken aufrechtzuerhalten. Mit der ersten Krise in der Ukraine in den Jahren 2014 bis 2015 (Annexion der Krim und Konflikt im Donbass) wurde deutlich, dass Russlands Interventionismus die Grundlagen der europäischen Sicherheit infrage stellen könnte. Russland demonstrierte seine Absicht, eine Politik der „aggressiven Abschirmung“ mit einer starken nuklearen Komponente zu verfolgen, um die Grenzen eines souveränen europäischen Staates zu seinem eigenen Vorteil zu verändern.

In Asien gibt es zwar konzeptionelle Debatten darüber, ob China eine revisionistische oder eine revolutionäre Macht ist, doch es stellt sich eindeutig gegen die internationale Ordnung im Indopazifik, die nach dem Kalten Krieg entstand. Die Hauptspannungsfelder sind Taiwan, aber auch das Südchinesische Meer sowie die Landgrenze zu Indien. Allgemein kann man sagen, dass China ausdrücklich danach strebt, den Einfluss der Vereinig-

ten Staaten in Asien zu verringern und sich als weltweit führende Supermacht zu etablieren. Während die chinesischen Entwicklungen im Nuklearbereich seit den 1960er-Jahren eher unbedeutend waren, wurden in den letzten Jahren rasante Fortschritte erzielt, was darauf hindeutet, dass Peking bestrebt ist, sich kurz- bis mittelfristig als führende Atommacht zu etablieren.

Während im sogenannten zweiten Nuklearzeitalter (vom Ende des Kalten Krieges bis 2014, wobei die Einteilung in Nuklearzeitalter umstritten ist) bestimmte Akteure als Abweichler von der internationalen Ordnung galten und als „Proliferationsstaaten“ bezeichnet wurden, sind sie durch den Ausbau ihrer Nuklearstreitkräfte nun selbst zu Faktoren in der Abschreckungsgleichung avanciert. So betrachten westliche Militärs Nordkorea trotz der fehlenden diplomatischen Anerkennung seines Nuklearstatus nicht mehr einfach als ein Proliferationsproblem, sondern bemühen sich um die Entwicklung von Abschreckungsstrategien. Tatsächlich hat die von Nordkoreas Nuklearstrategie ausgehende Bedrohung erhebliche Auswirkungen auf die gesamte Verteidigungsarchitektur im indopazifischen Raum. Dies gilt auch für das Verhältnis zwischen Indien und Pakistan, deren nukleare Rivalität weit über den indischen Subkontinent hinausreicht. Indien steht nämlich zugleich im strategischen Wettbewerb mit China; die Entscheidungen der indischen Regierung in Bezug auf seine nuklearen Kapazitäten spiegeln zum Teil also auch die übergeordnete regionale Dynamik wider.

Aufstockung der Waffenarsenale

Das derzeitige Phänomen der „nuklearen Wiederaufrüstung“ geht weit über herkömmliche Modernisierungsbemühungen hinaus. Es zeichnet sich durch die Einführung neuer Fähigkeiten aus, die wahrscheinlich zu einer stärkeren Abhängigkeit von Nuklearstreitkräften führen werden, aber auch durch einen starken Ausbau mehrerer Arsenale.

Der eindeutigste Fall ist China: Seit den 1990er-Jahren hat China sein Arsenal schrittweise ausgebaut und gleichzeitig diversifiziert

(Entwicklung einer seegestützten Komponente). In den letzten Jahren hat sich das Wachstum dann deutlich beschleunigt. Im Jahr 2021 teilte das Pentagon dem Kongress mit, dass sich Chinas Arsenal bis 2025 voraussichtlich verdoppeln werde. Im Dezember 2025 erklärte das Pentagon, dass China bis zum Ende des Jahrzehnts aller Wahrscheinlichkeit nach über ein Arsenal von mehr als 1000 Atomsprengköpfen verfügen werde.² Diese Entwicklungen werfen Zweifel an der Bereitschaft der chinesischen Regierung auf, an der offiziellen Haltung der minimalen Abschreckung und einer Strategie der Vergeltung festzuhalten.

Auf russischer Seite wurden in den 2000er-Jahren umfangreiche Modernisierungsprogramme auf den Weg gebracht, um die aus der Sowjetzeit stammenden Systeme zu ersetzen. Die meisten dieser Programme führten nicht zu Änderungen der Strategie oder des strategischen Gleichgewichts, da sie mit dem Abzug älterer Waffen einhergingen. Russlands Nichteinhaltung des INF-Vertrags ermöglichte jedoch die Entwicklung eines potenziell doppelt nutzbaren Systems (das sowohl nukleare als auch konventionelle Sprengköpfe tragen kann) für zuvor verbotene Reichweiten (zwischen 500 und 5500 km). Außerdem erklärte Wladimir Putin 2018 seine Absicht, das Land mit neuen Fähigkeiten auszustatten, die oft als „exotisch“ bezeichnet werden, da sie die älteren Systeme nicht ersetzen und zudem vollkommen neuartige Raketentypen umfassen – etwa die von Russland als hyperschallfähig bezeichnete luftgestützte ballistische Rakete „Kinschal“, die zwar derzeit als konventionelle Waffe (für Angriffe in der Ukraine) eingesetzt wird, jedoch als nuklearfähig gilt. Auch der auf Geschwindigkeit und Präzision ausgelegte Hyperschall-Marschflugkörper „Zirkon“ wurde vermutlich in einer nuklearen und konventionellen Variante entwickelt. Zudem sind zwei weitere Systeme angekündigt, die sich derzeit noch in der Entwicklung befinden: die Unterwasserdrohne „Poseidon“ und der nukleargetriebene Marschflugkörper „Burewestnik“ 9M730 (dieser geht wahrscheinlich als Letztes in Betrieb). Zusätzlich gibt die Entscheidung Russlands, Nuklearwaffen auf belarussischem Territorium zu stationieren, durchaus Anlass zur Sorge.

Bislang haben die Vereinigten Staaten noch nicht beschlossen, ihr Nuklearwaffenarsenal aufzustocken, doch mit dem Auslaufen des New-START-Vertrags im Februar 2026 entfällt die rechtliche Beschränkung hierfür – und die strategische Fachwelt sieht dies zunehmend als notwendig an. So empfahl die überparteiliche Expertengruppe *Strategic Posture Commission* im Jahr 2023, die Möglichkeit offenzuhalten, zusätzliche Nuklearwaffen auf bestehenden Plattformen aufzustocken oder sogar neue Programme aufzulegen.³ Es sei darauf hingewiesen, dass sich nicht nur die Großmächte für eine Erweiterung ihrer Arsenale entschieden haben: Das Vereinigte Königreich kündigte im Jahr 2021⁴ ebenfalls eine Aufstockung seines Bestands an, Frankreich folgte im März 2026.⁵

Zunehmende Unsicherheit des Nonproliferationsregimes

Die ungelösten Krisen der Nonproliferation

Der NVV hat sich bei der Eindämmung der Proliferation von Nuklearwaffen größtenteils als wirksam erwiesen. Dennoch zeigt sich vereinzelt, dass multilaterale nukleare Regulierungen einen entschlossenen Staat nicht immer von der Verfolgung eines Atomwaffenprogramms abhalten können. So trat Nordkorea 2003 unter umstrittenen Umständen aus dem NVV aus und hat seitdem trotz Sanktionen und internationaler Verurteilung ein ehrgeiziges Programm entwickelt. Viele Staaten unterstützen erklärtermaßen weiterhin die diplomatischen Bemühungen um eine „Entnuklearisierung“ Nordkoreas. Allerdings erscheint dieses Ziel zunehmend unrealistisch, da Pjöngjang an der nuklearen Abschreckung zum Schutz der eigenen Sicherheit festhält.

Auch das in den 1970er-Jahren aufgesetzte Nuklearwaffenprogramm Irans hatte jahrzehntelange diplomatische Bemühungen, aktive Maßnahmen zur Nonproliferation (einschließlich Sanktionen, Sabotage und Attentate) sowie zwei Militäroperationen zur Folge. Dennoch hat all dies möglicherweise Teherans Überzeugung sogar noch bestärkt, dass

es zur Sicherung der eigenen Macht nukleare Fähigkeiten benötigt. Während ein Teil der Kapazitäten entweder übergeben oder zerstört wurde, stellen die verbleibenden Bestände an Nuklearmaterial sowie die Unsicherheit bezüglich des Programms weiterhin einen destabilisierenden Faktor in der Region dar.

Internationales Regime unter Druck

Angesichts zunehmender Spannungen und der Tatsache, dass sich die Atommächte immer stärker auf ihre nuklearen Kapazitäten stützen, geraten die internationalen Regelungen zur Eindämmung der Proliferation und zur Regulierung des nuklearen Wettstreits zunehmend unter Druck. Rüstungskontrollabkommen kollabieren und die Arsenale wachsen wieder – entgegen dem Trend, der mit dem Ende des Kalten Krieges einherging. Im Rahmen des NVV wird dies von den meisten NNWS als äußerst negativ wahrgenommen: Der sogenannte *Grand Bargain* der nuklearen Ordnung wird nicht mehr eingehalten. Tatsächlich verpflichtet Artikel VI des NVV die Vertragsparteien, „in redlicher Absicht Verhandlungen zu führen über wirksame Maßnahmen zur Beendigung des nuklearen Wettrüstens in naher Zukunft und zur nuklearen Abrüstung“. Seit mehr als einem Jahrzehnt wurde kein Rüstungskontrollabkommen mehr ausgehandelt und bestehende Abkommen sind entweder ausgelaufen oder gescheitert. Maßnahmen wie der Vertrag über ein umfassendes Verbot von Nuklearversuchen (CTBT) oder Entwurf eines Vertrags zum Verbot der Produktion von spaltbarem Material für Nuklearwaffen sind nicht in Kraft getreten oder noch nicht einmal verabschiedet worden. Geopolitische Spannungen zwischen den NWS machen es unmöglich, greifbare Abrüstungsfortschritte zu erzielen. Frustriert von diesem Stillstand, verhandelte eine Gruppe von NNWS im Jahr 2017 den Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) und verabschiedete ihn. Die Meinungsverschiedenheiten im Zusammenhang mit dieser Initiative verdeutlichen die Spaltung innerhalb der internationalen Gemeinschaft in Fragen des Wertes von Nuklearwaffen und der Risiken, die sie für die globale Sicherheit darstellen.

Diese Pattsituation beim Thema Abrüstung schwächt auch die anderen Säulen des NVV. In Bezug auf die Proliferation von Nuklearwaffen kommen einige Länder nicht nur ihren Verpflichtungen nicht nach, sondern werden durch andere NWS sogar dabei unterstützt, indem diese gegen die vom UN-Sicherheitsrat festgelegten Vorschriften sowie die Exportkontrollregelungen verstoßen. Schlussendlich macht der gezielte Beschuss ziviler kerntechnischer Anlagen im Rahmen militärischer Operationen Verpflichtungen zur friedlichen Nutzung der Kernenergie und zur nuklearen Sicherheit unglaubwürdig.

Ist die Proliferation von Nuklearwaffen unabwendbar?

Nukleare Abschreckung als ultimative Sicherheitslösung?

Nach Auflösung der UdSSR gehörte die Ukraine zu den Sowjetrepubliken, in denen Nuklearwaffen stationiert waren. Wie Belarus und Kasachstan erklärte die Ukraine sich bereit, die Bestände an Russland zu übergeben. Im Gegenzug garantierte das 1994 von Russland, den Vereinigten Staaten sowie dem Vereinig-

Seit mehr als einem Jahrzehnt wurde kein Rüstungskontrollabkommen mehr ausgehandelt und bestehende Abkommen sind entweder ausgelaufen oder gescheitert

ten Königreich unterzeichnete Budapester Memorandum die territoriale Integrität der Ukraine. Frankreich, die andere westliche Nuklearmacht, vollzog diesen Schritt in einer separaten Erklärung. Russlands Annexion der Krim im Jahr 2014 stellte einen klaren Verstoß gegen diese multilaterale Verpflichtung dar. Doch die Ukraine und die internationale Gemeinschaft waren nicht in der Lage, die territoriale Integrität des Landes zu schützen. Diese Tatsache zeigt, dass ein NNWS den Aggressionen einer Atommacht weiterhin ausgeliefert ist und grundsätzlich von deren Wohlwollen abhängig bleibt. Die groß ange-

legte Invasion von 2022 hat diese Wahrnehmung noch untermauert. Weitere Staaten, die ebenfalls auf Nuklearwaffen verzichtet haben – freiwillig, unter Zwang oder unter anderen Umständen – wurden ebenfalls angegriffen und erlebten in der Folge den Sturz ihrer Regierungen (Irak im Jahr 2003 und Libyen im Jahr 2011 sowie in gewissem Maße auch der Iran in den Jahren 2025 und 2026). Staaten wie Nordkorea schlussfolgern daraus, dass es sie in hohem Maß verwundbar machen würde, das eigene Nuklearpotenzial aufzugeben. Auch wenn diese Auslegung anfechtbar ist, findet sie immer größeren Rückhalt – und so werden die Grundsätze, auf denen das internationale Nonproliferationsregime beruht, infrage gestellt.

Anreize zu nuklearer Aufrüstung in verschiedenen Regionen

In diesem Zusammenhang denken immer mehr Staaten über ein eigenes Nuklearwaffenprogramm nach. Auf dem asiatischen Kontinent gab es in Südkorea in der Vergangenheit immer wieder Überlegungen, für die eigene

zu besitzen noch herzustellen oder auf dem eigenen Staatsgebiet bzw. in den eigenen Hoheitsgewässern zu stationieren – überdacht werden sollten.⁷ Die Äußerung eines Regierungsvertreters, Japan könne möglicherweise vom Besitz eigener Nuklearstreitkräfte profitieren, stellte 2025 einen weiteren Schritt in diese Richtung dar – auch wenn sie sofort dementiert wurde.⁸

Auch in Europa wurden in den letzten Jahren unerwartet Forderungen nach einer nuklearen Aufrüstung laut, getrieben von ähnlichen Faktoren: dem wachsenden Gefühl der Bedrohung und dem schwindenden Vertrauen in den nuklearen Schutzschirm der USA.⁹ Während der ersten Amtszeit von Donald Trump diskutierte in Deutschland vor allem die Presse, ob das Land ein eigenes Nuklearprogramm entwickeln sollte. Trumps Wiederwahl hat diese Debatte neu entfacht. In Polen ist die Offenheit für solche Vorschläge noch deutlich größer, vor allem unter gewählten Politikern. In einer Rede vor dem Sejm im Jahr 2025 erklärte Ministerpräsident Tusk, Polen solle die Entwicklung nichtkonventioneller Waffen in Betracht ziehen, während Präsident Karol Nawrocki zweideutig erklärte, das Land solle sich „dem Nuklearprojekt anschließen“.¹⁰ Selbst in Schweden und anderen skandinavischen Ländern, in denen die Öffentlichkeit in der Vergangenheit eher allergisch auf das Thema Nuklearwaffen reagierte, haben Kolumnisten und ehemalige Amtsträger in jüngerer Zeit die Entwicklung eigener Nuklearwaffen vorgeschlagen.¹¹

Im Nahen Osten hat die iranische Atomkrise Öl ins Feuer gegossen und Besorgnis ausgelöst, ob auch weitere Mächte in der Region bereit und in der Lage seien, ihre nuklearen Fähigkeiten auszubauen. Insbesondere die Äußerungen von Mohammed bin Salman aus den Jahren 2018 und 2021 deuten darauf hin, dass Saudi-Arabien „nachziehen“ wird, sollte es Teheran gelingen, eine Atombombe zu entwickeln.¹² Angesichts der zweideutigen Äußerungen von Präsident Erdoğan über die Unzumutbarkeit des Nonproliferationsregimes könnte auch die Türkei ein Kandidat für den Aufbau eines eigenen Nuklearwaffenprogramms sein.¹³

Auch in Europa wurden in den letzten Jahren unerwartet Forderungen nach einer nuklearen Aufrüstung laut, getrieben von dem wachsenden Gefühl der Bedrohung und dem schwindenden Vertrauen in den nuklearen Schutzschirm der USA

Sicherheit zunehmend auf Nuklearwaffen zu setzen. Dies führte nicht nur zu Forderungen nach einer erneuten Stationierung von US-Nuklearwaffen auf der Halbinsel, sondern auch zu einer Diskussion darüber, ob Seoul eigene Nuklearwaffen entwickeln sollte. Diese Debatte hat sich in den letzten Jahren intensiviert, was die ernsthafte Besorgnis Südkoreas über das Verhalten seines nördlichen Nachbarn und die Verlässlichkeit der US-amerikanischen Unterstützung zeigt.⁶ Überraschenderweise überdenkt nun sogar Japan seine Position zu Nuklearwaffen. So wird derzeit diskutiert, ob die 1967 verabschiedeten drei Prinzipien des Nuklearwaffenverzichts – also die Selbstverpflichtung, Nuklearwaffen weder

Optionen für die Eindämmung nuklearer Proliferation im Nuklearzeitalter

Die Kraft der Normen

Ist der NVV immer noch bindend?

Bis heute ist der NVV eines der meistratifizierten Abkommen weltweit. Die Vertragsstaaten bekräftigen auf den Überprüfungskonferenzen regelmäßig ihre Unterstützung für die dem NVV zugrunde liegenden Prinzipien. Zwar heben viele NNWS die Schwachstellen des Vertrags hervor (etwa den ungleichen Status der Staaten und mangelnde Fortschritte bei der Abrüstung), doch bestreiten nur wenige die Notwendigkeit sicherzustellen, dass der Großteil der internationalen Gemeinschaft keine Nuklearwaffen besitzt. Diese Unterstützung spiegelt sich in zusätzlichen Verpflichtungen der Vertragsstaaten wider, beispielsweise der Einrichtung atomwaffenfreier Zonen oder der Ratifizierung des AVV.

Dieser weitreichende und dauerhafte Verzicht auf Nuklearwaffen als strategische Option lässt sich bis zu einem gewissen Grad durch die konstruktivistische Theorie erklären.¹⁴ Diese Denkschule betont die Rolle von Normen und das Interesse der Staaten an der Erarbeitung von Normen, die mit der nationalen Identität und den eigenen Werten im Einklang stehen. Unabhängig vom ursprünglichen Erwägungsgrund der Staaten für den Beitritt zum NVV ist der Status als NNWS in vielen Fällen zu einem festen Bestandteil der nationalen Identität geworden. In diesem Fall geht es nicht mehr darum, inwieweit der Verzicht auf Nuklearwaffen ausschließlich „objektiven“ nationalen Interessen dient, da die Einhaltung der eigenen Normen und deren internationale Förderung ein separates, zusätzliches Anliegen darstellen. Die selbst gewählte Identität als NNWS hat Einfluss auf die Sicherheitswahrnehmung eines Akteurs und damit auf sein politisches und strategisches Kalkül. Ob aus Konformität, aufrichtiger Überzeugung oder Identifikation mit einer Gruppe – die Staatsoberhäupter bestimmter Länder bringen den in ihrer Gesellschaft bestehenden Konsens bezüglich der Nonproliferation zum Ausdruck und erheben

die eigene nationale Präferenz zu einer kollektiven. In der Folge binden das Prinzip der Kontinuität sowie eine sich herausbildende Rhetorik der Überzeugung die Akteure oft an ihre Selbstverpflichtung, kein eigenes Nuklearprogramm zu starten.

Nonproliferation aus rationalen Erwägungen

Die Nonproliferationsnorm ist jedoch vor allem mit der kollektiven, pragmatischen Überzeugung verbunden, dass alle Nationen ein grundlegendes Interesse daran haben, die Verbreitung von Nuklearwaffen zu verhindern. Diese Norm entstand in einer Zeit geopolitischer Instabilität. Als 1958 die wegweisende „Irische Resolution“ eingebracht wurde, die als Vorläufer des NVV gilt, gab es reichlich Spannungen:

Die Nonproliferationsnorm ist vor allem mit der kollektiven, pragmatischen Überzeugung verbunden, dass alle Nationen ein grundlegendes Interesse daran haben, die Verbreitung von Nuklearwaffen zu verhindern

Die Berlin-Krise spitzte sich zu, Fidel Castros Machtübernahme in Kuba veränderte die regionale Dynamik und sowohl die Vereinigten Staaten als auch die Sowjetunion führten Dutzende atmosphärischer Nuklearwaffentests durch. In dieser Zeit gab es zahlreiche aktive Proliferationsprogramme, und es kam immer wieder zu nuklearen Unfällen. Die Logik der Nonproliferationsbewegung entstand aus einer Notwendigkeit heraus: Die internationale Gemeinschaft erkannte, dass der einzige Weg zu tatsächlicher Abrüstung über ein Ende des Ausbaus der Nuklearwaffenarsenale und der riskanten Tests führte. Die Annahme war: Auch wenn einzelne Staaten selbst weiterhin Nuklearwaffen erwerben könnten, wäre die Sicherheit der Staatengemeinschaft insgesamt beeinträchtigt, wenn eine große Anzahl von Staaten eigene Nuklearprogramme starten würde. Es erschien somit vernünftig, sich auf Beschränkungen zu einigen, die für alle gelten sollten. Dieser historische Kontext spiegelt die heutige Zeit wider, in der die Nonproliferation nach wie vor ein gemeinsames Anliegen darstellt, das über regionale oder nationale Interessen hinausgeht.

Politik und Druck von Verbündeten

Die Kosten eigener Nuklearprogramme

Sowohl normativer Druck als auch rationale nationale Interessen bringen Staaten dazu, dauerhaft auf Nuklearwaffen zu verzichten. Kurzfristig gesehen spielt außerdem die Angst vor den Kosten eine wichtige Rolle. Bei Vertragsverletzungen oder Austritt aus dem NVV erfolgt automatisch ein Verweis an den UN-Sicherheitsrat. Stellt dieser das Vorliegen einer „Bedrohung des Friedens“ fest, kann er gemäß Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen erforderliche Maßnahmen ergreifen. Aus diesem Grund wurden Nordkorea und der Iran vom UN-Sicherheitsrat für ihre nuklearen Aktivitäten mit harten Sanktionen belegt. Dennoch liegt auf der Hand, dass der Sicherheitsrat als politisches Gremium keine Entscheidungen gegen das Veto eines ständigen Mitglieds treffen kann.

Logischerweise hat die Proliferation von Nuklearwaffen Auswirkungen auf die internationale Zusammenarbeit im Nuklearbereich: Eine solche Zusammenarbeit ist nicht mehr vorstellbar, wenn die Sicherungsmaßnahmen der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) nicht mehr eingehalten werden.

Im Laufe der Jahre haben viele Staaten eine Reihe gesetzlicher Maßnahmen ergriffen, die darauf abzielen, Drittstaaten von Aktivitäten im Zusammenhang mit der Proliferation von Nuklearwaffen abzuhalten. Insbesondere in den Vereinigten Staaten bewirkt das sogenannte *Glenn Amendment* (22 USC 2799aa-1(b)) die Aussetzung von Handelsaktivitäten, militärischer Hilfe und Entwicklungshilfe gegenüber einem Staat, der im Verdacht steht,

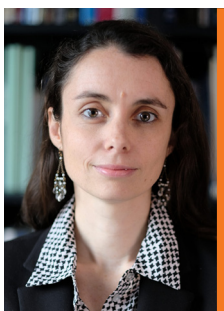
die Entwicklung oder den Erwerb einer Nuklearwaffe anzustreben. Der *Arms Export Control Act* (22 USC 2753(f)) verbietet Rüstungsexporte in einen Staat, der gegen seine internationalen Nonproliferationsverpflichtungen verstoßen hat. Der *Foreign Assistance Act* (22 USC 2429a-2) verbietet die Gewährung von Hilfe an jeden NNWS, der nach Einschätzung des Präsidenten sein umfassendes Sicherheitsabkommen mit der IAEO beendet, aufgekündigt oder wesentlich verletzt hat.

In Europa sind die Vertragsstaaten des Euratom-Vertrags an die Grundsätze zur Umsetzung von Artikel III des NVV gebunden. Darüber hinaus verlangt Euratom in seinen bilateralen Abkommen mit Drittstaaten als Voraussetzung für Transfers, dass der Empfängerstaat in der Lage ist, seine Sicherheitsabkommen oder sogar das IAEO-Zusatzprotokoll im Einklang mit dem NVV umzusetzen.

Die Europäische Union hat in diesem Zusammenhang allgemeine Rechtsinstrumente verabschiedet, mit denen sie ihre Unterstützung für den NVV und sein Regime bekräftigt. Gemäß Verordnung (EG) Nr. 428/2009 können gemäß den von den Mitgliedstaaten unterzeichneten Rüstungskontrollverträgen und -abkommen Genehmigungen oder Verbote für die Weitergabe sensibler Materialien oder Technologien davon abhängig gemacht werden, ob der Empfänger die entsprechenden internationalen Verträge ratifiziert hat oder nicht.

Sofern ein Staat, der sich nuklear bewaffnet, nicht nahezu autark agiert, würde er unweigerlich in einer Vielzahl von Bereichen erhebliche wirtschaftliche Folgen tragen müssen. Diese Auswirkungen könnten allerdings durch die Unterstützung einer Großmacht erheblich abgemildert werden, sollte diese Maßnahmen im Sicherheitsrat blockieren, Ausfuhrkontrollregelungen ignorieren oder beschließen, sogar ihre eigenen Gesetze zu umgehen oder anzupassen. So war die Unterstützung Chinas und neuerlich auch Russlands für Nordkorea von entscheidender Bedeutung und hat die Auswirkungen internationaler Sanktionen weitgehend ausgehebelt. Durch diese inoffizielle Unterstützung ist die Vorstellung entstanden, unter dem Schutz der Vereinigten Staaten sei

Die Autorin



Emmanuelle Maitre ist Senior Research Fellow bei der Fondation pour la Recherche Stratégique (FRS). Als Absolventin des Institut d'Etudes Politiques de Paris (Sciences Po) beschäftigt sie sich mit Fragen der nuklearen Nonproliferation, Abschreckung und Abrüstung. Bevor sie zur FRS kam, war sie als Beraterin in der Privatwirtschaft, als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Centre for Arms Control Studies (CESIM) sowie an der Brookings Institution tätig.

eine „geduldete Proliferation unter Verbündeten“ („friendly proliferation“) denkbar.

Gibt es „friendly proliferation“?

Die Hoffnung, insbesondere die Vereinigten Staaten könnten Verbündete schützen, die den Erwerb von Nuklearwaffen erwägen, hat eine Debatte über das genannte Konzept angeheizt. Unter Konservativen in Washington und bisweilen auch in Kreisen der Trump-Regierung wird zum Teil die Ansicht vertreten, es könnte für Washington von Vorteil sein, Verbündeten oder Partnern die Entwicklung eigener nuklearer Kapazitäten zu gestatten, da dies den Vereinigten Staaten ermöglichen würde, Ressourcen für ihre eigene Verteidigung zu sparen und ihr strategisches Risiko zu begrenzen.¹⁵ Diese Idee wurde beispielsweise auch im Fall Südkoreas als der effizienteste Weg zur Abschreckung nuklear bewaffneter Gegner vertreten.¹⁶ Tatsächlich ist kaum vorstellbar, dass die Vereinigten Staaten eine Proliferation – vor allem in Europa – tolerieren würden. Bis heute haben die USA, jedoch auch Russland oder China, gelegentlich die Proliferation ihrer Verbündeten wissentlich ignoriert, standen der Entstehung neuer Nuklearwaffenstaaten jedoch eher ablehnend gegenüber, da diese als potenzielle Schwächung ihrer eigenen Macht und als Erhöhung strategischer Risiken angesehen wurde.

Wenn darüber hinaus die zunehmende Fragmentierung die internationale Ordnung lähmt und beispielsweise die Mechanismen des UN-Sicherheitsrats irrelevant macht, bedeutet dies auch, dass jede „Schutzmacht“ weniger Schlagkraft hat als zuvor. So könnte ein Verbündeter der Vereinigten Staaten zwar hoffen, dass Washington nach der Aufdeckung von Aktivitäten im Zusammenhang mit der Proliferation von Nuklearwaffen von strengen Sanktionen absehen würde, doch bedeutet dies nicht, dass er allen negativen Folgen entgehen könnte. In Asien könnten beispielsweise wirtschaftliche Vergeltungsmaßnahmen vonseiten Chinas äußerst hart ausfallen. In Europa könnte die Proliferation von Nuklearwaffen zum Zusammenbruch der Europäischen Union als Bündnis führen. Des Weiteren hat Russland den Kampf gegen die Prolifera-

tion von Nuklearwaffen bereits als Vorwand für seinen Angriff auf die Ukraine genutzt und könnte auch für einen aufstrebenden Nuklearstaat eine Bedrohung darstellen. Im Nahen Osten könnten das Risiko einer Kettenreaktion von Nuklearprogrammen in der Region sowie Präventivschläge gegen verdächtige Standorte als wirksames Abschreckungsmittel angesehen werden.

Die erweiterte Abschreckung

Die Rolle der Vereinigten Staaten bei der Gewährung von Sicherheitsgarantien

Objektiv gesehen sind die Kosten der Proliferation somit weltweit nach wie vor hoch. Im Fall einer starken Bedrohung könnten Entscheidungsträger jedoch versucht sein, diese Kosten zu minimieren. Deshalb haben die Atommächte, insbesondere die Vereinigten Staaten, seit dem Kalten Krieg Anreize für die Beibehaltung des Status als NNWS geschaffen. Die erweiterte Abschreckung der USA wird immer wieder als das wirksamste Instrument der Nonproliferation bezeichnet. Innerhalb der NATO gelten der Einsatz von US-Systemen in Europa oder die Schaffung von Konsultationsmechanismen als unerlässlich, um die Verbündeten zu beruhigen und sie von der Entwicklung eigener nationaler Nuklearprogramme abzuhalten. Die Bemühungen der Biden-Regierung, auf Südkorea entsprechend Einfluss zu nehmen, beispielsweise durch die Einrichtung des Beratungsgremiums *Nuclear Consultative Group* und die Ankündigung neuer gemeinsamer Übungen im Jahr 2023, folgten derselben Logik.

Donald Trump hat diese Beziehung sowohl während seiner ersten als auch während seiner zweiten Amtszeit beschädigt, indem er das Prinzip der Solidarität gegenüber Verbündeten, denen er und sein Team wenig Respekt entgegenbrachten, herabgesetzt und rein transaktionale Beziehungen gefördert, einen engeren und nationalistischen Ansatz bevorzugt und deutlich gemacht hat, dass strategische Interessen möglicherweise nicht geteilt werden.

Allerdings hat kein Mitglied der Regierung die Wirksamkeit der bestehenden Mechanismen der erweiterten Abschreckung tatsäch-

lich infrage gestellt. US-Unterstaatssekretär für Verteidigungspolitik Elbridge Colby hat sogar ausdrücklich bestätigt, dass diese weiterhin funktionsfähig sind.¹⁷ Sowohl in Asien als auch in Europa investieren die Verbündeten weiterhin in die Stärkung der Glaubwürdigkeit der nuklearen Garantien der USA. Selbst wenn die Verbindung beschädigt wurde und das Vertrauen geschwächt ist, bleibt die Aussicht, den nuklearen Schutz eines so starken Verbündeten wie Washington endgültig zu kappen, um eigene nationale Kapazitäten zu entwickeln, für die große Mehrheit der Entscheidungsträger unattraktiv.¹⁸

„Vorgelagerte Abschreckung“: Ein Instrument zur Eindämmung der Proliferation in Europa?

Interessanterweise hat der französische Präsident Macron in seiner Rede im Jahr 2026 den US-amerikanischen Ansatz, die erweiterte Abschreckung als Instrument der Nonproliferation darzustellen, befürwortet. So erklärte er: „Der von uns vorgeschlagene Ansatz der vorgelagerten Abschreckung führt nicht zu einer Eskalation, und da er das Sicherheitsgefühl in Europa stärkt, bietet er erhebliche Vorteile

nale Sicherheit als schädlich erscheinen. Der Vorstoß Frankreichs wurde von den Partnern allgemein begrüßt, insbesondere von den Ländern, die der Präsident ausdrücklich als Partner bei der Zusammenarbeit mit Paris in dieser Frage nannte: das Vereinigte Königreich, Deutschland, Polen, die Niederlande, Belgien, Griechenland, Schweden und Dänemark. Dennoch bestehen weiterhin Zweifel an der Glaubwürdigkeit dieser Vorschläge, und für einige Sicherheitsexperten und politische Entscheidungsträger werden sie nie weit genug gehen. Deshalb wird das Argument, ein Land solle für das eigene Überleben ausschließlich auf sich selbst angewiesen sein – ein Argument, das ironischerweise in den 1960er-Jahren von Frankreich selbst vorgebracht wurde – weiterhin Anhänger finden, solange das Bedrohungsniveau so hoch bleibt.

* *
*

Geopolitische Spannungen, die Ausweitung von Konflikten sowie eine zunehmende Abhängigkeit von Nuklearwaffen führen in vielen Ländern zu einer erneuten Debatte darüber, ob die Entwicklung nationaler Nuklearprogramme wünschenswert ist. Diese Staaten haben bisher davon abgesehen, solche Programme auf den Weg zu bringen, vor allem aus Respekt vor der Nonproliferationsnorm, aus Angst vor den wirtschaftlichen sowie politischen Folgen und um die erweiterte Abschreckung aufrechtzuerhalten. Die jüngste Einschätzung Frankreichs, seine Nuklearpolitik könne dazu beitragen, die Anreize zur Einhaltung des NVV innerhalb Europas zu verstärken, untermauert diese Logik. Letztendlich stützen sich Entscheidungsträger auf eine Kosten-Nutzen-Analyse, die auf ihrer Bedrohungswahrnehmung und ihrem Kostenverständnis fußt. Hierbei ist stets zu berücksichtigen, dass individuelle Entscheidungen weltweite Auswirkungen haben; die Entscheidung, Nuklearwaffen für eigene Zwecke zu entwickeln, könnte einer Welle der Proliferation den Weg ebnen und ihre Sicherheit langfristig beeinträchtigen. Diese Argumentation, die bereits 1968 zur Verabschiedung des NVV führte, ist auch heute noch grundlegend fundiert.

Nach französischer Auffassung stellt eine Abschreckungsstrategie mit europäischer Dimension ein glaubwürdiges Instrument dar, um potenzielle Gegner abzuschrecken

für die Abwehr potenzieller künftiger Proliferationsrisiken auf unserem Kontinent.“¹⁹ Nach französischer Auffassung stellt eine Abschreckungsstrategie mit europäischer Dimension ein glaubwürdiges Instrument dar, um potenzielle Gegner abzuschrecken und den europäischen Ländern eine bessere Position im Machtgleichgewicht zu verschaffen. Die Idee dahinter ist, dass verschiedene Partner durch die Bündelung ihrer Ressourcen zur europäischen Sicherheit beitragen können: Für Frankreich und das Vereinigte Königreich sind die Nuklearstreitkräfte ein wichtiger Aktivposten, während für andere Länder konventionelle Kapazitäten eine große Rolle spielen. Diese Vision einer verteilten Abschreckung lässt Nuklearwaffenprogramme für die allgemeine regio-

- 1 Macron, Emmanuel (2026): Speech by the President of the Republic on France's nuclear deterrence, 3. März. <https://us.diplomatie.gouv.fr/en/speech-president-republic-frances-nuclear-deterrence> (Stand aller Internetquellen: 18. Mai 2026). Übersetzung aus dem Englischen.
- 2 U.S. Department of Defense (2025): Annual Report to Congress: Military and Security Developments Involving the People's Republic of China 2025, Dezember. <https://media.defense.gov/2025/Dec/23/2003849070/-1/-1/1/ANNUAL-REPORT-TO-CONGRESS-MILITARY-AND-SECURITY-DEVELOPMENTS-IN-VOLVING-THE-PEOPLES-REPUBLIC-OF-CHINA-2025.PDF>.
- 3 Institute for Defense Analyses (2023): America's Strategic Posture: The Final Report of the Congressional Commission on the Strategic Posture of the United States. <https://www.ida.org/research-and-publications/publications/all/a/am/americas-strategic-posture>.
- 4 HM Government (2021): Global Britain in a competitive age. The Integrated Review of Security, Defence, Development and Foreign Policy, März. https://assets.publishing.service.gov.uk/media/60644e4bd3bf7f0c91eabab/Global_Britain_in_a_Competitive_Age_the_Integrated_Review_of_Security_Defence_Development_and_Foreign_Policy.pdf, S. 76.
- 5 Macron, Emmanuel (2026), siehe Endnote 1. Übersetzung aus dem Englischen.
- 6 Maitre, Emmanuelle (2025): Vers une arme nucléaire sud-coréenne? Considérations politiques et stratégiques. FRS, 29. Januar. <https://frstrategie.org/programmes/programme-coree-sur-securite-diplomatie/vers-une-arme-nucleaire-sud-coreenne-considerations-politiques-strategiques-2025>.
- 7 Kuramitsu, Shizuka (2026): Revisiting Japan's Non-Nuclear Principles: Between a Nuclear Allergy and Umbrella. Carnegie Endowment for International Peace, 16. März. <https://carnegieendowment.org/research/2026/03/revisiting-japans-non-nuclear-principles-between-a-nuclear-allergy-and-umbrella>.
- 8 Kelly, Tim und Geddie, John (2025): Japan reaffirms no-nukes pledge after official floats weapons idea. In: Reuters, 19. Dezember. www.reuters.com/world/china/japan-reaffirms-no-nukes-pledge-after-senior-official-suggests-acquiring-weapons-2025-12-19/.
- 9 The European Nuclear Study Group (2026): Mind the Deterrence Gap: Assessing Europe's Nuclear Options. https://securityconference.org/assets/02_Dokumente/01_Publikationen/2026/ENSG/Mind_the_Deterrence_Gap%E2%80%93Report_of_the_ENSG.pdf.
- 10 Tilles, Daniel (2026): President calls for Poland to seek nuclear deterrent. In: Notes from Poland, 15. Februar. <https://notesfrompoland.com/2026/02/15/president-calls-for-poland-to-seek-nuclear-deterrent/>.
- 11 Anderschou, Lucas (2026): Shifting defence landscape sparks Nordic debate over nuclear weapons. In: Euractiv, 10. März. www.euractiv.com/news/shifting-defence-landscape-sparks-nordic-debate-over-nuclear-weapons/.
- 12 Eid, Nour (2025): Saudi Arabia's Nuclear Temptations. Lessons Learned from Regional Instability. IFRI Memos, 11. September. <https://www.ifri.org/en/memos/saudi-arabias-nuclear-temptations-lessons-learned-regional-instability>.
- 13 Yazigioglu, Ezgi (2019): A Look Upon Turkey's Future Nuclear Weapons Policy. Observatoire de la Turquie et de son environnement géopolitique, IRIS, 30. September. <https://www.iris-france.org/a-look-upon-turkeys-future-nuclear-weapons-policy/>.
- 14 Rost Rublee, Maria (2009): Nonproliferation Norms: Why States Choose Nuclear Restraint. Athens/London, S. 324.
- 15 Doug Bandow (2016): America Should Consider Friendly Nuclear Proliferation. Cato Institute, 5. August. <http://cato.org/blog/america-should-consider-friendly-nuclear-proliferation>.
- 16 Kelly, Robert E. and Kim, Min-hyung (2024): Why South Korea Should Go Nuclear. In: Foreign Affairs, 30. Dezember. https://www.foreignaffairs.com/north-korea/why-south-korea-should-go-nuclear-kelly-kim?-check_logged_in=1.
- 17 U.S. Department of War (2026): Remarks by Under Secretary of War for Policy Elbridge Colby at the NATO Defense Ministerial (As Prepared), 12. Februar. <https://www.war.gov/News/Speeches/Speech/Article/4404801/remarks-by-under-secretary-of-war-for-policy-elbridge-colby-at-the-nato-defense/>.
- 18 Zajec, Olivier (2026): L'illusion d'une prolifération nucléaire «amicale» en Europe. IESD Policy Papers, Februar. <https://iesd.univ-lyon3.fr/wp-content/uploads/2026/02/ZAJEC-Policy-IESD-Proliferation-amicale-1.pdf>.
- 19 Macron, Emmanuel (2026), siehe Endnote 1. Übersetzung aus dem Englischen.

10.48701/opus4-941

This work is licensed under CC BY-NC-ND 4.0. To view a copy of this license, visit <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/>

Die gesamte Ausgabe „Europas Sicherheit im Wandel der Weltordnung“ finden Sie hier: <https://www.ethikundmilitaer.de/ausgabe/01-2026/overview>

WELCHEN BEITRAG LEISTET DIE NUKLEARE ABSCHRECKUNG FRANKREICHS ZUR VER- TEIDIGUNG EUROPAS?

Autor: Jean-Louis Lozier

Die französische nukleare Abschreckung dient in erster Linie der Verteidigung der lebenswichtigen Interessen Frankreichs, trägt jedoch auch zur Verteidigung Europas bei. Dieser Beitrag Frankreichs wird innerhalb des Atlantischen Bündnisses seit 1974 anerkannt, ist jedoch nach wie nicht in der Breite bekannt. Anlässlich einer Rede, die von den europäischen Partnern Frankreichs, aber auch von seinen Gegnern mit großer Aufmerksamkeit verfolgt wurde, kündigte Präsident Emmanuel Macron nun ein neues Konzept für die nukleare Abschreckung Frankreichs an: das der „vorgelagerten Abschreckung“ (*dissuasion avancée*). Der vorliegende Artikel erläutert die Entstehungsgeschichte dieses Konzepts, seine wesentlichen Bestandteile sowie die in diesem Rahmen angestrebten Partnerschaften. Im Weiteren erörtert er den Bezug zur amerikanischen Doktrin der erweiterten Abschreckung (*extended deterrence*) und schließt mit einigen ethischen Überlegungen.

Ein historischer Rückblick auf die nukleare Abschreckung Frankreichs

Die ersten französischen Bemühungen, eine Nuklearwaffe zu entwickeln, reichen bis in die Mitte der 1950er-Jahre zurück. Aufbauend auf wissenschaftlichen Forschungen, die bereits vor dem Zweiten Weltkrieg unter der Leitung von Frédéric Joliot-Curie begonnen hatten, ging es für Frankreich damals darum, die industriellen Voraussetzungen zu schaffen – in erster Linie die Produktion von spaltbarem Material –, um Anfang der 1960er-Jahre eine erste Waffe zu bauen. Die wichtigste strategische Überlegung war, dass der Besitz von Nuklearwaffen unverzichtbar sei, um in der Welt nach dem Zweiten Weltkrieg bestehen zu können. Diese Argumentation wurde maßgeblich durch die nukleare Erpressung vonseiten der Sowjetunion und die fehlende Unterstützung der USA bei der Abwehr ebendieser Erpressung während der französisch-britischen Operation am Suezkanal im Jahr 1956 genährt.

Abstract

*Obwohl dies kaum bekannt ist, trägt die französische nukleare Abschreckung, die in erster Linie der Verteidigung der lebenswichtigen Interessen Frankreichs dient, auch zur Verteidigung Europas bei. Die französisch-britische Nuklearpartnerschaft, die Schritt für Schritt enger wird, ist ein starker Beweis für diese europäische Dimension der französischen Abschreckung. Anlässlich einer Rede, die von den europäischen Partnern Frankreichs, aber auch von seinen Gegnern mit großer Aufmerksamkeit verfolgt wurde, kündigte Präsident Emmanuel Macron nun ein neues Konzept für die nukleare Abschreckung Frankreichs an: die sogenannte „vorgelagerte Abschreckung“ (*dissuasion avancée*). Der vorliegende Artikel erläutert die Entstehungsgeschichte dieses Konzepts, seine wesentlichen Bestandteile sowie die in diesem Rahmen angestrebten Partnerschaften. Im Weiteren erörtert er den Bezug zur amerikanischen Doktrin der erweiterten Abschreckung (*extended deterrence*) und schließt mit einigen ethischen Überlegungen.*

Als General de Gaulle 1958 erneut an die Macht kam, fand er ein weit fortgeschrittenes Nuklearprogramm vor, das den Weg für den ersten französischen Atomtest am 13. Februar 1960 ebnete. De Gaulle richtete das Programm bewusst auf den Aufbau vollständig souveräner und unabhängiger Nuklearstreitkräfte aus, da er überzeugt war, dass Entscheidungen in diesem Bereich nicht geteilt werden dürfen, insbesondere nicht mit einem mächtigeren Verbündeten, der nicht unbedingt die gleichen Interessen verfolgt. Die ablehnende Haltung der USA gegenüber dieser Politik der nuklearen Unabhängigkeit sowie die Verabschiedung der *Flexible Response*-Doktrin durch die NATO – die in Paris in weiten Kreisen als eine dehnbare Doktrin galt, die es den USA ermöglichte, sich nuklear aus der Verteidigung Europas herauszuhalten – führten 1967 zum Austritt Frankreichs aus der integrierten militärischen Kommandostruktur des Bündnisses. Die unter der Leitung von General Lucien Poirier geführten doktrinären Überlegungen, die im Weißbuch von 1972 niedergeschrieben wurden, schlussfolgerten eindeutig, die vitalen Interessen eines Landes könnten nur durch „alleinige Bezugnahme auf dieses Land selbst“¹ definiert werden. Daraufhin setzte sich sowohl in Frankreich als auch bei seinen europäischen Verbündeten dauerhaft die Auffassung durch, die nukleare Abschreckung Frankreichs sei ausschließlich für den Schutz Frankreichs zuständig. Dennoch betont dasselbe Weißbuch von 1972, die Grenze dieser vitalen Interessen müssten notwendigerweise unscharf bleiben und die Dialektik der Abschreckung lebe von einer relativen Ungewissheit. Frankreich sei nicht isoliert, sondern agiere in einem Geflecht sich überschneidender Interessen mit seinen europäischen Nachbarn. Die französische Strategie der nuklearen Abschreckung sei ein entscheidender Faktor für die Sicherheit in Europa. General de Gaulle hatte übrigens bereits 1963 deutlich gemacht, die Nuklearwaffe könne gegebenenfalls zum Schutz der Verbündeten Frankreichs beitragen.² Der Beitrag der nuklearen Abschreckung Frankreichs zur Verteidigung Europas wurde von seinen Verbündeten anlässlich des NATO-Gipfels in

Ottawa 1974 anerkannt. Die Abschlusserklärung würdigte die Fähigkeit der beiden europäischen Nuklearstaaten, einen eigenständigen Beitrag zur Abschreckung zu leisten und dadurch die europäische Abschreckung insgesamt zu stärken. Das Dokument hob insbesondere die Funktion von London und Paris

Die Auffassung, die französische Abschreckung diene ausschließlich der Verteidigung Frankreichs, blieb während des gesamten Kalten Krieges bestehen

als zusätzliche nukleare Entscheidungszentren hervor, die die strategischen Überlegungen eines potenziellen Gegners verkomplizieren würden.

Dennoch blieb die Auffassung, die französische Abschreckung diene ausschließlich der Verteidigung Frankreichs, während des gesamten Kalten Krieges bestehen, wie eine berühmte Diskussion belegt, die im Juni 1987 im Rahmen eines Treffens der Staats- und Regierungschefs der G7 in Venedig³ stattfand. Auf die Frage Margaret Thatchers, ob Frankreich Nuklearwaffen einsetzen würde, falls Bonn von den Sowjets eingenommen werde, entgegnete François Mitterrand, dass in einem solchen Szenario die Abschreckung versagt hätte – was unbedingt zu vermeiden sei. Zudem sei nicht Frankreich für den Schutz der Bundesrepublik Deutschland und Westeuropas verantwortlich, sondern das Atlantische Bündnis.

Die Zeit nach dem Kalten Krieg und der Aufbau eines politischen Europas in den 1990er-Jahren veranlassten die französische Politik jedoch dazu, diese europäische Dimension – die zwar seit den Anfängen im Keim vorhanden, aber nie konsequent weiterentwickelt worden war – effektiver in ihre nukleare Abschreckung einzubeziehen. 1995 schlug der damalige französische Premierminister Alain Juppé Deutschland daher das Konzept einer „abgestimmten Abschreckung“ zwischen den beiden Ländern vor. Dieser Vorschlag stieß zu jener Zeit auf keinerlei positive Resonanz. Das mangelnde Interesse der europäischen Län-

der, allen voran Deutschlands, an der französischen Abschreckung hielt in einer Ära der erfolgreichen Globalisierung und des beständigen Engagements der USA innerhalb der NATO somit rund dreißig Jahre lang an. Das einzige Land, mit dem Frankreich damals in diesem Bereich Fortschritte erzielte, war das Vereinigte Königreich.

Die französisch-britische Nuklearachse

Der politische Austausch zwischen den beiden europäischen Nuklearmächten führte 1992 zur Gründung einer *Joint Nuclear Commission*. Die ersten Gespräche in diesem Rahmen drehten sich um den Vergleich der beiden Abschreckungsstrategien in den Bereichen Konzepte und Doktrinen, Raketenabwehr und Nonproliferation. Dabei zeigte sich, wie ähnlich sich die Nukleardoktrinen beider Länder waren. Ende Oktober 1995 gaben der britische Premierminister John Major und der französische Präsident Jacques Chirac eine Erklärung ab (die sogenannte *Chequers Declaration*), in der sie bekräftigten, es sei keine Situation denkbar, in der die vitalen Interessen einer der beiden Mächte bedroht wären, ohne dass gleichzeitig auch die der anderen Macht betroffen wären. In den folgenden Jahren, selbst nach dem Brexit, nahmen beide Staaten immer wieder systematisch Bezug auf die Erklärung, bis sie 2025 durch die *Northwood Declaration* noch untermauert wurde. Diese bilaterale Übereinkunft setzte ein deutliches Zeichen, dass es bezüglich der vitalen Interessen beider Nationen eine große strategische Übereinstimmung gab. Studien zur Einführung der geplanten gemeinsamen luftgestützten Atomrakete ASLP⁴ wurden ebenfalls durchgeführt, jedoch ohne Erfolg. Letztendlich entschieden sich die Briten gegen diese Option, um ihre nuklearen Beziehungen zu den USA nicht zu gefährden.

Es kam auch zu Hafenbesuchen strategischer Atom-U-Boote (SSBN)⁵: Britische SSBN legten am französischen SSBN-Stützpunkt an der Île Longue in der Bretagne an, und französische U-Boote waren in Faslane in Schottland zu Gast. Die Bedeutung dieser gegenseitigen Hafenbesuche war jedoch im Wesentlichen

symbolischer Natur und spiegelte keinesfalls eine Zusammenarbeit im operativen Bereich wider, insbesondere nicht im Bereich der SSBN-Patrouillen.

2010 wurde die französisch-britische Achse weiter gestärkt. Im umfassenderen Rahmen eines Vertrags über die Zusammenarbeit in Verteidigungs- und Sicherheitsfragen (*Lancaster House Treaties*) unterzeichneten der französische Präsident Nicolas Sarkozy und Premierminister David Cameron einen Vertrag über gemeinsame radiografische und hydrodynamische Anlagen, welche für die Durchführung ihrer nuklearen Simulationsprogramme benötigt wurden. Die Hauptanlage, die Gegenstand dieses Vertrags ist und den Namen „Epure“ trägt, befindet sich im Zentrum des Commissariats für Atomenergie und alternative Energien (CEA) in Valduc. Wenngleich es sich um eine gemeinsame Anlage handelt, werden die hydrodynamischen Testversuche dort unabhängig voneinander durchgeführt.

Die französisch-britische Zusammenarbeit nahm im Juli 2025 im Rahmen eines Treffens in Northwood zwischen dem britischen Premierminister Keir Starmer und dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron deutlich an Fahrt auf. Vor dem Hintergrund des angekündigten Rückzugs der USA aus der Verteidigung Europas bekräftigten die beiden Staatshäupter die enge Zusammenarbeit ihrer Länder im Bereich der nuklearen Abschreckung. Insbesondere bekräftigten sie erneut die Erklärung von 1995, in der es heißt: „Frankreich und das Vereinigte Königreich sind sich einig, dass es keine extreme Bedrohung für Europa gibt, die nicht eine Reaktion unserer beiden Nationen hervorrufen würde.“⁶ Die gemeinsame Erklärung kündigt zudem eine Verstärkung der Zusammenarbeit und Koordinierung im strategischen und operativen Bereich sowie bei den Fähigkeiten an.

Die französisch-britische Nuklearpartnerschaft, die Schritt für Schritt enger wird, ist ein starker Beweis für die europäische Dimension der französischen Abschreckung. Bislang – vorbehaltlich der Umsetzung der von Präsident Macron am 2. März 2026 angekündigten Entwicklungen – ist sie allerdings auch der einzige. Die Partnerschaft der beiden euro-

päischen Atommächte ist für die zukünftige Verteidigung des Kontinents von grundlegender Bedeutung. Es wird interessant sein zu sehen, welche konkreten Fortschritte in den kommenden Monaten und Jahren im Bereich der operativen Zusammenarbeit angekündigt werden. Der wichtigste Faktor, der die Entwicklung dieser Zusammenarbeit behindern könnte, bleibt jedoch die sehr starke, existenzielle Verbindung zwischen der britischen und der amerikanischen Abschreckung, insbesondere in den Bereichen Fertigung und Technologie.

Die „vorgelagerte“ nukleare Abschreckung

Die französische Nukleardoktrin wird in Frankreich in der Regel einmal pro Amtszeit im Rahmen einer Rede des Staatsoberhauptes vorgestellt. Dies bietet dem jeweiligen Präsidenten die Gelegenheit, die Grundsätze der französischen Doktrin zu bekräftigen, sein persönliches Engagement zu bekunden, der nationalen Abschreckung die notwendige politische Legitimation zu verleihen und gegebenenfalls Weiterentwicklungen anzukündigen. So betonte beispielsweise Präsident Jacques Chirac im Jahr 2001, die französische Abschreckung trage zur Sicherheit Europas bei. Seit den 1960er-Jahren sei es ihre wichtigste Funktion sicherzustellen, dass das Überleben Frankreichs niemals durch eine militärische Großmacht mit feindlichen Absichten gefährdet werden könne. Sie müsse jedoch auch dazu dienen, den Bedrohungen zu begegnen, die Regionalmächte mit Massenvernichtungswaffen für die lebenswichtigen Interessen Frankreichs bedeuten könnten. In diesem Zusammenhang kündigte er an, Mittel für den Nuklearbereich einzuplanen, die es Frankreich ermöglichen sollten, über ein ausreichend diversifiziertes und damit flexibles Arsenal zu verfügen, um die Glaubwürdigkeit seiner Abschreckung unter allen Umständen und unabhängig vom Ort oder der Art der Bedrohung zu gewährleisten.

Präsident Macron hielt diese Rede während seiner ersten Amtszeit im Februar 2020. Er bekräftigte die europäische Dimension der vita-

len Interessen Frankreichs und äußerte den Wunsch, einen strategischen Dialog mit interessierten europäischen Partnern über die Rolle der französischen nuklearen Abschreckung für die kollektive Sicherheit Europas einzuleiten. Damals herrschte fast überall in Europa noch die trügerische Hoffnung auf eine Friedensdividende nach dem Kalten Krieg. Im Kontext der Wahl von US-Präsident Biden – die nach der Amtszeit von Donald Trump zu einer Wiederbelebung der transatlantischen Beziehungen führte – sowie vor allem der Corona-Pandemie, auf die sich die Bemühungen aller europäischen Regierungen konzentrierten, stieß der französische Vorschlag auf keinerlei Resonanz.

Sechs Jahre später, in einem völlig veränderten geopolitischen Kontext, wurde die Rede von Emmanuel Macron am 2. März 2026 auf der Île Longue – dem Stützpunkt der franzö-

Die Partnerschaft der beiden europäischen Atommächte ist für die zukünftige Verteidigung des Kontinents von grundlegender Bedeutung

sischen strategischen Atom-U-Boote (SSBN) – ganz anders aufgenommen. Angesichts eines immer feindseligeren Umfelds, des russischen Revisionismus – einer der Hauptgefahren für Frankreich und Europa –, des raschen Ausbaus des chinesischen Nuklearwaffenarsenals sowie wachsender Bestände in Nordkorea, Pakistan und Indien und angesichts einer Neuausrichtung der strategischen Prioritäten der USA kündigte der französische Präsident eine Verstärkung der eigenen Abschreckung an, um dieser Kombination von Bedrohungen zu begegnen. In selbstbewusstem Ton stellte Macron eine Erhöhung der Anzahl der französischen Atomsprengköpfe in Aussicht. Unter Ablehnung jeglichen nuklearen Wettrüstens strebt er einen angemessenen, stimmigen Wirksamkeitsgrad der eigenen Abschreckung in diesem neuen globalen Kontext an.

Die wohl wichtigste Ankündigung in dieser Rede betrifft jedoch das Konzept der „vorgelagerten nuklearen Abschreckung“, in dem

die europäische Dimension der nuklearen Abschreckung Frankreichs ihren konkreten Ausdruck findet. Die Grundprinzipien der französischen Abschreckungsdoktrin bleiben dabei bestehen: die rein defensive Natur, die Ablehnung eines nuklearen Krieges, die absolute Trennung zwischen konventionellen und nuklearen Waffen, die Möglichkeit, einen einmaligen und unwiderruflichen nuklearen Warnschuss abzugeben, sollte ein möglicher Gegner die vitalen Interessen des Landes falsch einschätzen, und vor allem die ausschließliche Entscheidungsgewalt der französischen Behörden. Dieses Konzept ermöglicht es, die französische Abschreckungsstrategie tief im europäischen Territorium zu verankern und dabei sowohl Verbündeten als auch Gegnern konkrete Signale zu senden.

Die Umsetzung der „vorgelagerten Abschreckung“ erfolgt schrittweise im bilateralen Rahmen, um die unterschiedlichen politischen Standpunkte der Partner, die sich für diesen Ansatz entscheiden, berücksichtigen zu können. Sie kann die Teilnahme an Übungen der französischen Nuklearstreitkräfte umfassen, beispielsweise die Beteiligung von Flugzeugen an Übungen der Strategischen Luftstreitkräfte (FAS)⁷ Frankreichs. Sie kann

Bei der vorgelagerten Abschreckung ist eine dauerhafte Stationierung von Nuklearwaffen auf dem Territorium der Partner keineswegs vorgesehen, sondern lediglich eine fallbezogene, vorübergehende Stationierung, etwa im Falle einer Kriseneskalation

auch in der Beteiligung an Maßnahmen des *strategic signaling* bestehen, um einem Gegner die gemeinsame Entschlossenheit der europäischen Partner zu kommunizieren, keinerlei Drohungen nachzugeben. Darüber hinaus kann sie die situationsbezogene Entsendung von Einheiten der FAS, etwa mit Raketen bestückten Rafale-Kampffjets oder Tankflugzeugen, zu Luftwaffenstützpunkten in Partnerländern vorsehen. Es sei jedoch klargestellt: Eine dauerhafte Stationierung von Nuklearwaffen auf deren Territorium ist keineswegs vorgesehen, sondern lediglich

eine fallbezogene und vorübergehende Stationierung, etwa im Falle einer Kriseneskalation.

Als die Rede Anfang März 2026 gehalten wurde, hatten bereits acht Länder gegenüber Frankreich ihr Interesse am Konzept der vorgelagerten Abschreckung bekundet. Neben dem Vereinigten Königreich, das durch die *Northwood Declaration* bereits eng mit Frankreich verbunden ist, signalisierten Deutschland, Polen, die Niederlande, Belgien, Schweden, Griechenland und Dänemark ihr Interesse. Entsprechende bilaterale Koordinierungsgremien wurden eingerichtet oder befinden sich in der unmittelbaren Planung. Am 27. Mai 2026 schloss sich zudem Norwegen als neunter Partner diesem Vorhaben an.

Vorgelagerte Abschreckung, erweiterte US-Abschreckung und Umgehung der Abschreckung

Im Zusammenhang mit diesem neuen Konzept der vorgelagerten Abschreckung stellen sich mehrere Fragen, von denen zwei besonders relevant sind: Die erste betrifft das Verhältnis zur erweiterten nuklearen Abschreckung der USA und Großbritanniens im Rahmen der NATO. Die zweite Frage zielt auf die Wirksamkeit des Konzepts gegenüber hybriden Angriffen, die die nukleare Abschreckungsschwelle „von unten“ unterlaufen und die Möglichkeit bieten, begrenzte territoriale Gewinne zu erzielen und den Verteidiger vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Die französische Abschreckungsdoktrin entwickelte sich ab den 1960er-Jahren in einem komplizierten Verhältnis zur amerikanischen Abschreckungspolitik. Der Wunsch Frankreichs, eine unabhängige Nuklearstreitmacht aufzubauen, ergab sich aus Zweifeln am Willen der USA, Europa im Falle eines sowjetischen Angriffs nuklear zu verteidigen; dadurch wäre nämlich das amerikanische Territorium selbst zum potenziellen Ziel sowjetischer Interkontinentalraketen (ICBM) worden.

Die Antwort der USA innerhalb der NATO darauf war das System der erweiterten Abschreckung (*extended deterrence*), wie wir es

heute kennen. Es sollte eine Wiederholung des französischen Falls verhindern und eine nukleare Proliferation durch Länder unterbinden, die sich dieselben Fragen stellten wie Paris. Im Zentrum dieses Systems stehen die *Nuclear Planning Group*, der Frankreich nicht angehört, und jene Länder, die über *Dual-Capable Aircraft* (DCA) verfügen. Diese Flugzeuge sind in der Lage, amerikanische B61-Bomben im sogenannten Doppelschlüsselsystem einzusetzen. Die damit verbundene Doktrin sieht einen auf den europäischen Raum beschränkten Atomkrieg vor. Ermöglicht wird diese Begrenzung einerseits durch das in Europa oder auf See stationierte nicht strategische US-Nuklearwaffenarsenal und andererseits durch das strategische US-Arsenal sowie dessen Fähigkeit zu Gegenschlägen – insbesondere gegen gegnerische Kommandozentralen und strategische Nuklearstreitkräfte. Diese Doktrin unterscheidet sich somit deutlich von der französischen, die einen Atomkrieg grundsätzlich ablehnt, aber für den Angreifer das Risiko einer schnellen Eskalation birgt, sollten vitale Interessen Frankreichs gefährdet sein.

Diese amerikanische Doktrin hat sich bei den meisten europäischen Partnern Frankreichs durchgesetzt. Dies erklärt zumindest teilweise das Ausbleiben einer Reaktion auf die französischen Vorschläge, die in der Zeit nach dem Kalten Krieg vorgebracht wurden (siehe oben). Angesichts der konventionellen wie auch der nuklearen Macht der USA wurde die französische Abschreckung offensichtlich nicht als glaubwürdig genug angesehen, um mehr als nur Frankreich allein zu schützen.

Die Rückkehr von Präsident Trump an die Macht, seine nachgiebigere Haltung gegenüber Russland sowie sein aggressives Auftreten gegenüber den europäischen Verbündeten haben die Wahrnehmung eines Teils der französischen Bündnispartner deutlich verändert.

Ein Kritikpunkt lautet, dass die französischen Fähigkeiten hinter denen der USA zurückgeblieben. Dem lässt sich entgegenhalten, dass zwar die Anzahl der Atomsprenköpfe von Bedeutung ist – insbesondere im Rahmen einer auf die Bekämpfung feindlicher Streitkräfte ausgerichteten Doktrin wie der ameri-

kanischen. Doch auch eine geringere Anzahl von Nuklearwaffen, wie sie das französische Arsenal aufweist, kann Schäden anrichten, von denen sich kein Land, egal welcher Größe, erholen kann. Präsident Macron betonte daher in seiner Rede vom 2. März, dass allein die Feuerkraft des strategischen U-Boots, vor dem er sprach, der aller Bombenangriffe des Zweiten Weltkriegs entspricht.

Des Weiteren ist Frankreichs Ablehnung, einen begrenzten Atomkrieg zu führen, vor al-

Insgesamt unterscheidet sich das Konzept der vorgelagerten Abschreckung deutlich von der erweiterten Abschreckung, die die USA ihren europäischen Verbündeten gewähren

lem darin begründet, dass diese sogenannte „Begrenzung“ für eine Macht auf einem anderen Kontinent Sinn ergeben mag – nicht jedoch für eine Macht, die sich mitten auf dem Kriegsschauplatz befindet.

Ein anderes häufig vorgebrachtes Argument lautet: Wenn Frankreich daran zweifelt, dass die Amerikaner New York aufs Spiel setzen würden, um Paris zu schützen – warum sollte es dann dieses Risiko eingehen, um Tallinn oder Warschau zu schützen? Auch hier lautet die Antwort: aufgrund der ungleichen Interessen. Die französischen Interessen sind eindeutig zu eng mit denen ihrer europäischen Partner innerhalb der Europäischen Union und der NATO verknüpft, als dass der mögliche Untergang eines von ihnen nicht als existenzielle Bedrohung wahrgenommen würde.

Insgesamt unterscheidet sich das Konzept der vorgelagerten Abschreckung deutlich von der erweiterten Abschreckung, die die USA ihren europäischen Verbündeten gewähren. Sie soll diese nicht ersetzen, sondern dient als Ergänzung, wie der französische Präsident in seiner Rede sehr deutlich zum Ausdruck brachte.

Eng mit dieser konzeptionellen Ergänzung verknüpft ist die Frage des Umgangs mit Konflikten unterhalb der nuklearen Schwelle – ein Punkt, der in nuklearstrategischen Überlegungen allgemein natürlich nicht neu ist. Er war in Frankreich bereits während des Kalten Krieges Gegenstand zahlreicher Debatten. Doch in der

Zeit danach hatten die konventionellen Streitkräfte Frankreichs überwiegend die Funktion einer Einsatzarmee, die in keinem Zusammenhang mit der Abschreckungsstrategie in Europa stand. Über diesen Bereich wurde deshalb nur noch wenig nachgedacht. Die jüngsten Konflikte in der Ukraine und im Nahen Osten haben die Bedrohung durch Drohnen- oder ballistische Raketenangriffe verdeutlicht – einschließlich solcher, die sich gegen einen Atomwaffenstaat richten. Angesichts dieser Art von Bedrohung betonte der französische Präsident ausdrücklich die Notwendigkeit, dass Frankreich und seine europäischen Verbündeten Frühwarnkapazitäten und Fähigkeiten zur erweiterten Luftverteidigung erwerben, um diesen Bedrohungen entgegenzuwirken. Er plädierte zudem für die Beschaffung konventioneller Fähigkeiten für weitreichende Präzisionsschläge, um Optionen für das Eskalationsmanagement zu bieten. Diese drei Bereiche, für die Frankreich eine klare Unterstützung seiner Verbündeten erwartet, insbesondere durch die verschiedenen bereits eingeleiteten Initiativen⁸, gewährleisten eine konventionelle Unterstützung der nuklearen Abschreckung.

Auch wenn sie in der Rede des Präsidenten nicht erwähnt wurden, muss schließlich auf die Bedrohungen im Cyberspace und den Informationskrieg hingewiesen werden, die die nukleare Abschreckung ebenfalls unterlaufen können. Die Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten in diesen Bereichen kann und muss verbessert werden.

Der Autor



Jean-Louis Lozier ist Berater am Zentrum für Sicherheitsstudien des Französischen Instituts für internationale Beziehungen (Ifri) und hat 39 Jahre lang als Offizier in der französischen Marine gedient. Den Großteil seiner Karriere verbrachte er an Bord von U-Booten, darunter als Kommandant zweier U-Boote mit ballistischen Raketen. 2012 wurde er zum Flag-offizier befördert, danach übte er acht Jahre lang hohe Funktionen aus, darunter die des Leiters der Abteilung für Nuklearstreitkräfte und des Inspektors für

Nuklearwaffen. Im Rang eines Vizeadmirals war er zuletzt Seeprefekt des Atlantiks und Leiter der Operationen im Atlantik und in der Arktis.

Gedanken zum Thema Ethik

Für den Verfasser dieser Zeilen, einen ehemaligen Kommandanten eines strategischen Atom-U-Boots (SSBN) und Leiter der Abteilung für Nuklearstreitkräfte im Generalstab der französischen Streitkräfte, ist es immer schwierig, bei der Abfassung eines Artikels über nukleare Abschreckung nicht auf ethische Fragen einzugehen, insbesondere in einer Zeitschrift mit dem Titel *Ethik und Militär*. Die Bereitschaft, Nuklearwaffen mit ihren katastrophalen Folgen einzusetzen, um zu verhindern, dass Frankreich und seine Verbündeten angegriffen und in ihren vitalen Interessen getroffen werden, ist ein Paradox, das moralische Fragen aufwirft. Selbstverständlich muss sich jeder Akteur, der Verantwortung für den Aufbau und die Operationalisierung der nuklearen Abschreckung trägt – ob im politischen, militärischen, wissenschaftlichen oder industriellen Bereich – mit den Dilemmata auseinandersetzen, die Nuklearwaffen mit sich bringen. Doch wir haben das Glück, in Demokratien zu leben, und dort stellen sich diese Fragen auch den Bürgerinnen und Bürgern der Länder, die über Abschreckungskräfte verfügen, ebenso wie denen, die davon profitieren. Es geht hier nicht darum, alle Dilemmata nachzuzeichnen und theoretisch zu erörtern, ob die nukleare Abschreckung die Kriterien eines gerechten Krieges erfüllt oder nicht.⁹ Vielmehr lautet die Frage, wie sie sich dem Verfasser heute stellt: „Auch wenn es moralisch wünschenswert ist, die nukleare Abrüstung voranzutreiben – können wir in der gegenwärtigen Welt skrupelloser Autokraten, die das Völkerrecht missachten, überhaupt so handeln?“ Was die Aufrechterhaltung einer glaubwürdigen Abschreckung durch Frankreich betrifft, scheint die Antwort offensichtlich. Doch dies gilt nur unter der – von Frankreich eingehaltenen – Voraussetzung einer streng defensiven Doktrin. Diese lehnt Nuklearwaffen als Instrument der Erpressung wie beispielsweise im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine explizit ab.

Diese ethische Dimension wurde von Präsident Macron in seiner Rede vom 2. März ebenfalls angesprochen. Er unterstrich, dass Frankreich über die Konsolidierung der eigenen

nuklearen Abschreckung und deren Verankerung in Europa durch das Konzept der „vorgelagerten Abschreckung“ hinaus weiterhin dem langfristigen Ziel einer Welt ohne Nuklearwaffen verpflichtet bleibe. Da die europäische Sicherheitsarchitektur, die während des Kalten Krieges und danach von den beiden nuklearen Supermächten – jedoch ohne die Europäer – aufgebaut worden war, in großen Teilen zerstört ist, forderte er den langfristigen Wiederaufbau eines neuen Sicherheitsrahmens zwischen Europa und Russland, wobei die europäischen Sicherheitsinteressen eindeutig zu priorisieren seien. Die im Rahmen der vorgelagerten Abschreckung entwickelten strategischen Überlegungen werden es ermöglichen, die europäische Konvergenz in diesem Bereich besser zu organisieren. Dies stellt zugleich eine der Herausforderungen des neuen Konzepts dar.

Das derzeitige strategische Umfeld ist einerseits von einer aggressiven Politik in Europa und darüber hinaus geprägt, andererseits von einem geschwächten Nordatlantischen Bündnis, da sich die US-Administration von den gemeinsamen Werten abwendet, auf denen es 1949 gegründet wurde. Hier ist eindeutig eine europäische Reaktion gefordert. Diese beginnt mit dem politischen Zusammenhalt der europäischen Staaten, die nicht vergessen dürfen, dass das heutige Europa – ungeachtet ihrer individuellen politischen Differenzen – auf den Trümmern des nationalsozialistischen und kommunistischen Totalitarismus errichtet wurde. Sicherlich erfordert sie zugleich eine Erhöhung des finanziellen Engagements jedes europäischen Landes im Verteidigungsbereich. Sie erfordert aber auch eine klarere Bestimmung der Art und Weise, wie die britische und französische Abschreckung zur europäischen Sicherheit beitragen sollten. Das von Präsident Macron vorgeschlagene Konzept der „vorgelagerten Abschreckung“ trägt diesem Bedarf für Frankreich Rechnung, indem es starke Signale bezüglich der europäischen Dimension der vitalen Interessen Frankreichs aussendet. Obwohl es keine nuklearen Sicher-

heitsgarantien bietet, besteht das Ziel des Konzepts darin, Abschreckung zu garantieren. Kein Gegner, der entschlossen ist, das Überleben eines europäischen Verbündeten zu bedrohen, soll glauben, Frankreich würde eine Reaktion schuldig bleiben – auch nicht im nuklearen Bereich. Darüber hinaus geht mit dem Konzept der vorgelagerten Abschreckung ein Aufruf zum Aufbau einer europäischen Sicherheitsarchitektur einher, in der Europa wesentlich über seine eigenen Sicherheitsinstrumente bestimmt. Bilaterale Gespräche zwischen Frankreich und seinen Partnern, die diesen Ansatz unterstützen, werden daher für die Verteidigung und Sicherheit Europas als Ganzes von entscheidender Bedeutung sein.

1 Übersetzung aus dem Französischen (im Original: „par référence unique à ce pays lui-même“).

2 Fernsehansprache von General de Gaulle vom 19. April 1963, abrufbar auf der Website des Institut national de l'audiovisuel: www.ina.fr/ina-eclaire-actu/video/caf89051394/allocution-du-general-de-gaulle-du-19041963.

3 Védrine, Hubert (2016): Les Mondes de François Mitterrand. A l'Elysée 1981-1995. Neue Ausgabe. Paris, S. 720.

4 ASLP steht für Air-Sol Longue Portée (Luft-Boden-Rakete großer Reichweite).

5 SSBN steht für Ship, Submersible, Ballistic, Nuclear.

6 Prime Minister's Office, 10 Downing Street (2025): Press release: Northwood Declaration. 10. Juli. <https://www.gov.uk/government/news/northwood-declaration-10-july-2025-uk-france-joint-nuclear-statement>. (Übersetzung aus dem Englischen.)

7 FAS = Forces aériennes stratégiques.

8 JEWEL als weltraumgestütztes Frühwarnsystem, SAMP/T-NG-Raketen für die Luftverteidigung, ELSA für weitreichende Präzisionsschläge.

9 Für einen aktuellen Überblick über die Überlegungen in Frankreich zu diesem Thema siehe Rosselet, Mélanie (Hg.) (2024): Démocratie(s) et dissuasion. Paris.

10.48701/opus4-943

This work is licensed under CC BY-NC-ND 4.0. To view a copy of this license, visit <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/>

Die gesamte Ausgabe „Europas Sicherheit im Wandel der Weltordnung“ finden Sie hier: <https://www.ethikundmilitaer.de/ausgabe/01-2026/overview>

INDIEN UND EUROPA: PARTNER FÜR EINE STABILE WELTORDNUNG?

Autoren: Shounak Set und Ben Kienzle

Abstract

Der Präsident des Europäischen Rates, António Costa, und die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen waren die ersten führenden Repräsentanten der EU, die am 26. Januar 2026 als Ehrengäste an der Parade zum Tag der Republik in Indien teilnahmen. Die Symbolik war unmissverständlich. Am folgenden Tag, beim 16. Indien-EU-Gipfel in Neu-Delhi, schlossen beide Seiten nach fast zwei Jahrzehnten Vorbereitung ein Freihandelsabkommen (FTA) sowie eine Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft (SDP). Zwar dominierte das FTA als „Mutter aller Deals“ (von der Leyen) die Schlagzeilen, aber auch die SDP war ein historischer Meilenstein. Doch hinter der triumphalen Rhetorik kam eine traurige Wahrheit zum Vorschein: Dieser Meilenstein verdankte sich nicht einem wiedererstarkten Vertrauen in die Globalisierung, sondern vielmehr ihrer Rückabwicklung. Drei konvergierende Belastungen – US-Präsident Trumps Zolloffensive, Chinas zunehmende Einflussnahme und Russlands Krieg in der Ukraine – zwangen Brüssel und Neu-Delhi letztlich dazu, einander ohne den Austausch von Plattitüden als ernst zu nehmende Partner zu behandeln. Während das internationale System in eine von Zerfall, technologischer Disruption und institutioneller Dysfunktionalität geprägte Phase eintritt, entdecken Brüssel und Neu-Delhi ihre Gemeinsamkeiten in der Weltpolitik. In weniger als sechs Monaten untermauerte Premierminister Narendra Modi diese enger werdende Partnerschaft durch einen fünftägigen Besuch in Europa (15.–20. Mai), bei dem er vier Länder bereiste (die Niederlande, Schweden, Norwegen, Italien), gefolgt von einer weiteren Reise nach Frankreich und in die Slowakei weniger als einen Monat später (14.–20. Juni), am Rande des G7-Gipfels. Dies spiegelt den Trend zu einem verstärkten Engagement über die Bereiche Handel und Einwanderung hinaus, da Verteidigungs- und strategische Fragen zunehmend zu festen Themen der Zusammenarbeit werden. Zwar waren die wirtschaftlichen Beziehungen schon immer eine treibende Kraft in den Beziehungen zwischen Indien und der EU, doch diese neuen Entwicklungen im Sicherheitsbereich verdienen eine genauere Betrachtung.

Der Präsident des Europäischen Rates, António Costa, und die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen waren die ersten führenden Repräsentanten der EU, die am 26. Januar 2026 als Ehrengäste an der Parade zum Tag der Republik in Indien teilnahmen. Die Symbolik war unmissverständlich. Am folgenden Tag, beim 16. Indien-EU-Gipfel in Neu-Delhi, schlossen beide Seiten nach fast zwei Jahrzehnten Vorbereitung ein Freihandelsabkommen (FTA) sowie eine Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft (SDP). Zwar dominierte das FTA als „Mutter aller Deals“¹ (von der Leyen) die Schlagzeilen, aber auch die SDP war ein historischer Meilenstein. Doch hinter der triumphalen Rhetorik kam eine traurige Wahrheit zum Vorschein: Dieser Meilenstein verdankte sich nicht einem wiedererstarkten Vertrauen in die Globalisierung, sondern vielmehr ihrer Rückabwicklung. Unter dem Druck dreier zusammenwirkender Belastungen – US-Präsident Trumps Zolloffensive, Chinas zunehmende Einflussnahme und Russlands Krieg in der Ukraine – waren Brüssel und Neu-Delhi letztlich dazu gezwungen, einander ohne den Austausch von Plattitüden als ernst zu nehmende Partner zu behandeln. Während das internationale System in eine von Zerfall, technologischer Disruption und institutioneller Dysfunktionalität geprägte Phase eintritt, entdecken Brüssel und Neu-Delhi ihre Gemeinsamkeiten in der Weltpolitik. In weniger als sechs Monaten untermauerte Premierminister Narendra Modi diese enger werdende Partnerschaft durch einen fünftägigen Besuch in Europa (15.–20. Mai), bei dem er vier Länder bereiste (die Niederlande, Schweden, Norwegen, Italien), gefolgt von einer weiteren Reise nach Frankreich und in die Slowakei weniger als einen Monat später (14.–20. Juni), am Rande des G7-Gipfels. Dies spiegelt den Trend zu einem verstärkten Engagement² über die Bereiche Handel und Einwanderung hinaus, da Verteidigungs- und strategische Fragen zunehmend zu regulären Themen der Zusammenarbeit werden; ein langjähriger Beobachter benannte neben dem Handel wichtige Fortschritte in den drei Bereichen „Technologie, grünes Wachstum, Verteidigung“³. Zwar waren die wirtschaftlichen Beziehungen schon immer eine treiben-

de Kraft in den Beziehungen zwischen Indien und der EU, doch diese neuen Entwicklungen im Sicherheitsbereich verdienen eine genauere Betrachtung.

Europa und Indien: Geschichte, Politik und Zukunftsaussichten

Europa (aus Gründen des Umfangs hier mit der EU gleichgesetzt) und Indien haben einen gemeinsamen Hintergrund als Großmächte mit erheblichem wirtschaftlichen, diplomatischen und normativen Einfluss; dennoch besitzt keine der beiden Seiten die umfassenden Fähigkeiten einer Supermacht wie die USA und China. Dies wirkt sich auf die Logik hinter der entstehenden Partnerschaft zwischen der EU und Indien aus und bestimmt zugleich ihre Grenzen. Die wachsenden Spannungen in den Beziehungen mit den USA und das abnehmende Interesse Amerikas, als ultimativer Garant der internationalen regelbasierten Ordnung aufzutreten, haben für Europa und Indien Unsicherheiten geschaffen. Zunehmend schwierige Beziehungen mit Washington in einer Reihe von Bereichen – Handel, Technologieregulierung, Industriepolitik – in Kombination mit unterschiedlichen Ansätzen gegenüber China und Russland haben beide Akteure dazu veranlasst, ihre externen Partnerschaften zu diversifizieren. Im Kern reflektiert die derzeitige Entwicklung der Beziehungen zwischen der EU und Indien eine umfassendere Veränderung der globalen Ordnung. Diese kann als die jüngste Manifestation einer „Konvergenz der mittleren Mächte“⁴ interpretiert werden, da Mittelmächte angesichts der von den Großmächten erzeugten Instabilität nach Zusammenarbeit mit Gleichgesinnten streben. Der kanadische Premierminister Mark Carney bezeichnete in seiner Rede im Januar 2026 in Davos⁵ Europa als strategischen Partner in der Rolle einer strategischen „Mittelmacht“, der bei der Bewältigung globaler Instabilität helfen könne, und machte dieses Konzept bekannt; dies ist auch für die Beziehungen zwischen der EU und Indien relevant, obwohl beide aufgrund ihrer Größe, ihres wirtschaftlichen Gewichts und ihres politischen Einflusses genuine Großmächte sind, selbst wenn sie ande-

rerseits nicht über die militärischen oder geopolitischen Machtprojektionsfähigkeiten einer Supermacht verfügen.

Die EU und Indien streben nach Multipolarität anstatt nach einer bipolaren Konfrontation. Sie erkennen an, dass der Machtverlust der USA das internationale System destabilisieren könnte, und stehen einer übermäßigen Abhängigkeit von den USA dennoch skeptisch gegenüber. Beide unterstützen grundsätzlich die regelbasierte Ordnung – ungeachtet

Im Kern reflektiert die derzeitige Entwicklung der Beziehungen zwischen der EU und Indien eine umfassendere Veränderung der globalen Ordnung

unterschiedlicher Interpretationen von Souveränität und strategischer Autonomie – und suchen zuverlässige Partner, die in der Lage sind, auch ohne verpflichtende Angleichung den Wettbewerb zwischen den Supermächten auszugleichen. In den Bereichen neue Technologien, strategische Innovation und Klimawandel ist diese Konvergenz besonders deutlich. Initiativen wie globale KI-Gipfel und Digital-Governance-Foren offenbaren ein wachsendes Bewusstsein bezüglich neuer Technologien, gemeinsamer Standards und Daten-Ökosystemen. Hier ergeben sich potenzielle Synergien zwischen der regulatorischen Expertise Europas und der digitalen Reichweite Indiens, wobei die EU nach vertrauenswürdigen Technologiepartnern außerhalb der USA und Chinas sucht und Indien bestrebt ist, technologische Abhängigkeiten zu vermeiden. In der Vergangenheit kam die Zusammenarbeit zwischen Indien und der EU kaum über reine Absichtserklärungen hinaus; auf beiden Seiten fehlte die Dringlichkeit. Europa betrachtete Indien hauptsächlich unter wirtschaftlichen oder entwicklungspolitischen Gesichtspunkten und nicht als wichtigen geopolitischen Partner. Für Indien erschien die EU trotz bestimmter bilateraler Synergien mit großen europäischen Staaten (etwa Frankreich und Deutschland) fragmentiert, überreguliert und im Vergleich zu Beziehungen mit Großstaaten wie den USA

und Russland zweitrangig. Bisher bestand die Herausforderung darin, gemeinsame Interessen in konkrete Politik und abgestimmte Maßnahmen zu übertragen. Die konsensbestimmte Multilevel-Governance der EU und ihr Schwerpunkt auf Menschenrechten, Nachhaltigkeit und regulatorischen Standards standen in Konflikt mit Indiens zentralisierter Außenpolitik und seinen Prioritäten auf Entwicklung und Souveränität. Die Rückabwicklung der Globalisierung, der Einsatz von wirtschaftlichen Abhängigkeiten als Waffe und die Intensivierung des Konkurrenzkampfes zwischen den USA und China beschränken zusammen den geopolitischen Raum für Mittel- und Großmächte gleichermaßen. Trotz diverser Hindernisse und institutioneller Asymmetrie lässt dies eine tiefgreifende Kooperation zwischen der EU und Indien folgerichtig erscheinen.

Die Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft: Licht am Ende des Tunnels?

Weder Europa noch Indien können die sich wandelnde internationale Ordnung im Alleingang gestalten, aber indem sie ihre komplementären Potenziale erschließen, begünstigen

Weder Europa noch Indien können die sich wandelnde internationale Ordnung im Alleingang gestalten, aber indem sie ihre komplementären Potenziale erschließen, begünstigen sie die entstehende Synergie

sie die entstehende Synergie. Wenn Europa Kapital, technologische Fähigkeiten, institutionelle Steuerung und Marktzugang beisteuert, dann bietet Indien demografische Größe, geopolitische Reichweite, militärische Kapazitäten und politische Legitimität im gesamten Globalen Süden. Dementsprechend müssen Neu-Delhi und Brüssel dem Prinzip der themenbezogenen Diversifizierung von Partnerschaften als strategische Notwendigkeit treu bleiben, geduldig bestimmte Aspekte der bestehenden regelbasierten Ordnung bewahren und sie zugleich so anpassen, dass die neuen Realitäten

darin zum Ausdruck kommen. Außerdem müssen sie erkennen, dass die Partnerschaft über Handelsabkommen und diplomatische Symbolik hinausgehen kann, um erfolgreich einen neuen Weg jenseits der US-amerikanischen und chinesischen Konfliktlogiken einzuschlagen. Unter Berücksichtigung dieser Tatsachen gewinnt die von der Hohen Vertreterin der EU Kaja Kallas und Indiens Außenminister S. Jaishankar unterzeichnete Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft an Bedeutung. Es ist das erste übergreifende Sicherheitskonzept zwischen der EU und Indien und umfasst die Zusammenarbeit in den Bereichen maritime Sicherheit, Cyber- und hybride Bedrohungen, Terrorismusbekämpfung, Weltraumsicherheit, Rüstungsindustrie und -technologie und künstliche Intelligenz. Es institutionalisiert auch einen jährlichen Sicherheits- und Verteidigungsdialo g auf Ministerebene zwischen der EU und Indien und schafft thematische Arbeitsgruppen, um die Beziehungen jenseits von Gipfelbekenntnissen auf Arbeitsebene zu verstetigen. Durch die Vereinbarung wird die Kooperation über traditionelle Eckpunkte hinaus signifikant erweitert. Zwar wird noch über den exakten Implementierungsmechanismus verhandelt und viele Aspekte werden sich schrittweise entwickeln, aber die Vereinbarung deckt mehrere strategisch wichtige Dimensionen ab, die nicht zu unterschätzen sind. Ausschlaggebend sind drei Kernbereiche, die den Informationsaustausch, die engere rüstungsindustrielle Abstimmung und die maritime Sicherheit fördern. Diese sind von Bedeutung, da noch vor einem knappen Jahrzehnt Konvergenzen⁶ im Sicherheitsbereich undenkbar waren, obwohl es in einigen strategischen Bereichen bereits eine begrenzte Zusammenarbeit gab.

Das Geheimschutzabkommen (SoIA) legt einen rechtsverbindlichen, klassifizierten Rahmen für Informationsaustausch fest; durch diese formale Bestätigung gegenseitigen Vertrauens werden der Zugang zu Gefahreneinschätzungen, Technologietransfer und nachrichtendienstliche Zusammenarbeit ermöglicht. Dies bildet den gesetzlichen Rahmen für offiziellen Austausch und signalisiert eine erste vorsichtige, aber dennoch bedeutsame Institutionalisierung von strategischem Vertrauen

in den Bereichen Cyberbedrohungen, Terrorismusbekämpfung, hybride Kriegsführung und kritische Infrastruktur. Gleichmaßen bildet maritime Sicherheit ein entscheidendes Merkmal der Partnerschaft; dahinter stehen konvergierende Interessen im wesentlichen geopolitischen Spannungsfeld Indopazifik. Die EU strebt danach, die indopazifischen Seewege, die die Grundlage für ihren Wohlstand bilden, zu sichern, und institutionalisiert ihre Präsenz als Sicherheitsakteur in der Region durch einen glaubwürdigen regionalen Partner wie Indien. Unterdessen nutzt Indien das Engagement der europäischen Seestreitkräfte als ergänzendes Gegengewicht zu Chinas expansiven maritimen Ambitionen. Die praktische Umsetzung – gemeinsame Übungen, Hafenbesuche, Austausch von nachrichtendienstlichen Informationen und Koordination bei der Pirateriebekämpfung – vertieft die Kooperation, indem sie auf etablierte Strukturen und bestehende Praktiken im Westen des Indischen Ozeans und im Golf von Aden aufbaut. Entscheidend ist, dass Indien aufgrund seiner geografischen Lage im Indischen Ozean einen unverzichtbaren Dreh- und Angelpunkt jeder glaubwürdigen europäischen Indopazifik-Strategie bildet; das Partnerschaftsabkommen geht damit über eine bilaterale marine Vereinbarung hinaus und sichert die umfassendere globale Rolle Europas strukturell ab. In der rüstungsindustriellen Dimension der Partnerschaft kommt zudem eine bewusste Konvergenz komplementärer Ziele zum Ausdruck. Europas Bestreben, Lieferkettenabhängigkeiten zu reduzieren, verzahnt sich mit Indiens „Make in India“-Agenda zur Ergänzung seiner technologisch-industriellen Basis. Das Indien-EU-Rüstungsindustrie-Forum bringt Indien auf den Weg einer echten partnerschaftlichen Entwicklungspolitik, deckt sich mit Indiens Initiative *Aatmanirbhar Bharat* („Unabhängiges Indien“) und ermöglicht dem Land den Zugang zum 150-Milliarden-Euro-Finanzierungsinstrument SAFE der EU für den Verteidigungsbereich. Durch Kombination europäischer Technologiekompetenz mit Indiens Größe schafft die Partnerschaft Bedingungen für wichtige Joint Ventures und einen Technologietransfer, der potenziell Lieferantenbeziehungen neu strukturieren könnte. Die Bedeutung geht über

bilaterale Gewinne hinaus, da eine Ausweitung der Zusammenarbeit die Abhängigkeit von externen Lieferanten – den USA auf der einen und Russland auf der anderen Seite – verringern und den globalen Handel mit Rüstungsgütern langfristig neu strukturieren kann.

Ebenso bedeutsam ist die ausdrückliche Einbeziehung von KI-Regulierung und Technologiesicherheit. Dies spiegelt die gemeinsame Erkenntnis wider, dass sich der geopolitische Wettbewerb grundlegend über konventionelle

Indien bildet aufgrund seiner geografischen Lage im Indischen Ozean einen unverzichtbaren Dreh- und Angelpunkt jeder glaubwürdigen europäischen Indopazifik-Strategie

militärische Bereiche hinaus auf digitale Infrastruktur, Halbleiter-Lieferketten, Daten-Governance und die Festlegung von Standards im Bereich neuer Technologien ausgeweitet hat. Beide Seiten sind sich bewusst, dass der normative Einfluss auf KI und Rahmenwerke zu kritischen Technologien eine entscheidende Achse zukünftiger Macht sein wird. Es geht bei dieser Dimension um mehr als einen technischen Anhang, sondern um eine strategische Wette auf die Zukunft – dies rückt das Partnerschaftsabkommen an die Schnittstelle zwischen „harter“ Sicherheit und dem sich abzeichnenden Wettstreit um technologische Souveränität. Darüber hinaus dient es einem breiter gesteckten politischen Ziel: der Institutionalisierung des strategischen Dialogs zwischen Brüssel und Neu-Delhi. Dies beinhaltet regelmäßige Konsultationen zu den Themen regionale Krisen, Sicherheit im Indopazifik, Global-Governance-Reform und Resilienz gegen wirtschaftlichen Zwang. Damit werden nicht nur die zunehmende Synergie und das gegenseitige Verständnis zwischen beiden Parteien, sondern auch ihr Interesse an der Ausweitung und Nachhaltigkeit dieser Beziehung betont – trotz entscheidender Differenzen und unterschiedlicher Prioritäten bezüglich Handelsbedingungen sowie der Rolle Russlands und Chinas. Diese veränderte strategische Ausrichtung ist nicht über Nacht und aus dem Nichts entstanden. Mit Blick auf äußere Erschütterungen

– Corona-Pandemie, Störungen in den Lieferketten, Instrumentalisierung von Energie und Handel sowie zunehmende Spannungen mit China – und Befürchtungen bezüglich einer instabilen Allianz mit den USA strebt die Europäische Union nach strategischer Autonomie und diversifiziert ihre globalen Partnerschaften, um so ihre Widerstandsfähigkeit zu stärken, obwohl die transatlantischen Beziehungen für die Sicherheit Europas nach wie vor von zentraler Bedeutung sind⁷.

Dementsprechend beruht Indiens Attraktivität für Europa auf einer seltenen Kombination: einer schnell wachsenden demokratischen Wirtschaft mit beachtlicher militärischer, nu-

prägt. Dies stärkt unmittelbar Indiens Position, dass „der Weg zu einer multipolaren Welt, wie sie von der EU angestrebt wird, nur über ein multipolares Asien führt“⁸ – im Gegensatz zu Chinas Ziel, ein unipolares Asien und eine bipolare Welt zu schaffen. Die Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft befürwortet diesen Status, generiert „eine Logik ko-strategischer Autonomie“⁹ und stellt eine bedeutsame Absicherung gegen die Abhängigkeit von einer einzigen Supermacht dar. Dementsprechend erstreckt sich die Beziehung über Fragen der Wirtschaft und Einwanderung hinaus in sensible Bereiche wie die Zusammenarbeit zwischen zahlreichen europäischen Ländern und Indien in den Bereichen Verteidigung, Austausch von Geheimdienstinformationen und strategische Dual-Use-Technologien. Qualitativ werden die Beziehungen zwischen der EU und Indien dadurch auf ein neues Level gehoben – ein Wendepunkt, dessen Auswirkungen noch nicht absehbar sind.

Die Partnerschaft zwischen der EU und Indien ruht trotz absolut gegensätzlicher Weltanschauungen, strategischer Kulturen und historischer Zusammenhänge zunehmend auf einem Fundament gemeinsamer Interessen

klar hinterlegter Schlagkraft, einem starken Einfluss im Globalen Süden und vor allem – im Gegensatz zu China und Russland – der fehlenden systemischen Rivalität. Das macht Indien zu einem glaubwürdigen Partner bei den Bemühungen um eine multipolare Ordnung. Für Indien dient die Partnerschaft seinem seit Langem verfolgten Konzept der strategischen Autonomie und Mehrfach-Kooperation (*multi-alignment*). Neben der Kooperation mit den USA im indopazifischen Raum, verbleibenden verteidigungspolitischen Bindungen zu Russland und der Führung im Globalen Süden dient Europa als zusätzliche, aber unerlässliche Stütze. Es liefert konkreten strategischen Mehrwert durch Zugang zu Spitzentechnologie, Investitionen und Märkten und eine regulatorische Partnerschaft; für Indiens Ziel, ein führender Global Player zu werden, ist all dies entscheidend. Weniger quantifizierbar, aber ebenso signifikant ist der Gewinn an Legitimität. Engere institutionelle Beziehungen zu großen europäischen Partnern stärken Neu-Delhis Bestrebungen nach Anerkennung, nicht nur als regionales Schwergewicht in Asien, sondern auch als globale Macht, die Normen und Praktiken über die unmittelbare Nachbarschaft hinaus

Unterschiedliche strategische Kulturen, Implementierungsrisiken und gegenseitige (Fehl-)Wahrnehmungen

Die Partnerschaft zwischen der EU und Indien ruht trotz absolut gegensätzlicher Weltanschauungen, strategischer Kulturen und historischer Zusammenhänge zunehmend auf einem Fundament gemeinsamer Interessen. Aus Sicht von Brüssel bietet Indien Lösungen für eine strukturelle Verwundbarkeit an, die nicht länger auf die lange Bank geschoben werden kann: die extreme Abhängigkeit von China bei kritischen Lieferketten (seltene Erden, Pharmazeutika, Halbleiter) in einer Zeit, in der gegenseitige Abhängigkeiten als Druckmittel eingesetzt werden und geopolitische Risiken bestehen. Indiens Größe, seine Demokratie und seine industriellen Ambitionen verschaffen dem Land eine einzigartige Position als Partner. Wirtschaftlich bietet das Freihandelsabkommen vorrangigen Zugang zu fast dem gesamten bilateralen Handelsvolumen und zielt auf eine Verdoppelung des Warenhandels bis 2032 ab. Strategisch verschafft es Europa einen glaubwürdigen Anker im indopazifischen Raum; ein Land, das weder

Kunde noch Konkurrent ist, sondern den „Mittelweg“¹⁰ zwischen der Unberechenbarkeit der USA und der Einflussnahme Chinas darstellt. Für Neu-Delhi wiederum haben Straßzölle und die Bereitschaft der USA, Handelsbeziehungen als geopolitisches Druckmittel einzusetzen, die Kosten einer unzureichenden Diversifizierung vor Augen geführt, sodass ein bevorzugter Marktzugang zur EU sowohl wirtschaftlich als auch strategisch unerlässlich geworden ist. Die Sicherheitspartnerschaft fügt durch beschleunigten Zugang zu europäischer Verteidigungstechnologie und Vereinbarungen zu gemeinsamer Produktion eine weitere Ebene hinzu. Sie fügt sich hervorragend in Indiens Bemühungen ein, seine historische Abhängigkeit von russischen Rüstungsgütern zu verringern und zugleich bestehende Beziehungen (etwa zu Frankreich mit Blick auf Rafale-Jets und Scorpène-U-Boote) auszubauen. Dennoch stellte das European Policy Centre¹¹ fest: „Eine der entscheidenden Herausforderungen der Partnerschaft wird die Erwartung der EU sein, dass Indien sich von Moskau distanziert.“ Russland hat Indien in der Kaschmir-Frage fünf Jahrzehnte lang im UN-Sicherheitsrat unterstützt; bis heute ist dies ein strategischer Mehrwert, den Neu-Delhi nicht der Anerkennung durch Europa opfern wird. Beiden Seiten gelang es jedoch, diese Differenzen durch eine sorgfältig gewählte Formulierung in einer gemeinsamen Erklärung zu überbrücken, in der eine „regelbasierte internationale Ordnung mit der UNO als Kernstück“ betont und die Initiative „Towards 2030: India–EU Joint Comprehensive Strategic Agenda“ zur weiteren Vertiefung der Beziehungen ins Leben gerufen wurde¹².

Europa betrachtet die Geopolitik aus einer ganz eigenen historischen und institutionellen Perspektive, die durch die europäische Integration, Multilateralismus und die Bewahrung einer regelbasierten Ordnung geprägt ist. Die russische Invasion in der Ukraine veränderte diese Annahmen grundlegend und führte dazu, dass harte Sicherheitsüberlegungen von einer Nebensache zu einer zentralen Priorität geworden sind. Der Krieg ist kein regionaler Konflikt, sondern stellt die Prinzipien der territorialen Souveränität und der politischen Unabhängigkeit sowie die Sicherheitsarchitektur

Europas nach 1945 unmittelbar infrage. Dies hat Europa dazu gezwungen, seinen Status als wirtschaftliche Supermacht anzuerkennen, die als Sicherheitsakteur jedoch nachhaltigen Einschränkungen unterliegt. In der Folge legt die EU vermehrt Wert auf Abschreckung, Resilienz, rüstungsindustrielle Kapazitäten und Sicherheitskooperation zwischen den Mitgliedstaaten – allerdings mit gemischten Resultaten. Der Konflikt hat einen fundamentalen Widerspruch enthüllt: Obwohl die EU über ein beachtliches wirtschaftliches Gewicht, regulatorischen Einfluss und diplomatische Reichweite verfügt, wurde zugleich ihre tiefe Abhängigkeit von den USA bezüglich glaubwürdiger Sicherheitsgarantien deutlich. Das hat zu der unbequemen Erkenntnis geführt, dass Europa trotz seiner Ambitionen, ein Global Player zu sein, die militärischen Fähigkeiten und Entscheidungsfindungsstrukturen fehlen, um autonom zu handeln. Zugleich ist Indiens Position des *multi-alignment* tatsächlich der Nachfolger der Blockfreiheit im 21. Jahrhundert. Sie ist keineswegs bloße Rhetorik, sondern Ausdruck einer tiefen Überzeugung, die durch den Ausschluss

Die Autoren

Dr. Shounak Set, FHEA, ist Research Fellow im Südasien-Programm der S. Rajaratnam School of International Studies (RSIS) an der Nanyang Technological University in Singapur. Er promovierte im Fach Internationale Beziehungen am King's College London (KCL). Außerdem hat er einen MPhil in Diplomatie und Abrüstungsstudien von der Jawaharlal Nehru University in Neu-Delhi. Shounak Set befasst sich mit der Wechselwirkung zwischen Technologie, Strategie und Geopolitik, wobei sein Forschungsschwerpunkt auf Südasien und dem indopazifischen Raum liegt. Bevor er zur RSIS kam, war er Dozent für Verteidigungsstudien am KCL und an der UK Defence Academy. Er hat im Rahmen der militärischen Fortbildung am Royal College of Defence Studies (RCDS) und am Joint Services Command & Staff College in Shrivenham unterrichtet.



Dr. Ben Kienzle ist Reader (etwa vergleichbar mit einem außerplanmäßigen Professor) für Sicherheitskooperation an der School of Security Studies des King's College London. Von 2020 bis 2025 war er als Direktor für akademische Studien und akademischer Berater des Kommandanten am Royal College of Defence Studies (RCDS) tätig. Er promovierte (summa cum laude) in Internationalen Beziehungen an der Universität Autònoma de Barcelona (2010) und erwarb einen Master-Abschluss mit Auszeichnung in Friedens- und Konfliktforschung an der University of Ulster (2003).



des Globalen Südens nach dem Zweiten Weltkrieg bestärkt und immer dann bestätigt wurde, wenn Großmächte selektiv „regelbasierte“ Rahmenwerke implementierten. Von Bedeutung ist dabei, dass themenbezogene minilaterale Formate und Gipfeldiplomatie Wege für konkrete Partnerschaften ebnen können, wie der 3. India-Nordic Summit (19. Mai 2026) zeigte, auf dem trotz unterschiedlicher Auffassungen der nordischen Staaten und Indiens zu Russland Vereinbarungen zu maritimer Sicherheit, Verteidigungszusammenarbeit, KI und Welt- raum getroffen wurden.¹³

Hinter diesen offensichtlichen taktischen Gemeinsamkeiten verbirgt sich eine tiefgreifendere strukturelle Symmetrie: Sowohl die EU als auch Indien nehmen in der sich abzeichnenden globalen Hierarchie eine vergleichbare Position ein – sie sind Großmächte von enormem Gewicht und Potenzial, jedoch ohne die Dominanz einer Supermacht und stehen vor strukturell ähnlichen (wenn auch nicht identischen) Herausforderungen. Die herausfordernde Situation, die beiden gemeinsam ist, bildet die Grundlage für eine natürliche strategische Affinität, die durch echte Komplementarität von Interessen und Stärken untermauert wird. Sowohl die EU als auch Indien empfinden die chinesisch-amerikanische Bipolarität als problematisch, plädieren für Multipolarität und halten zugleich sorgfältig ihre Beziehung mit Washington aufrecht, mit dem Ziel, die regelbasierte Ordnung zu bewahren. Europa bringt Technologie, Kapital, institutionelle Tiefe und Regulierungskapazitäten ein, während Indien demografische Größe, Hard Power, Reichweite im indopazifischen Raum und unerreichten Einfluss im Globalen Süden beiträgt. Eine gemeinsame, wenn auch nicht perfekte demokratische Identität bildet die übergeordnete Ebene – zwei pluralistische Systeme, die versuchen, Souveränität und externes Engagement in einer zerfallenden globalen Ordnung mit Großmachtkonkurrenz, technologischen Umwälzungen und wirtschaftlichem Zwang in Einklang zu bringen. Damit hängt die Zukunft der Beziehungen zwischen der EU und Indien davon ab, dass ein Übergang von rein transaktionalen Beziehungen zu echten strategischen Kooperationen stattfindet. Die noch aufschlussreichere Frage

lautet, ob eine Vertiefung der Beziehungen unbedingt eine Angleichung erfordert. Die im Aufbau befindliche institutionelle Architektur – das Rüstungsindustrie-Forum, das Rahmenwerk des Informationssicherheitsabkommens, jährliche Dialogformate – erzeugt ein selbst-erhaltendes institutionelles und politisches Moment. Diese neuartige Form der „modularen Partnerschaft“ konzentriert die Kooperation auf Bereiche echter Konvergenz (maritime Sicherheit, kritische Mineralien, Cybersicherheit, Rüstungsindustrie), während Meinungsverschiedenheiten (Russland und China) konstruktiv gehandhabt werden. Sie baut nicht darauf auf, „Meinungsverschiedenheiten zu leugnen, sondern die Partnerschaft so zu gestalten, dass sie im Bereich sich überschneidender Interessen funktioniert und auch dort tragfähig bleibt, wo dies nicht der Fall ist“¹⁴. Dies kann sehr wohl ein tragfähiges Modell für konkrete Partnerschaften sein, die über herkömmliche Bündnispolitik hinausgehen und zwischen Großmächten bestehen, die ihre strategische Autonomie wahrnehmen.

Schlussbemerkungen: Stabilität durch das Management von Differenzen

Innerhalb eines Monats nach dem Abschluss des EU-Indien-Freihandelsabkommens und der Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft empfing Neu-Delhi nacheinander den deutschen Bundeskanzler Merz (12.–13. Januar), den französischen Präsidenten Macron (17.–19. Februar) und den slowakischen Präsidenten Pellegrini (17.–20. Februar), was zu einer Reihe bedeutender bilateraler Fortschritte in wirtschaftlichen, technologischen und strategischen Fragen führte. Offensichtlich handelt es sich hierbei nicht um vereinzelte Trends, da die Zusammenarbeit weiter ausgebaut wird. Die neueste Entwicklung ist eine „Umfassende Partnerschaft“ (15. Juni) zwischen der Slowakei und Indien, die Zusammenarbeit bei der Verteidigung, neuen Technologien und im zivilen nuklearen Sektor umfasst¹⁵. Die stärker werdende Partnerschaft zwischen der EU und Indien ist ein Produkt der sich entfaltenden globalen (Un-)Ordnung und stellt ein Echtzeit-Experi-

ment in pragmatischer multipolarer Kooperation dar. Es geht um eine flexible Partnerschaft zwischen zwei völlig unterschiedlichen Akteuren, die sich in einer Zeit der Machtverschiebungen und des Großmachtwettbewerbs ihrer gemeinsamen Bestrebungen und Fähigkeiten versichern. Daher liegt die Bedeutung dieses Moments mehr, als es die traditionellen Prämissen der Internationalen Beziehungen vermuten lassen, in dem Abkommen selbst. Es handelt sich weder um den Beginn einer unerschütterlichen Allianz noch um banale diplomatische Symbolik, sondern um eine interessantere historische Entwicklung: Zwei große, komplexe multikulturelle demokratische Kulturen mit einer völlig unterschiedlichen Geschichte und Bedrohungslagen entscheiden sich für eine strukturierte Zusammenarbeit anstatt für bequeme Distanz – gerade weil die Welt für beide zu unberechenbar geworden ist, um allein darin zu bestehen. Die Entwicklung dieser Partnerschaft trotz eines gegensätzlichen institutionellen und historischen Erbes (transatlantische Zusammenarbeit und die Entstehung der EU einerseits, die Bewegung der Blockfreien Staaten andererseits) sowie fehlender gemeinsamer Bedrohungswahrnehmungen (Europas Angst vor russischer Subversion; Indiens Besorgnis über chinesische Übergriffe im Himalaja und im Indischen Ozean) verdient Aufmerksamkeit. Vielleicht ist es eine schwierigere, langsamere und anspruchsvollere Form der Annäherung als eine herkömmliche Allianz. Doch in dieser sich entwickelnden multipolaren Welt, die eher von Wechselfällen als von unverbrüchlichen Überzeugungen geprägt ist, haben sich Brüssel und Neu-Delhi damit möglicherweise auf einen Weg begeben, der nicht nur erfrischend ehrlich ist, sondern potenziell zu mehr Resilienz führt.

1 Europäische Kommission (2026): „Statement by President Von Der Leyen With President Costa and Indian Prime Minister Modi.“ 27. Januar. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/api/files/document/print/en/statement_26_210/STATEMENT_26_210_EN.pdf (Stand: 13. Juni 2026).

2 Kulkarni, Nihar (2026). „India’s Expanding Strategic Engagement With Europe.“ Boym Institute, 25. Mai. <https://instytutboyma.org/en/indias-expanding-strategic-engagement-with-europe/> (Stand: 8. Juni 2026).

3 Sachdeva, Gulshan (2026): Technology, green growth, defence: Key highlights of PM Modi’s Europe visit. In: The Indian Express, 3. Juni. <https://indianexpress.com/article/upsc-current-affairs/upsc-essentials/how-indias-engagement-with-europe-is-becoming-more-strategic-diversified-10722562/> (Stand: 8. Juni 2026).

4 Mohr, Christoph P. (2025): Strategic Convergence Between India and the European Union. In: The Diplomat, 14. Mai. <https://thediplomat.com/2025/05/strategic-convergence-between-india-and-the-european-union/> (Stand: 13. Juni 2026).

5 World Economic Forum (2026): Davos 2026: Special Address by Mark Carney, Prime Minister of Canada. In: World Economic Forum, Januar 20. <https://www.weforum.org/stories/2026/01/davos-2026-special-address-by-mark-carney-prime-minister-of-canada/> (Stand: 20. Juni 2026).

6 Klossek, Lara/Set, Shounak/Lukaszuk, Tomasz (2020): Breaking Glass Ceiling? Mapping EU-India Security Cooperation. In: ORF Issue Brief Nr. 410, Oktober 2020. <https://www.orfonline.org/research/breaking-glass-ceiling-mapping-eu-india-security-cooperation> (Stand: 13. Juni 2026).

7 Transatlantic Task Force, “Europe at the Crossroads: Navigating Political and Economic Turbulence Amid Trump’s Return.” Beyond the Horizon ISSG, 24. März 2025. <https://behorizon.org/europe-at-the-crossroads-navigating-political-and-economic-turbulence-amid-trumps-return/> (Stand: 13. Juni 2026).

8 “Concluding Remarks by External Affairs Minister, Dr. S. Jaishankar at the EU-Indo-Pacific Ministerial | Ministry of External Affairs, Government of India,” 13. Mai 2023. <https://www.mea.gov.in/Speeches-Statements?dtl/36548> (Stand: 13. Juni 2026).

9 Bamberger, Chloé (2026): EU-India Launch First-Ever Security and Defence Partnership. In: European Relations, February 1. <https://europeanrelations.com/briefing/eu-india-launch-first-ever-security-and-defence-partnership/> (Stand: 13. Juni 2026).

10 Peri, Dinakar (2026): The EU and India in Tandem. In: Strategic Europe (Carnegie Endowment for International Peace), January 22. <https://carnegieendowment.org/europe/strategic-europe/2026/01/the-eu-and-india-in-tandem> (Stand: 13. Juni 2026).

11 Bamberger, Chloé (2026), siehe Endnote 9.

12 Europäische Kommission (2026): EU-India Joint Statement on the State Visit of H.E. Mr. Antonio Costa, President of the European Council, and H.E. Ms. Ursula von der Leyen, President of the European Commission, to India, and the 16th EU-India Summit (25–27 Januar 2026). 27. Januar. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/statement_26_225 (Stand: 23. Juni 2026).

13 Ministry of External Affairs, Government of India (2026): Joint Statement: 3rd India-Nordic Summit. 19. Mai. https://www.mea.gov.in/outgoing-visit-detail?41190/joint_statement_3rd_india_nordic_summit_may_19_2026 (Stand: 13. Juni 2026).

14 Bomassi, Lizza (2026): Living with Friction: Three Anchors of the EU-India Partnership. In: European Union Institute for Security Studies (EUISS), 26. Januar. <https://www.iss.europa.eu/publications/briefs/living-friction-three-anchors-eu-india-partnership> (Stand: 13. Juni 2026).

15 “India-Slovakia Joint Statement,” 15. Juni. <https://www.pib.gov.in/PressReleasePage.aspx?PRID=2273091®=3&lang=1> (Stand: 19. Juni 2026).

DOI: 10.48701/opus4-945

This work is licensed under CC BY-NC-ND 4.0. To view a copy of this license, visit <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/>

Die gesamte Ausgabe „Europas Sicherheit im Wandel der Weltordnung“ finden Sie hier: <https://www.ethikundmilitaer.de/ausgabe/01-2026/overview>

„ICH HALTE ES FÜR DEN KLÜGEREN ANSATZ, MIT STRATEGISCHER GEDULD ZU REAGIEREN“

Die sogenannte russische Schattenflotte besteht Schätzungen zufolge aus mehreren hundert oder sogar über tausend oft älteren Tankern, mit deren Hilfe Russland westliche Sanktionen zu umgehen versucht. Seit einigen mutmaßlichen Sabotage- und Spionagevorfällen in den vergangenen Jahren wird auch verstärkt über die Bedrohung diskutiert, die von ihr ausgeht. „Ethik und Militär“ hat mit einem militärischen Experten über das Thema gesprochen.

Herr Fregattenkapitän Adrians, was genau versteht man unter der russischen Schattenflotte?

Von russischer „Schattenflotte“ zu sprechen, ist irreführend: Auch wenn sich der Begriff hierzulande wie international etabliert hat, darf nicht davon ausgegangen werden, es handele sich um einen organisierten Schiffsverband. Vielmehr wird mit „Schattenflotte“ das Phänomen von Seetransport außerhalb etablierter Kontrollmechanismen beschrieben, also das Umgehen oder Missachten von zum Beispiel bestimmten Versicherungsnachweisen oder Pflichten zur Dokumentation der Ladung. So etwas hat es schon gegeben, bevor Russland systematisch dazu übergegangen ist, für den Export von Öl Tanker zu nutzen, die nicht internationalen Sicherheits- und Umweltnormen entsprechen sowie deren Eigentums- und Registrierungs- beziehungsweise Flaggenstatus oft und wahrscheinlich bewusst undurchsichtig ist.

Das mag alles kompliziert klingen – ist es auch! Allerdings handelt es sich um kein neues Phänomen: Bis 2022 wurden „Schattenflotten“ – im Englischen auch „grey fleets“ oder „dark fleets“ genannt – vor allem mit Staaten im Globalen Süden assoziiert, etwa mit dem Iran und mit Venezuela. In vielen Staaten Europas fand das Phänomen hingegen wenig Beachtung.

Warum ist diese Flotte aber gerade für Russland politisch und wirtschaftlich so wichtig?

Dass Russland nun in besonderem Maße auf alternativen Seetransport zurückgreift, liegt daran, dass es nur auf diese Weise große Mengen Öl gewinnbringend exportieren kann. Denn in-

folge des Überfalls auf die Ukraine im Februar 2022 führten westliche Staaten im Dezember 2022 eine sogenannte Preisobergrenze ein.¹ Das heißt, dass, wenn Russland Öl über dieser festgelegten Schwelle verkaufen und ausliefern möchte, westliche Unternehmen keine Transport-, Finanz- und Versicherungsdienstleistungen anbieten und bereitstellen dürfen.

Die Einführung der Preisobergrenze dient also zwei Zwecken, die auf den ersten Blick widersprüchlich erscheinen mögen:

Zum einen soll Russland geschwächt werden, damit es seinen Krieg gegen die Ukraine nicht mehr finanzieren kann. So ist die russische Volkswirtschaft mangels Diversifizierung auf Energieexporte angewiesen. Moskau hat vor Jahrzehnten den strategischen Fehler gemacht, seine Verteilungsinfrastruktur auf Europa auszurichten. Seit dortige Staaten ihre Importe reduziert haben, muss Russland seine Exporte zunehmend auf weiter entfernte Märkte umlenken. Dafür benötigt es Tankschiffe.

Zum anderen soll der globale Ölmarkt nicht destabilisiert werden. Das würde passieren, gäbe es ein Embargo gegen russisches Öl. Mit der Preisobergrenze darf Russland es weiterhin legal exportieren.

Da westliche Unternehmen die verschiedenen Geschäftsfelder des Seetransports dominieren, war die Annahme, dass Russland von ihnen abhängig ist und deshalb seine Preise senken muss, um ihre Leistungen weiterhin nutzen zu können. Diese Sanktion umgeht Moskau seither durch technisch mangelhafte und oft intransparent registrierte Tanker, also Schiffe, die außerhalb etablierter Kontrollmechanismen operieren. Sie als „Schattenflotte“ zu bezeichnen, ist eine nette Metapher, greift aber zu kurz: Vielmehr sollte man sagen, dass Russland ein alternatives maritimes Dienstleistungsnetzwerk geschaffen hat, mit dem es die Preisobergrenze umgeht.

Seit wann wird die Schattenflotte nicht mehr nur als Instrument der Sanktionsumgehung, sondern auch als sicherheitspolitisches Problem wahrgenommen?

Seit Ende 2024 hat es in der Ostsee wiederholt Beschädigungen von Unterwasserinfrastruktur gegeben. Die Schiffe, die dafür verantwortlich

gemacht werden oder die tatsächlich verantwortlich waren, sind zivil und weisen Bezüge zu Russland auf. Folglich entstand im Westen die Vermutung, Russland nutze sie für strategische Sabotage, also nicht nur sozusagen zufälligen Vandalismus, sondern um einen Kontrahenten empfindlich in seiner Handlungsfähigkeit zu treffen.

Wichtig hierbei ist allerdings, dass nicht alle zivilen Schiffe, die in einem Zusammenhang mit Russland stehen, zur „Schattenflotte“ gehören beziehungsweise hinzugezählt werden dürfen. Es ist einfach, diesen Begriff in Debatten einzubringen, weil er mittlerweile geläufig ist und sich sofort ein Erklärungszusammenhang ergibt. Wie ich aber eingangs erklärt habe, handelt es sich um ein komplexes Phänomen. Deshalb mag ich den Begriff auch nicht und setze ihn, wenn ich ihn doch verwende, weil es sich eben etabliert hat, immer in Anführungszeichen.

Inwiefern lässt sich die Schattenflotte bereits als Bestandteil hybrider Kriegsführung verstehen?

Ich finde solche Fragestellungen problematisch, weil sie mehrere Annahmen suggerieren, die meines Erachtens falsch sind.

Erstens sollte man die „Schattenflotte“ Russlands als Phänomen und nicht als Organisation verstehen. Der Begriff taugt daher nicht als politisches Instrument. Allenfalls eignen sich einzelne Schiffe dafür. Und auch wenn sich dadurch ein Muster ergibt, würde ich dies als ein anderes Phänomen bezeichnen wollen. Es mag mit der „Schattenflotte“ zwar oft einhergehen, sollte mit ihr aber nicht gleichgesetzt werden.

Zweitens ist ebenfalls der Begriff „hybride Kriegsführung“ problematisch, weil es sich um ein westliches Konzept handelt. Wenn man damit versucht, russisches Verhalten zu beschreiben, macht man meiner Meinung nach einen methodischen Fehler, der zu falschen Schlussfolgerungen führen kann. So hat der Begriff im russischen Militärdiskurs weder dieselbe Bedeutung noch denselben Stellenwert wie im westlichen Militärdiskurs. Mittlerweile erscheint ja nahezu alles, was Russland gegenüber dem Westen tut oder zu tun scheint, als „hybrid“. Aber was heißt das eigentlich?! Ein komplexes

Phänomen mit einem in unserem Alltag kaum vorkommenden Fremdwort zu erklären, finde ich sprachdidaktisch schlecht.

Was man Bias-frei sagen kann, ist, dass zivile Schiffe, die mit Russland in Verbindung stehen, immer wieder Ausgangspunkt von Aktionen waren, die dazu beitrugen, dass das Unsicherheitsgefühl im Westen steigt. Dazu zählen etwa gestörte Funksignale oder der Start von Drohnen. Der Effekt – also unser Unbehagen – sowie die Fragen, ob Moskau wirklich dahintersteckt und was es letztlich erreichen will, lassen sich dem Ziel von – wie es im russischen Militärdiskurs heißt – Informationskriegsführung zuordnen, was eine technische und eine psychologische Komponente hat. Deren maritime Umsetzung ist meinem Kenntnisstand nach weiterhin nicht ausreichend erforscht. Diesen Begriff finde ich wesentlich besser als „hybride

Man sollte die „Schattenflotte“ Russlands als Phänomen und nicht als Organisation verstehen

Kriegsführung“ und er passt auch besser zum russischen Vorgehen, das mit „kontrollierter Destabilisierung“ oder „organisiertem Chaos“ beschrieben wird.

Welche Belege gibt es für Spionage-, Sabotage- oder Aufklärungsaktivitäten einzelner Schiffe? Was kann man nur vermuten?

Oft lässt sich nur belegen, dass etwas Ungewöhnliches stattgefunden hat, also nachdem ein Schaden festgestellt wurde oder man den Überflug einer Drohne niemanden zuordnen konnte. Wir werden also häufig überrascht. Etwas dagegen zu tun und die Verantwortlichen zu benennen, gestaltet sich seit jeher als schwierig, sodass Initiative und Vorteil meist bei denjenigen liegen, die eine Überraschung erfolgreich umsetzen.

In vielen Fällen können wir daher nicht zweifelsfrei sagen, dass Russland hinter einer Aktion steht. Es erscheint zwar oft plausibel und manchmal gibt es sogar Indizien, doch das sind eben keine Beweise. Diese sind aber notwendig, um einen Akteur rechtlich dingfest machen

Zur Person

Fregattenkapitän Helge Adrians ist Gastwissenschaftler bei der Stiftung Wissenschaft und Politik, wo er im Besonderen zu den russischen Seestreitkräften forscht und publiziert sowie im Allgemeinen zu Marinetheorie.

zu können, etwa diplomatisch oder völkerrechtlich.

Im Falle der Beschädigungen von Unterwasserinfrastruktur fielen die später dafür verantwortlich gemachten Schiffe unter anderem wegen ungewöhnlicher Navigation wie langsame Fahrt oder bestimmte Kurse sowie einen Bezug zu Russland auf. Bei Drohnensichtungen über Kritischer Infrastruktur wie Flughäfen, Windparks oder Kasernen stellt sich die Frage, welcher Akteur ein Interesse haben könnte, so etwas zu tun.

Warum ist gerade die Ostsee für Russland und für die NATO so sensibel?

Die Ostsee ist wie eine Einbahnstraße in einer Siedlung: Für die meisten Anrainer ist das Gewässer die einzige Verbindung zu den Ozeanen. Dementsprechend und weil die Masse des Warentransports bekanntlich mithilfe von Schiffen erfolgt, ist der Seeverkehr besonders hoch. Hinzu kommt, dass die Ostsee die Skandinavische Halbinsel von Mitteleuropa trennt sowie im Vergleich zu anderen Binnenmeeren

Ausdruck der jeweiligen Volkssouveränität, sondern als zumindest teilweise vom Westen beeinflusst und unterstützt. Russische Eliten fürchten seitdem innen- wie außenpolitischen Macht- und Kontrollverlust. Sie glauben, dagegen helfe am besten die Absicherung des geografischen Umfelds. Die Besetzung der Krim und die Unterstützung von Separatisten im Donbass 2014 sowie der Überfall auf das ganze Land 2022 werden in diesem Kontext von manchen Fachleuten als Ausdruck einer sicherheitspolitischen Eskalationslogik interpretiert, die aus einem tiefen Misstrauen gegenüber westlichen Absichten gespeist ist. In der NATO bestand die Sorge, Russland könnte gleichsam gegen andere Staaten vorgehen, zum Beispiel die baltischen.

In der Ostsee kann man nun sehen, welche Folgen die in Russland veränderte Wahrnehmung auf sich und das Ausland hat: Die geografischen Bedingungen des Binnenmeeres machen eigentlich Kooperation unter den Anrainern notwendig. Bereits ab circa 2007 hat Russland jedoch mit der Modernisierung von Streitkräften in der Ostseeregion begonnen und nicht nur defensive, sondern auch offensive Fähigkeiten aufgebaut. Ab 2014 und spätestens seit 2022 wird es nicht mehr als Partner betrachtet, woraufhin die übrigen Anrainer Abschreckung und Verteidigung gegenüber Moskau stärker betonen. Ein Sicherheitsdilemma ist entstanden. Im Westen hat das zu mehr Einigkeit geführt, wie die NATO-Beitritte Finnlands und Schwedens zeigen. Russland kann die maritime Ordnung der Ostsee hingegen nur noch durch Provokationen beeinflussen. So dürfte man im Kreml wissen, dass demokratische Gesellschaften Eskalation scheuen. Die Frage ist nur, wie weit Russland gehen wird, immerhin bleibt es vom freien Seeweg durch die Ostsee abhängig. Meines Erachtens sollten Provokationen stets im Kontext von Informationskriegsführung mit dem Ziel von gesellschaftlicher Verunsicherung gesehen werden.

Russland kann die maritime Ordnung der Ostsee nur noch durch Provokationen beeinflussen

recht schmal ist. Aufgrund dieser geografischen Verhältnisse wirken sich Vorfälle meist sofort auf mehrere Anrainerstaaten aus, zum Beispiel Störungen des Funkverkehrs.

Russland hat in der Ostseeregion schon immer den Nachteil, dass es sich am östlichen Ende befindet. Nach dem Zerfall der Sowjetunion sank die Küstenlänge nicht nur, sondern teilte sich zudem auf die Exklave Kaliningrad und die Gegend um den östlichen Teil des Finnischen Meerbusens. Diese Situation bedient die in der russischen Sicherheitsmentalität tief verankerte Sorge vor Einkreisung und Überfall.

Das Misstrauen russischer Eliten gegenüber dem Westen stieg seit der Jahrtausendwende infolge sogenannter Farbrevolutionen in verschiedenen Ländern sowie dem Arabischen Frühling. Viele, gerade in Politik und Militär, betrachten diese Veränderungen nicht primär als

Die NATO reagiert seit Anfang 2025 mit der Operation Baltic Sentry. Geht es dabei eher um Beobachtung, Abschreckung, Schutz Kritischer Infrastruktur – oder um alles zugleich? Es geht in erster Linie um den Schutz von Unterwasserinfrastruktur.² Das ist das Haupt-

ziel. Um es zu erreichen, ist Beobachtung wichtig, also der Aufbau und Erhalt eines Lagebildes. Daraus ergibt sich wiederum ein Abschreckungseffekt.

Und hat dies bereits Wirkungen gezeigt?

Die Häufigkeit schwerer Vorfälle an Unterwasserinfrastruktur hat seit Beginn dieser sogenannten „enhanced Vigilance Activity“ zwar abgenommen, dennoch sind sie nicht zum Erliegen gekommen. Abgesehen davon ist es meiner Ansicht nach derzeit noch zu früh, ein Fazit zu ziehen. Vielmehr sollten wir uns darauf einstellen, dass, solange Russland seine Außenpolitik nicht ändern wird, Überwachungsaktivitäten wie „Baltic Sentry“ bleiben werden.

Ohne in eine völkerrechtliche Detailprüfung einzusteigen: Welche Maßnahmen stehen europäischen Staaten und der NATO praktisch zur Verfügung?

In erster Linie geht es darum, ein möglichst umfangreiches Lagebild zu haben, um Anomalien schnellstmöglich zu erkennen und rechtzeitig zu reagieren. Das wird durch Sensorvernetzung und Informationsaustausch erreicht. Im internationalen Diskurs spricht man bei diesem Ansatz von „deterrence by attribution“. Damit gemeint ist, sicherheitsgefährdenden Kräften das Gefühl zu nehmen, einen Schritt voraus zu sein, beziehungsweise ihnen das Gefühl zu geben, quasi auf frischer Tat ertappt werden zu können.

Weitere Möglichkeiten sind das Anhalten und Inspizieren verdächtiger Tanker in See. Hier gibt es unter den Staaten aber unterschiedliche rechtliche Voraussetzungen und politische Bereitschaften. Das wird sich meiner Ansicht nach auch nicht so schnell ändern, kann gegenüber Russland allerdings ein Vorteil sein. So erschweren nationale Alleingänge der russischen Propaganda, den gesamten Westen zu verurteilen. Zudem besteht auch bei nationalen Alleingängen noch die Möglichkeit der Zusammenarbeit³, wie Großbritannien und Frankreich beim Stoppen und Kontrollieren von Tankern zuletzt gezeigt haben. Das heißt, dass ein Land die Aktion durchführt, während das andere beispielsweise aus der Ferne bei

Aufklärung und Überwachung unterstützt und somit nicht direkt involviert ist.

Wo liegen aus Ihrer Sicht die größten Grenzen – rechtlich, politisch oder militärisch?

Meines Erachtens besteht politisch weder in Deutschland noch im Westen Einigkeit darüber, wie ein aus unserer Sicht akzeptabler und tatsächlich erreichbarer Zustand im Umgang mit der russischen „Schattenflotte“ aussieht, sprich: Worauf arbeiten wir konkret hin? Ich

Mit „deterrence by attribution“ ist gemeint, sicherheitsgefährdenden Kräften das Gefühl zu nehmen, einen Schritt voraus zu sein, beziehungsweise ihnen das Gefühl zu geben, quasi auf frischer Tat ertappt werden zu können

hatte zu Beginn ja schon auf das vermeintliche Dilemma im Umgang mit dem russischen Öl hingewiesen. Die Preisobergrenze war eine sehr gute Idee, doch wir haben Russlands Kreativität mal wieder unterschätzt. Auf jede Maßnahme wird der Kreml wohl eine Lösung finden. Bei diesem Hin und Her kommt es dann darauf an, wer schneller ist.

Beobachten wir einen Strategiewechsel westlicher Staaten im Umgang mit der „Schattenflotte“ – etwa durch offensivere Kontrollen oder Festsetzungen einzelner Schiffe, wie in letzter Zeit zu beobachten?

Das Vorgehen von Staaten wie Frankreich, Großbritannien und Belgien außerhalb der Ostsee stellt aus meiner Sicht eine Strategieerweiterung dar. Einen kompletten Strategiewechsel, also eine signifikante Änderung des bisherigen Vorgehens, erkenne ich noch nicht. Meist wird so etwas auch immer mit etwas zeitlichem Abstand deutlich.

Zugleich sendet Russland politische und militärische Signale, die Schiffe stärker schützen zu wollen, etwa durch die Stationierung eines Zerstörers vor Fehmarn oder Eskorten. Wie interpretieren Sie diese Signale?

Russland zeigt entlang des Seewegs durch die Ostsee verstärkt Präsenz in Form von Kriegsschiffen, die jeweils bestimmte räumliche Zu-

ständigkeitsbereiche haben, innerhalb derer sie patrouillieren. Deswegen sieht man auch immer wieder welche vor beispielsweise Fehmarn. Die unterschwellige Botschaft lautet, dass es bereit ist, seine Interessen durchzusetzen und notfalls zu verteidigen. Das wirkt erstmal bedrohlich. Man muss aber beachten, dass die russische Marine hierdurch besonders strapaziert wird und sich langfristig abnutzt. Das heißt, dass Kriegsschiffe öfter in die Werft müssen. Die russische Werftindustrie hat aber seit Langem

Ob das Mitführen von Sicherheitspersonal auf Tankern westliche Staaten beeindrucken wird, wird sich in den nächsten Monaten zeigen

diverse Probleme, zum Beispiel mit Personal und Ersatzteilen. Das führt immer wieder dazu, dass Kriegsschiffe länger als ursprünglich geplant im Dock oder an der Pier bleiben und somit nicht einsatzbereit sind. Schon jetzt muss Russland Einheiten anderer Flotten in die Ostsee verlegen, um Ausfälle zu kompensieren. Es ist also eine Frage der Zeit, wie lange Russland es durchhalten kann, Tanker derart zu schützen. Hinzu kommt, dass es außerhalb der Ostsee eine solche Präsenz noch weniger aufrechterhalten kann, weil dafür notwendige große Kriegsschiffe und Versorgungsschiffe fehlen, geschweige denn Auslandsstützpunkte.

Man hört gelegentlich auch, es sei Personal von Söldnerfirmen an Bord der Tanker. Was wissen wir darüber?

Das Mitführen von Sicherheitspersonal auf Tankern ist seit einiger Zeit in Fachkreisen diskutiert worden und scheint jüngsten Medienberichten zufolge⁴ seit diesem Jahr zuzunehmen. Das liegt wahrscheinlich an den vermehrten Kontrollen sowohl in der Ostsee als auch in anderen europäischen Seegebieten. So hätten die Teams, die in der Regel weniger als zehn Personen klein seien, zwei wesentliche Aufgaben: einerseits westliche Staaten durch ihre Anwesenheit und Bewaffnung von einer Kontrolle abzuschrecken sowie andererseits die zivile Besatzung davon abzuhalten, vorschnell zu ko-

operieren und sich kontrollieren zu lassen. Ob das westliche Staaten beeindrucken wird, wird sich in den nächsten Monaten zeigen. Der Kreml dürfte an der Einschiffung von Sicherheitspersonal vermutlich festhalten: Erstens wird damit das von russischen Politikern wie Putin verbreitete Narrativ geschürt, die westlichen Kontrollen seien illegal und würden einen Akt der Piraterie darstellen. Zweitens wird ein Eskortieren durch Kriegsschiffe nicht mehr für jeden Tanker nötig, da sich einige nun theoretisch selbst schützen können. Drittens genügt es, einzelne Handelsschiffe mit Sicherheitspersonal auszustatten, um im Westen den Aufklärungs- und Entscheidungsaufwand zu erhöhen. Der Kreml gewinnt hierdurch vorerst die Eskalationsdominanz zurück. Es bleibt aber mal wieder die Frage, wie lange Russland es durchhalten wird, Sicherheitspersonal auf Tanker einzuschiffen, und welche Gegenmaßnahmen der Westen ergreift. Meines Erachtens würde es genügen, ein oder zwei Tanker mit solchen Kräften an Bord erfolgreich zu entern, um Russland vorzuführen. Dies hätte auch eine Signalwirkung auf die Abnehmer russischen Öls, nämlich dass sie sich auf Lieferungen mithilfe der „Schattenflotte“ nicht mehr verlassen können.

Bedeutet das eine Abkehr von plausibler Abstreitbarkeit hin zu einer offeneren staatlichen Schutzlogik?

Das lässt sich momentan schwer vorhersagen. Russland wird wahrscheinlich nach weiteren Möglichkeiten des Schutzes der Tanker suchen und neue Verfahren testen, zum Beispiel das Führen der russischen Flagge. Auch hier ist die Frage, wie effektiv und effizient solche Methoden sein werden, westliche Staaten vom Anhalten und Inspizieren abzuhalten, wenn sie vom russischen Flaggenstatus nicht überzeugt sind.

Wie groß ist die Gefahr, dass solche Begegnungen auf See oder in der Luft unbeabsichtigt eskalieren?

Das lässt sich schwer quantifizieren. Meines Erachtens müssen wir stärker zwischen Absichten, Fehleinschätzungen und Fehlern unterscheiden. Doch selbst wenn nicht jeder Zwischenfall intendiert sein muss, können die Effekte dieselben sein.

Die Reaktion auf solche Vorfälle hängt von unserer politischen Eskalationsbereitschaft ab. Wir müssen uns aber im Klaren sein: Tun wir nichts, legt Russland uns das als Schwäche aus. Und tun wir zu viel, wird uns Russland Aggression vorwerfen. Dieses Dilemma sollte uns aber nicht verrückt machen. Stattdessen sollten wir strategische Geduld ausüben. Damit meine ich eine langfristige Sicherheitsplanung unter Nutzung aller staatlichen Machtinstrumente, also nicht nur diplomatische oder militärische, sondern beide plus weitere wie nachrichtendienstliche und finanzielle. Wichtig ist, diesen Weg strikt zu gehen, um mit der Zeit stärker zu werden, und uns nicht von Provokationen oder Krisen abnutzen zu lassen.

Wie sieht kluges Eskalationsmanagement in schwierigen Situationen aus?

Das kann man nicht pauschal sagen; es hängt in der Regel von den konkreten Umständen ab und entscheidet sich oft binnen Minuten, wenn nicht gar Sekunden. Hier kommt es auf die militärischen Führerinnen und Führer an: Sie müssen in kürzester Zeit feststellen, in welcher Lage sie sich befinden und wie eine angemessene Reaktion aussieht. Es hängt also von der Ausbildung und Erfahrung unserer Personen vor Ort ab.

Was meines Erachtens strukturell fehlt, sind Formate und Kanäle, um etwaige Missverständnisse zu klären, die zu einer größeren Eskalation führen können. Zu Zeiten des Kalten Krieges soll es diese auf technischer Ebene gegeben haben, zum Beispiel über Funkkanäle. Diese bestehen weiterhin, sind mittlerweile aber politisiert worden beziehungsweise es wird häufig in entsprechender Weise darüber kommuniziert. Das schadet gegenseitigem Vertrauen in dem Sinne, zumindest sicher zur See zu fahren.

Was bedeutet das für die Besatzungen der eigenen Schiffe, die solche Lagen beobachten, bewerten und aushalten müssen?

Einerseits Ungewissheit, andererseits sollten wir jede russische Provokation oder jeden russischen Fehler als Erfahrungsgewinn betrachten: Russland mag mehr tun, doch zugleich lernen wir und werden besser. Und solange wir mit strategischer Geduld reagieren, ist es für Moskau schwierig, uns in die Karten gucken

zu können. Das mag für Außenstehende vielleicht zu passiv wirken, doch ich halte diesen Ansatz für den klügeren. Andernfalls kontrolliert Russland sozusagen unsere Reflexe, eine alte Sowjetstrategie.

In Marinekreisen hört man manchmal sinnig: Auf der Ostsee findet Landes- und Bündnisverteidigung nicht nur im Ernstfall, sondern täglich statt. Ist das übertrieben – oder beschreibt es die Lage inzwischen recht gut?

Das hängt vom Verteidigungsbegriff ab. Bislang definieren wir diesen über den Kriegszustand. Aus westlicher Sicht gibt es den mit Russland aber nicht. Obwohl wir erhöhte Spannungen feststellen, befinden wir uns formal noch im

Was meines Erachtens strukturell fehlt, sind Formate und Kanäle, um etwaige Missverständnisse zu klären, die zu einer größeren Eskalation führen können

Frieden. Hier ist es wichtig, unsere Werte und Prinzipien zu schützen. Das tun wir beispielsweise mit der Präsenz von Kriegsschiffen und durch das Abhalten von Übungen, die auch zivile Akteure und Organisationen einschließen.

Uns muss klar sein, dass wir, wenn wir uns verrückt machen, der russischen Informationskriegsführung auf den Leim gehen. Deswegen ist erneut strategische Geduld wichtig.

Herr Fregattenkapitän Adrians, vielen Dank für das Interview.

Die Fragen stellte Rüdiger Frank.

1 <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/12/03/russian-oil-eu-agrees-on-level-of-price-cap/>

2 <https://shape.nato.int/operations/operations-and-missions/baltic-sentry>

3 <https://www.swp-berlin.org/publikation/russlands-begrenzte-faehigkeiten-zum-schutz-seiner-schatten-flotte>

4 <https://www.tagesschau.de/multimedia/podcast/11km/podcast-11km-3690.html>

This work is licensed under CC BY-NC-ND 4.0. To view a copy of this license, visit <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/>

ALLE AUSGABEN/IMPRESSUM

www.ethikundmilitaer.de



Diese und alle anderen Ausgaben von *Ethik und Militär* finden Sie **in Deutsch und Englisch** auf der Homepage des E-Journals.

Bisher erschienene Ausgaben

2025/2 Moral Injury
2025/1 Versöhnung
2024/2 Kriegstüchtigkeit
2024/1 KI und Autonomie in Waffen
2023/2 Europäische Militäretik
2023/1 Resilienz
2022/2 Krieg in der Ukraine
2022/1 Women, Peace and Security
2021/2 Innere Führung und soldatisches Ethos
2021/1 Bedrohungsmultiplikator Klimawandel
2020/2 Corona-Pandemie
2020/1 Nukleare Abschreckung
2019/2 Ethische Bildung
2019/1 Konfliktzone Cyberspace
2018/2 Europäische Armee
2018/1 Strategic Foresight
2017 Terror
2016 Innere Führung
2015/2 Hybride Kriege
2015/1 Militärmedizinethik
2014/2 Cyberwar
2014/1 Dronen und LAWS

Das E-Journal *Ethik und Militär* mit der ISSN-Nummer 2199-4129 ist ein unentgeltliches, nicht kommerzielles, journalistisch-redaktionell gestaltetes, digitales Angebot des Instituts für Frieden & Militäretik – IFME, Herrengraben 4, 20459 Hamburg.

Direktor des IFME: Dr. Christian Braun

Hinweis: Die veröffentlichten Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion und des Herausgeberkreises wieder.

Herausgeber

Dr. Veronika Bock, Dr. Christian Braun, Dr. Bart van Dijk, Dr. Andrea Ellner, Prof. Dr. Thomas Elßner, Prof. Dr. Johannes Frühbauer, Prof. Dr. Alexander Merkl, Norbert Stäblein

Advisory Board

Lothar Bendel, Heinrich Dierkes, Dr. Angela Reinders, Cornelius Sturm, Kristina Tonn

Redaktion

Rüdiger Frank

Verantwortlich gemäß § 55 Abs.2

Rundfunkstaatsvertrag (RStV):

Dr. Christian Braun, Herrengraben 4, 20459 Hamburg

Kontakt zur Redaktion

Tel.: +49(0)40 - 67 08 59 - 52

E-Mail: frank@ifme.de

Diensteanbieter als Rechtsträger des Instituts für Frieden & Militäretik

Katholische Soldatenseelsorge (KS)

Rechtsform

Anstalt des öffentlichen Rechts

Aufsicht

Katholischer Militärbischof für die

Deutsche Bundeswehr

Am Weidendamm 2, 10117 Berlin

Vertretungsberechtigter Vorstand der KS

Direktor beim KMBA

Msgr. Wolfgang Schilk

Diplom-Kaufmann Wolfgang Wurmb

Am Weidendamm 2

10117 Berlin

Kontakt zur KS

Telefon: +49(0)30 - 20 617 - 500

Telefax: +49(0)30 - 20 617 - 599

Info@Katholische-Soldatenseelsorge.de

Erscheinungsdatum: 10.7.2026

Letzte Aktualisierung: 29.7.2026

DOI: 10.48701/opus4-947



ethikundmilitaer.de



Institut für
Frieden &
Militärethik

Institut für Frieden & Militärethik

Herrengraben 4
20459 Hamburg

Tel. +49 40 67 08 59 – 55

www.ifme.de